

EUROPA IN DER SCHULE

Lehrerfortbildungen in
Nordrhein-Westfalen

MODUL ZWEI
DIE EU ALS INTERNATIONALER AKTEUR



Europäische Akademie Berlin

tu technische universität
dortmund

STIFTUNG
MERCATOR

Ministerium für
Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen



INHALT

DIE EU ALS INTERNATIONALER AKTEUR

> VORWORT	45
> ÜBERSICHT ÜBER DAS MODUL	47
> MATRIX BAUSTEIN EINS	48
> Fächer: Politik, Sozialwissenschaften	
> Jahrgangsstufen: Q1/Q2	
> MATRIX BAUSTEIN ZWEI	56
> Fächer: Politik, Sozialwissenschaften	
> Jahrgangsstufen: Q1/Q2	
> MATRIX BAUSTEIN DREI	61
> Fächer: Politik, Sozialwissenschaften	
> Jahrgangsstufen: Q1/Q2	
> MATERIALIEN	67

IMPRESSUM

„Europa in der Schule. Lehrerfortbildungen in Nordrhein-Westfalen“

ist ein gemeinsames Projekt der Europäischen Akademie Berlin, der TU Dortmund, des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und wird von der Stiftung Mercator gefördert.

© 2017

Herausgegeben von: Europäische Akademie Berlin e.V. (verantwortlich: Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte)

Prof. Dr. Sabine Hornberg, Susanne Kahles, Jens Klein, Nicole Kroll, Sina Lebert, Sabine Meier-Schulz, Saphira Shure, Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Thorsten Wolk, Marie Zipp-Timmer

Désirée Biehl, Sina Lebert/Europäische Akademie Berlin e.V.

Umschlaggestaltung und Layout: cleevesmedia, Meckenheim

www.eab-berlin.eu

Disclaimer:

Wir haben uns bemüht, die Rechte Dritter nicht zu verletzen und bitten daher für den Fall einer Rechtsverletzung um eine entsprechende Nachricht.

MODUL ZWEI

DIE EU ALS INTERNATIONALER AKTEUR

VORWORT

Wenn es noch einer Bestätigung bedürft hätte, dann wäre sie in den letzten Monaten gegeben worden. Die Europäische Union kann nicht nur nach innen schauen, sondern muss auch außerhalb ihrer Grenzen als Akteur auftreten. Sie hat hierfür in den letzten Jahren vertragliche und institutionelle Grundlagen geschaffen – ohne dass das Ergebnis zufriedenstellend wäre. Gleichzeitig wird in den gegenwärtigen Krisen auch deutlich, wie stark die Außen- und Sicherheitspolitik die inneren Verhältnisse in den EU-Staaten betrifft. Es gibt keine Trennung zwischen Innen und Außen, sondern eine Wechselwirkung – die auch darin besteht, dass innenpolitische Rücksichten den Spielraum in der Außenpolitik beschränken.

Bei aller Verdrossenheit, die in der Bevölkerung der EU-Staaten über die Europäische Union besteht, ist eine Mehrheit sich darin einig, dass im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik „mehr Europa“ wünschenswert wäre. Wenn das so ist – und die Umfragen belegen diese Aussage eindeutig –, stellt sich die Frage, warum die Europäische Union nicht mehr Handlungsfähigkeit aufweist. Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich mit den Strukturen und Besonderheiten europäischer Außenpolitik beschäftigen. Das vorliegende Modul bildet hierfür die Grundlage.

Das Modul besteht aus drei Bausteinen für die Jahrgangsstufen Q1 und Q2, so dass die Möglichkeit besteht, das Thema mit unterschiedlichen Zeitkontingenzen und von verschiedenen Zugängen her zu behandeln.

Der erste Baustein behandelt die Besonderheit der EU-Außenpolitik als Po-

litik der Europäischen Union einerseits und als nationale Außenpolitik der derzeit noch 28 Mitgliedstaaten andererseits. Wenn die Mitgliedstaaten sich nicht einig sind – was gerade bei herausragenden Themen häufig der Fall ist – fällt die EU auf die Außenpolitik der Mitgliedstaaten zurück. Kennzeichnend dafür ist die dem früheren US-Außenminister Kissinger in den Mund gelegte Frage, wen er eigentlich anrufen sollte, wenn er mit „Europa“ sprechen wolle. Mittlerweile hat die EU sich in dieser Hinsicht besser aufgestellt, auch das ist Gegenstand des ersten Moduls. Mit dem Amt der Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie dem Europäischen Auswärtigen Dienst gibt es Ansprechpartner seitens der Europäischen Union. Allerdings werden außenpolitische Entscheidungen weiterhin einstimmig getroffen, die Beschlussfassung bleibt daher kompliziert. Der Baustein beinhaltet die Aufforderung an die Schülerinnen und Schüler, diese Situation kritisch zu reflektieren.

Seit einiger Zeit wird in der EU verstärkt über eine Verteidigungsunion gesprochen, ja sogar von einer europäischen Armee ist die Rede. Der Baustein bietet Anregungen, sich mit diesem Thema vertieft und multiperspektiv auseinanderzusetzen.

Der zweite Baustein exemplifiziert die Schwierigkeiten der EU-Außenpolitik an der Krise in der und um die Ukraine. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung der NATO behandelt, ohne die Sicherheitspolitik in Europa nicht gedacht werden kann. Auch die russische Bedrohungspersonalung wird dabei angesprochen. Man muss die russische Auffassung nicht teilen, aber man sollte sie verstehen. Eine

Chronologie der Abläufe in der Ukraine hilft den Schülerinnen und Schülern, die Ereignisse einzuordnen. Des Weiteren beschäftigt sich der Baustein mit den Vereinbarungen von Minsk, den Sanktionen der EU gegen Russland wegen mangelnder Einhaltung der Minsk-Regeln und mit den unterschiedlichen Interessen verschiedener Akteure.

Die Außenpolitik der Europäischen Union kann nur so stark sein wie die EU selbst. Daher ist auch im Kontext des internationalen Agierens der Union von Bedeutung, wie diese sich weiter entwickeln wird. „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, „Kerneuropa“, „Europa der verschiedenen Intensitäten“, „mehr

Europa“, „weniger Europa“ – all das sind Schlagworte, die die aktuelle Entwicklung begleiten. Die Europäische Kommission hat im März 2017 ein Weißbuch mit fünf möglichen Entwicklungsszenarien vorgelegt. Der Baustein bietet Gelegenheit, sich damit auseinanderzusetzen.

Teil des Moduls ist ein Planspiel, das sowohl mit einem Zeitbudget von drei Unterrichtsstunden als auch ganztägig durchgeführt werden kann. An einem fiktiven Beispiel weist es die Interaktionen zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten und Drittlandern auf. Die Schüler/-innen können so die Vorgehensweise europäischer Akteure im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit der EU beurteilen.

Übersicht über das Modul „Die EU als internationaler Akteur“

BAUSTEIN EINS (M1–M31)

KERNMODUL I

Jg. Q1/Q2
Fächer: Politik, Sozialwissenschaften
„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU – Spielball nationaler Interessen oder einheitliche Strategie?“

BAUSTEIN DREI (M55–M62)

KERNMODUL III

Jg. Q1/Q2
Fächer: Politik, Sozialwissenschaften
„Quo vadis, Europa? Droht die EU im Spannungsfeld zwischen nationalen Einzel- und europäischen Gesamtinteressen auseinander zu brechen?“

BAUSTEIN ZWEI (M32–M54)

KERNMODUL II

Jg. Q1/Q2
Fächer: Politik, Sozialwissenschaften
„Die EU als Akteur in der Ukraine-Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?“

Hinweise für Lehrerinnen und Lehrer

Die kompetenzorientierte Lernaufgabe soll die Schüler/-innen anleiten, sich auf problemorientierte Weise mit dem Thema des jeweiligen Bausteins auseinander zu setzen. Sie dient den Schüler/-innen als „roter Faden“ während der Bearbeitung der Materialien und verbindet letztere miteinander. Am Ende ihres Lernprozesses verfügen die Schüler/-innen über die notwendigen Kompetenzen, um ein Produkt als Ergebnis ihres Lernprozesses zu erstellen und die gewählten Lernwege zu reflektieren.

Schematische Zusammenfassung der Arbeitsschritte einer kompetenzorientierten Lernaufgabe

- > Formulierung einer für alle Schüler identischen Handlungs- und Problemlösesituation
- > Anknüpfung an das Vorwissen und Aktivieren von Erfahrungen
- > Darstellung der ergebnisorientierten komplexen Aufgabe mit klarer Zielformulierung
- > Durchlauf der einzelnen Teilaufgaben
- > Angebote zur Differenzierung durch strategische Hilfen zur individuellen Auswahl
- > Weitere herausfordernde Aufgaben mit echtem Mehrwert zur vertiefenden Auseinandersetzung
- > Erstellen des Produkts
- > Feedback und Bewertung einer Lernaufgabe (keine Benotung)

Martina Adler [et al.]: Kompetenzorientierte Lernaufgaben. Von der Formulierung bis zur Bewertung. In: Praxis Schule 04/2015. Westermann. Braunschweig.

EUROPA IN DER SCHULE

MODUL ZWEI | DIE EU ALS INTERNATIONALER AKTEUR

MATRIX BAUSTEIN EINS – KERNMODUL I

MATRIX BAUSTEIN EINS

Fächer: Politik, Sozialwissenschaften; **Jahrgangsstufen:** Q1/Q2 z. B. GK, LK, ZK (Kernlehrplan für die Sekundarstufe II Gymnasium/Gesamtschule in NRW: Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft, Düsseldorf 2014).

KERNMODUL I (1/8)

Thema/Problemorientierte Leitfrage: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU – Spielball nationaler Interessen oder einheitliche Strategie?

Bezüge zu den Inhaltsfeldern

Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft

- KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge:
 - [Inhaltsfeld 5:](#) Europäische Union
 - EU-Normen, Interventions- und Regulationsmechanismen sowie Institutionen
 - Historische Entwicklung der EU als wirtschaftliche und politische Union
 - Strategien und Maßnahmen europäischer Krisenbewältigung

>> Kompetenzerwartungen (KE) gemäß Kernlehrplan (KLP) (1/2)

A) Übergeordnete KE Methoden- und Handlungskompetenz

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Methodenkompetenz**

Schüler/-innen

- > „erschließen fragegeleitet in selbstständiger Recherche aus sozialwissenschaftlich relevanten Textsorten zentrale Aussagen und Positionen sowie Intentionen und mögliche Adressaten der jeweiligen Texte und ermitteln Standpunkte und Interessen der Autorinnen und Autoren“ (MK1, S. 40)
- > „analysieren unterschiedliche sozialwissenschaftliche Textsorten wie kontinuierliche und diskontinuierliche Texte (u.a. positionale und fachwissenschaftliche Texte, Fallbeispiele, Statistiken, Karikaturen sowie andere Medienprodukte) aus sozialwissenschaftlichen Perspektiven“ (MK4, S. 41)
- > „ermitteln in themen- und aspektgeleiteter Untersuchung die Position und Argumentation sozialwissenschaftlich relevanter Texte (Textthema, Thesen/Behauptungen, Begründungen, dabei insbesondere Argumente, Belege und Prämissen, Textlogik, Auf- und Abwertungen – auch unter Berücksichtigung sprachlicher Elemente –, Autoren- bzw. Textintention)“ (MK5, S. 41)
- > „präsentieren konkrete Lösungsmodelle, Alternativen oder Verbesserungsvorschläge zu einer konkreten sozialwissenschaftlichen Problemstellung“ (MK7, S. 41)
- > „setzen Methoden und Techniken zur Präsentation und Darstellung sozialwissenschaftlicher Strukturen und Prozesse zur Unterstützung von sozialwissenschaftlichen Analysen und Argumentationen ein“ (MK9, S. 41)
- > „setzen bei sozialwissenschaftlichen Darstellungen inhaltliche und sprachliche Distanzmittel zur Trennung zwischen eigenen und fremden Positionen und Argumentationen ein“ (MK10, S. 41)
- > „analysieren sozialwissenschaftlich relevante Situationen und Texte im Hinblick auf die in ihnen wirksam werdenden Perspektiven und Interessenlagen sowie ihre Vernachlässigung alternativer Interessen und Perspektiven“ (MK13, S. 42)
- > „identifizieren eindimensionale und hermetische Argumentationen ohne entwickelte Alternativen“ (MK14, S. 42)
- > „analysieren sozialwissenschaftlich relevante Situationen und Texte unter den Aspekten der Ansprüche einzelner Positionen und Interessen auf die Repräsentation des Allgemeinwohls, auf Allgemeingültigkeit sowie Wissenschaftlichkeit“ (MK15, S. 42)
- > „ermitteln sozialwissenschaftliche Positionen aus unterschiedlichen Materialien im Hinblick auf ihre Funktion zum generellen Erhalt der gegebenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung sowie deren Veränderung“ (MK17, S. 42)
- > „analysieren die soziokulturelle Zeit- und Standortgebundenheit des eigenen Denkens, des Denkens anderer und der eigenen Urteilsbildung“ (MK20, S. 42)

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Handlungskompetenz**

Schüler/-innen

- > „praktizieren im Unterricht selbstständig Formen demokratischen Sprechens und demokratischer Aushandlungsprozesse und übernehmen dabei Verantwortung für ihr Handeln“ (HK1, S. 43)
- > „entwerfen für diskursive, simulative und reale sozialwissenschaftliche Handlungsszenarien zunehmend komplexe Handlungspläne und übernehmen fach-, situationsbezogen und adressatengerecht die zugehörigen Rollen“ (HK2, S. 43)
- > „entwickeln aus der Analyse zunehmend komplexerer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Konflikte angemessene Lösungsstrategien und wenden diese an“ (HK3, S. 43)
- > „nehmen in diskursiven, simulativen und realen sozialwissenschaftlichen Aushandlungsszenarien einen Standpunkt ein und vertreten eigene Interessen in Abwägung mit den Interessen anderer“ (HK4, S. 43)

>> Kompetenzerwartungen (KE) gemäß Kernlehrplan (KLP) (2/2)

B) Konkretisierte KE Sach- und Urteilskompetenz

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der Sachkompetenz

Schüler/-innen

- > „beschreiben an einem Fallbeispiel Aufbau, Funktion und Zusammenwirken der zentralen Institutionen der EU“ (S. 46)
- > „analysieren an einem Fallbeispiel die zentralen Regulations- und Interventionsmechanismen der EU“ (S. 46)
- > „analysieren europäische politische Entscheidungssituationen im Hinblick auf den Gegensatz nationaler Einzelinteressen und europäischer Gesamtinteressen“ (S. 46)
- > „erläutern die Frieden stiftende sowie Freiheiten und Menschenrechte sichernde Funktion der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg (S. 47)
- > „beschreiben und erläutern zentrale Stationen und Dimensionen des europäischen Integrationsprozesses“ (S. 47)
- > „analysieren an einem Fallbeispiel Erscheinungen, Ursachen und Ansätze zur Lösung aktueller europäischer Krisen“ (S. 47)

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der Urteilskompetenz

Schüler/-innen

- > „beurteilen politische Prozesse in der EU im Hinblick auf regionale und nationale Interessen sowie das Ideal eines europäischen Gesamtinteresses“ (S. 47)
- > „bewerten an einem Fallbeispiel vergleichend die Entscheidungsmöglichkeiten der einzelnen EU-Institutionen“ (S. 47)
- > „bewerten die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf EU-Institutionen unter dem Kriterium demokratischer Legitimation“ (S. 47)
- > „bewerten die europäische Integration unter den Kriterien der Sicherung von Frieden und Freiheiten sowie der Steigerung der Wohlfahrt der EU-Bürger“ (S. 47).
- > „beurteilen die Vorgehensweise europäischer Akteure im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit der EU“ (S. 47)

>> Mögliche Konkretisierung

Lernaufgabe

- > Zu Beginn des Moduls wird den Schüler/-innen eine zur Leitfrage des Moduls passende kompetenzorientierte Lernaufgabe gestellt.
Sie soll die Schüler/-innen anleiten, sich auf problemorientierte Weise mit der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auseinander zu setzen. Sie dient den Schüler/-innen als „roter Faden“ während der Bearbeitung der Materialien des Moduls und verbindet letztere miteinander. Am Ende ihres Lernprozesses dürften die Schüler/-innen über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um ein Produkt als Ergebnis ihres Lernprozesses zu erstellen und die gewählten Lernwege zu reflektieren.
Die Schüler/-innen sollen in Anlehnung an ein klassisches Lernplakat ein Lapbook erstellen. Das Ziel des Plakats besteht darin, in journalistischer Manier fachfremden Personen eine Entscheidungshilfe zur Beurteilung der Europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu liefern, sodass sie am Ende zu einem reflektierten Urteil über die diskutierten Reformen gelangen.
Weitere Informationen und Anregungen zur Gestaltung sind unter www.betzold.de/blog/lapbooks/ sowie in dem folgenden Video: <https://youtu.be/OccZAalXr8g> zu finden.

Schüler/-innen

- > problematisieren das Fehlen einer für Gesamteuropa sprechenden Instanz anhand des – angeblich von Kissinger stammenden – Zitats „Wen rufe ich an, wenn ich mit Europa sprechen will?“ (M1) Die nachfolgenden Karikaturen (M2) und der Text (M3) illustrieren die Uneinigkeit der europäischen Staaten in der Frage der Unterstützung der USA im Irakkrieg
- > erkennen vor diesem Hintergrund in der Einführung des Hohen Amtes für die Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Schaffung weiterer Institutionen (Europäischer Auswärtiger Dienst, kurz EAD), mit dem Lissabon-Vertrag den Versuch, Ordnung im Stimmengewirr in Bezug auf die Außenpolitik der EU zu schaffen (M4). Dies wird abgerundet mit einem vorläufigen Fazit Kissingers zur Frage, ob Europa mittlerweile mit einer einheitlichen Stimme in außenpolitischen Fragen spricht (M5).

Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Material

- > **M1:** „Wen rufe ich an, wenn ich mit Europa sprechen will?“ Der Wunsch nach Ordnung im europäischen Stimmengewirr – Ein kleiner Rückblick
- > **M2:** Karikaturen „Irak-Krieg ... Europa bezieht Stellung“ und „Nun, immerhin sitzen wir alle an einem Tisch“
- > **M3:** Fallbeispiel Irak-Krieg: Chaos unter Europas Regierungschefs ...
- > **M4:** ... und der Versuch Ordnung zu schaffen
- > **M5:** Europa hat eine Telefonnummer

Didaktische Gestaltung

- > Schüler/-innen erhalten durch die Karikaturenanalyse eine problemorientierte Einführung in das grundlegende Problem, welches sich durch das gesamte Modul zieht: Spricht Europa in punkto Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme oder reklamieren die souveränen Nationalstaaten letzten Endes die Außenpolitik doch für sich? Dies wird flankiert mit dem Kissinger-Zitat und Materialien hierzu, welche die Perspektive von außen auf die EU lenken. Was erwarten die Bündnispartner von der EU?
- > Bevor die Schüler/-innen sich näher mit der GASP, ihren Institutionen und Vertretern sowie ihrer Funktionsweise auseinandersetzen, erhalten sie die Gelegenheit, überhaupt erst den Grund für ihre Einrichtung zu erfahren. Hierzu werden passende kompetenzorientierte Aufgaben gereicht, die die Schüler/-innen dazu anhalten, die Probleme zu erkennen und etwaige Lösungsversuche zu beurteilen.

>> Mögliche Konkretisierung

Schüler/-innen

- > problematisieren anhand von Karikaturen die EU-Außenpolitik hinsichtlich ihrer Unfähigkeit, mit einer Stimme effektiv und effizient vorzugehen (Viel „Gegacker“ / Uneinheitlichkeit, dreht sich im Kreis, ungeschickt etc.) Auf diese Weise erlangen sie ein Bewusstsein dafür, dass die Einrichtung der GASP allein nicht ausreicht hat und werden motiviert herauszufinden, worin dies begründet liegt (**M6**)
- > werten das Material **M7** aus, indem sie die wichtigsten Stationen und Ereignisse auf dem Weg der Europäischen Außenpolitik von ihren Anfängen bis heute in einen Zahlenstrahl eintragen und nachvollziehen, dass sie nach anfänglichem Scheitern und langen Phasen des Stillstands in den letzten Jahren gehörig an Fahrt gewonnen hat und sich die Ereignisse häufen. Das **Lösungsblatt zu M7** (S. 98) dient entweder als Lösungskontrolle für die Lehrkraft oder kann anstelle des Textes **M7** verwendet werden
- > lernen anhand der Analyse des Materials **M8** die Institutionen und das Amt des Hohen Vertreters für die GASP kennen und beurteilen aufgabengeleitet seine Kompetenzen in Bezug darauf, ob diese ausreichen, um mit einer Stimme für Europa zu sprechen

Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Material

Eine für alle, alle für eine? – Der lange Weg zu einer gemeinsamen EU-Außenpolitik

- > **M7: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außenpolitik – Stationen einer langen Reise**
- > **M8: Der Hohe Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik**
- > **Lösungsblatt zu M7** (S. 98) Zahlenstrahl: Wichtige Stationen der EU-Außenpolitik

Didaktische Gestaltung

- > Schüler/-innen erhalten jeweils zu den Materialien kompetenzorientierte Aufgaben. Die Auswertung der Stationen der Europäischen GASP erfolgt durch Anfertigen eines Zahlenstrahls (**M7 Lösungsblatt**)
- > In **M8** erhalten die Schüler/-innen Gelegenheit, das Amt des Hohen Vertreters der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) genau kennen zu lernen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um im nächsten Schritt die Abläufe und die an den Beschlussfassungen beteiligten Institutionen nachvollziehen und diese schlussendlich bewerten zu können. Im ersten Schritt sollen die Schüler/-innen zu einer Einschätzung gelangen, ob die Befugnisse und Kompetenzen des Amtes zur Erledigung der zugedachten Aufgaben ausreichend sind.

>> Mögliche Konkretisierung

Schüler/-innen

- > lernen den Weg eines außenpolitischen Beschlussvorschlags und dabei die beteiligten Institutionen der GASP sowie die Probleme anwendungsorientiert bei der Durchführung eines Spiels kennen.

Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Material

- > **M9:** Der Weg der Beschlussfassung in der GASP – Probleme und Institutionen spielerisch nachvollziehen
- > **M10:** Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Strukturen
- > **M11:** Schaubild: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
- > **M12:** Schaubild: Die Außenpolitik der EU
- > **M13:** Schaubild: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik I
- > **M14:** Schaubild: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik II

Didaktische Gestaltung

- > In **M9** wird der Ablauf des Spiels genauer beschrieben. Hier befinden sich auch die zur Auswertungsphase gehörenden Leitfragen.
Die Schüler/-innen schlüpfen hierzu in die Rolle einer an der GASP beteiligten Institution, erarbeiten sich das nötige Wissen und reichen einen außenpolitischen Beschlussvorschlag – symbolisiert durch einen Ball – an die jeweils nächste verantwortliche Stelle weiter. Auf diese Weise zeichnen sie den Weg aktiv nach und erkennen, welche Stelle wie intensiv involviert sind – oder überhaupt keine Rolle spielen.
- > Die nötigen Materialien **M10**, die Schaubilder **M11** bis **M14** sowie die optionalen Links zu den Institutionen und Instrumenten auf den Internetseiten des Auswärtigen Amtes werden von den Schüler/-innen zur Vorbereitung ausgewertet.
- > Es ist jederzeit ein Rückbezug zu den Karikaturen bzw. den von ihnen aufgeworfenen Problemen möglich.

>> Mögliche Konkretisierung

Schüler/-innen

- > beurteilen die EU-Außenpolitik, indem sie die entsprechenden Materialien (**M15 A-C, M16**) fragengestützt auswerten und die wesentlichen Probleme der gegenwärtigen GASP identifizieren. Es findet immer noch kein wirklicher Souveränitätsverzicht in außenpolitischen Fragen seitens der Nationalstaaten statt, das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik wird damit untergraben und ausgehöhlt.
- > entwerfen Lösungsvorschläge zur Reform der GASP auf Basis ihres gesammelten Hintergrundwissens (und ausgehend von **M17**)
- > diskutieren mithilfe der Durchführung der Methode einer „Fishbowl-Diskussion“ die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in außenpolitischen Fragen und kommen zu einem eigenen Urteil

Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Material

- > **M15:** Kritische Reflexion: Die EU-Außenpolitik auf dem Prüfstand
 - A) Viel Bürokratie, kaum Erfolge?
 - B) Europäische Außenpolitik heute: Von der Schwierigkeit sich auf eine gemeinsame Position zu einigen
 - C) Wirklicher Souveränitätsverzicht fällt weiter schwer
- > **M16:** Kein Anschluss unter dieser Nummer?

Didaktische Gestaltung

- > Schüler/-innen werden durch das Material zur kritischen Reflexion angehalten und befähigt, sich eine eigene Meinung zu bilden und gegensätzliche Standpunkte zu vertreten. Hier bietet sich neben der Bearbeitung der Aufgaben die Durchführung einer Fishbowl-Diskussion an, die in **M27** (S. 95) später ausführlicher erklärt wird.

>> Mögliche Konkretisierung

Schüler/-innen

- > problematisieren sowohl den Zustand der jetzigen Bundeswehr als auch mögliche aufkommenden Schwierigkeiten einer gemeinsamen europäischen Armee anhand von Karikaturen
- > nehmen kritisch zu Junckers Forderung nach der Einrichtung einer Europäischen Armee als dem nächsten Schritt auf dem Weg der Europäischen Integration Stellung und problematisieren die Abhängigkeit von den USA in Verteidigungsfragen
- > analysieren arbeitsteilig in Gruppen das Material der Pro- und Contra-Seite, arbeiten die jeweiligen Argumente heraus und halten sie auf einer Wandzeitung fest (M18–M27).
- > diskutieren in Form einer Fishbowl-Diskussion die Frage, ob die Einführung einer Europäischen Armee notwendig zur Verteidigung Europas oder ein überflüssiger Konkurrent zur NATO ist

Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Material

- > M17: Hinweise für die Lehrkraft
- > M18: Brauchen wir eine Europäische Armee? Notwendig zur Verteidigung Europas oder überflüssiger Konkurrent zur NATO? Eine Pro- und Contra-Diskussion (Karikaturen)
- > M19: Wer sorgt für die europäische Sicherheit, wenn nicht Europa selbst? (Karikatur)
- > M20: Die Europa-Armee: Offene Fragen in der Kontroverse
- > M21: Contra: Europäische Armee? Amerikanische „boots on the ground“ sind alternativlos
- > M22: Contra
- > M23: Contra: Die Europa-Armee: Gegenargumente
- > M24: Pro: „Müssen uns selbst verteidigen können – und das schnell“
- > M25: Pro: Sieben gute Gründe für eine europäische Armee
- > M26: Pro: Die Europa-Armee: Gründe für eine Europa-Armee (Karikatur)
- > M27: Pro: Argumente für eine europäische Armee
- > M28: Methode: Die Fishbowl-Diskussion
- > M29: Beobachtungsraster
- > M30: Rollenkarte Moderator/-in
- > M31: Hinweise für die Lehrkraft

Didaktische Gestaltung

- > Die Materialien sind so aufgebaut, dass man – je nach Größe der Lerngruppe oder zur Verfügung stehender Zeit, den Umfang reduzieren oder ausweiten kann. Es bietet sich an, das Material in arbeitsteiliger Gruppenarbeit zu bearbeiten und die Ergebnisse, wie in M17 beschrieben, in Form einer Wandzeitung zu sichern.
- > Jedes Material ist teilweise mit eigenen Aufgabenstellungen versehen, die Leitfragen sind immer gleich: „Ordnen Sie Ihre Argumente in Ihre Pro-/Contra-Liste ein!“
- > Die Methode Fishbowl nimmt in diesem Modulabschnitt den größten Raum ein und wird in den Materialien M28–M31 ausführlich erläutert. Sie enthalten umfassende Informationen, die zum Teil direkt als Kopiervorlage genutzt und an die Schüler/-innen ausgegeben werden können.
- > Mithilfe der Fishbowl werden Argumente kontrovers diskutiert und besonders die Empathiefähigkeit der Schüler/-innen, ihre Ambiguitätstoleranz sowie das gegenseitige Zuhören trainiert.

EUROPA IN DER SCHULE

MODUL ZWEI | DIE EU ALS INTERNATIONALER AKTEUR

MATRIX BAUSTEIN ZWEI – KERNMODUL II

MATRIX BAUSTEIN ZWEI

Fächer: Politik, Sozialwissenschaften; **Jahrgangsstufen:** Q1/Q2 z. B. GK, LK, ZK (Kernlehrplan für die Sekundarstufe II Gymnasium/Gesamtschule in NRW: Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft, Düsseldorf 2014).

KERNMODUL II (1/5)

Thema/Problemorientierte Leitfrage: Die EU als Akteur in der Ukraine-Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Bezüge zu den Inhaltsfeldern

Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft

- KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge:
 - Inhaltsfeld 5:** Europäische Union
 - EU-Normen, Interventions- und Regulationsmechanismen sowie Institutionen
 - Historische Entwicklung der EU als wirtschaftliche und politische Union
 - Strategien und Maßnahmen europäischer Krisenbewältigung

>> **Kompetenzerwartungen (KE) gemäß Kernlehrplan (KLP)** (1/2)

A) Übergeordnete KE Methoden- und Handlungskompetenz

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Methodenkompetenz**

Schüler/-innen

- > „erschließen fragegeleitet in selbstständiger Recherche aus sozialwissenschaftlich relevanten Textsorten zentrale Aussagen und Positionen sowie Intentionen und mögliche Adressaten der jeweiligen Texte und ermitteln Standpunkte und Interessen der Autorinnen und Autoren“ (MK1, S. 40)
- > „analysieren unterschiedliche sozialwissenschaftliche Textsorten wie kontinuierliche und diskontinuierliche Texte (u.a. positionale und fachwissenschaftliche Texte, Fallbeispiele, Statistiken, Karikaturen sowie andere Medienprodukte) aus sozialwissenschaftlichen Perspektiven“ (MK4, S. 41)
- > „ermitteln in themen- und aspektgeleiteter Untersuchung die Position und Argumentation sozialwissenschaftlich relevanter Texte (Textthema, Thesen/Behauptungen, Begründungen, dabei insbesondere Argumente, Belege und Prämissen, Textlogik, Auf- und Abwertungen – auch unter Berücksichtigung sprachlicher Elemente –, Autoren- bzw. Textintention)“ (MK5, S. 41)
- > „präsentieren konkrete Lösungsmodelle, Alternativen oder Verbesserungsvorschläge zu einer konkreten sozialwissenschaftlichen Problemstellung“ (MK7, S. 41)
- > „setzen Methoden und Techniken zur Präsentation und Darstellung sozialwissenschaftlicher Strukturen und Prozesse zur Unterstützung von sozialwissenschaftlichen Analysen und Argumentationen ein“ (MK9, S. 41)
- > „setzen bei sozialwissenschaftlichen Darstellungen inhaltliche und sprachliche Distanzmittel zur Trennung zwischen eigenen und fremden Positionen und Argumentationen ein“ (MK10, S. 41)
- > „arbeiten differenziert verschiedene Aussagemodi von sozialwissenschaftlich relevanten Materialien heraus“ (MK12, S. 42)
- > „analysieren sozialwissenschaftlich relevante Situationen und Texte im Hinblick auf die in ihnen wirksam werdenden Perspektiven und Interessenlagen sowie ihre Vernachlässigung alternativer Interessen und Perspektiven“ (MK13, S. 42)
- > „identifizieren eindimensionale und hermetische Argumentationen ohne entwickelte Alternativen“ (MK14, S. 42)
- > „analysieren sozialwissenschaftlich relevante Situationen und Texte unter den Aspekten der Ansprüche einzelner Positionen und Interessen auf die Repräsentation des Allgemeinwohls, auf Allgemeingültigkeit sowie Wissenschaftlichkeit“ (MK15, S. 42)
- > „ermitteln sozialwissenschaftliche Positionen aus unterschiedlichen Materialien im Hinblick auf ihre Funktion zum generellen Erhalt der gegebenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung sowie deren Veränderung“ (MK17, S. 42)
- > „analysieren die soziokulturelle Zeit- und Standortgebundenheit des eigenen Denkens, des Denkens anderer und der eigenen Urteilsbildung“ (MK20, S. 42)

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Handlungskompetenz**

Schüler/-innen

- > „praktizieren im Unterricht selbstständig Formen demokratischen Sprechens und demokratischer Aushandlungsprozesse und übernehmen dabei Verantwortung für ihr Handeln“ (HK1, S. 43)
- > „entwerfen für diskursive, simulative und reale sozialwissenschaftliche Handlungsszenarien zunehmend komplexe Handlungspläne und übernehmen fach-, situationsbezogen und adressatengerecht die zugehörigen Rollen“ (HK2, S. 43)
- > „entwickeln aus der Analyse zunehmend komplexerer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Konflikte angemessene Lösungsstrategien und wenden diese an“ (HK3, S. 43)
- > „nehmen in diskursiven, simulativen und realen sozialwissenschaftlichen Aushandlungsszenarien einen Standpunkt ein und vertreten eigene Interessen in Abwägung mit den Interessen anderer“ (HK4, S. 43)

>> Kompetenzerwartungen (KE) gemäß Kernlehrplan (KLP) (2/2)

B) Konkretisierte KE Sach- und Urteilskompetenz

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Sachkompetenz**

Schüler/-innen

- > „analysieren an einem Fallbeispiel die zentralen Regulations- und Interventionsmechanismen der EU“ (S. 46)
- > „analysieren europäische politische Entscheidungssituationen im Hinblick auf den Gegensatz nationaler Einzelinteressen und europäischer Gesamtinteressen“ (S. 46)
- > „analysieren an einem Fallbeispiel Erscheinungen, Ursachen und Ansätze zur Lösung aktueller europäischer Krisen“ (S. 47)

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Urteilskompetenz**

Schüler/-innen

- > „beurteilen politische Prozesse in der EU im Hinblick auf regionale und nationale Interessen sowie das Ideal eines europäischen Gesamtinteresses“ (S. 47)
- > „bewerten die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf EU-Institutionen unter dem Kriterium demokratischer Legitimation“ (S. 47)
- > „bewerten die europäische Integration unter den Kriterien der Sicherung von Frieden und Freiheiten sowie der Steigerung der Wohlfahrt der EU-Bürger“ (S. 47)
- > „beurteilen die Vorgehensweise europäischer Akteure im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit der EU“ (S. 47)

>> Mögliche Konkretisierung

Lernaufgabe

- Zu Beginn des Moduls wird den Schüler/-innen eine zur Leitfrage des Moduls passende kompetenzorientierte Lernaufgabe gestellt.
Sie soll die Schüler/-innen anleiten, sich auf problemorientierte Weise mit der Rolle der EU als Akteur in der Ukraine-Krise auseinander zu setzen. Sie dient den Schüler/-innen als „roter Faden“ während der Bearbeitung der Materialien des Moduls und verbindet letztere miteinander. Am Ende ihres Lernprozesses dürften die Schüler/-innen über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um ein Produkt als Ergebnis ihres Lernprozesses zu erstellen und die gewählten Lernwege zu reflektieren.
Die Schüler/-innen sollen am Ende des Moduls auf Basis der ihnen zu Verfügung gestellten Materialien eine internationale Konferenz simulieren und in die Rollen der beteiligten Akteure schlüpfen und deren Standpunkte argumentativ vertreten. Hierzu können die Schüler/-innen den Ablauf filmen und eine Dokumentation erstellen, um das Gesprächsverhalten und die Gewichtung der Argumente zu analysieren.

Schüler/-innen

- > problematisieren das Vorrücken der NATO durch ihre Osterweiterung nach Russland sowie die neuerlichen Spannungen zwischen Russland und der NATO, um die Interessen der am Ukraine-Konflikt beteiligten Akteure besser zu verstehen (M32–M36)
- > sammeln Hintergrundinformationen über die NATO (Gründung, Zweck, Ziele etc.) (M34)
- > setzen sich kritisch mit der Frage auseinander, ob die NATO-Osterweiterung eine Bedrohung für Russland darstellt oder nicht (M35–M36)

Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Material

- > M32: Vorspiel einer Krise – Die NATO-Osterweiterung und das Vorgehen Russlands in der Ukraine (Karikaturen)
- > M33: Schaubild: NATO-Osterweiterung
- > M34: Hintergrundinformationen zum Nordatlantikpakt (die NATO steht für Nordatlantikpakt-Organisation)
 - A) NATO
 - B) 4. April 1949: Gründung der NATO
- > M35: NATO-Osterweiterung: Putins Profit
- > M36: Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft der EU Größenwahn vor

Wenn man so will lässt sich das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine als (Mit)Auslöser der Krise, die in einen Krieg in dem Land mündete, lesen. Demnach stellte dies neben der Nato-Osterweiterung aus der Sicht Russlands eine weitere Provokation dar, die nicht einfach hingenommen werden konnte. Zum einen rückt ein Bündnis mitsamt seiner militärischen Stellungen, das zum Zwecke der Verteidigung gegen eben jenes Russland gegründet wurde, immer näher an die eigenen Grenzen. Zum anderen droht der friedliche Protest auf dem Majdan zur Blaupause für die innerrussische Opposition zu werden, ganz zu Schweigen von den wirtschaftlichen Folgen des Verlustes der Ukraine für eine eurasische Wirtschaftsunion nach europäischem Vorbild.

In dieser Sichtweise stellt das militärische Eingreifen Russlands und die Annexion der Krim die logische Konsequenz zum Schutz der eigenen Sicherheit dar. Ohne das Verhalten des Westens und die Vorgeschichte zu kennen greift man zu kurz, wenn man in Russland den allein verantwortlichen Aggressor ausmacht, dessen Expansionsgelüsten die Sicherheit der Länder im Osten Europas bedroht.

Didaktische Gestaltung

- > Die Schüler/-innen problematisieren zunächst die angesprochenen Widersprüche anhand von Karikaturen und einem Schaubild (M32–M33) und erhalten bei Bedarf die Gelegenheit, sich das nötige Hintergrundwissen zum Nordatlantikpakt anzueignen (M34). Anschließend wird die Frage, ob das Vorgehen des Westens tatsächlich eine Herausforderung für Russland darstellt, diskutiert (M35–M36).

>> Mögliche Konkretisierung

Schüler/-innen

- > erarbeiten die wesentlichen Gründe für den Ausbruch der Unruhen in der Ukraine und ihrer Verschärfung zu einer Krise, die letztlich in einen Krieg mündete, indem sie ihre Analyse-Ergebnisse kriteriengeleitet in eine Tabelle eintragen (M37)
- > zeichnen die Eskalation der Ukraine-Krise nach, indem sie eine Chronologie auswerten und die für sie entscheidenden Ereignisse grafisch darstellen (M38)
- > simulieren eine internationale Konferenz, indem sie zunächst die Positionen der verschiedenen Akteure in dem Konflikt arbeitsteilig erarbeiten und anschließend in deren Rollen schlüpfen und ihre Interessen bei der Konferenz vertreten (M41–M54)

Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Didaktische Gestaltung

- > Schließlich wird der Fokus auf die Gründe für den Ausbruch der Unruhen, ihre Verschärfung und Ausweitung zu einer Krise sowie eine Chronologie der Ereignisse gelegt. Die Beschäftigung mit dem Minsker Abkommen (M38–M40) lässt die Interessen der beteiligten Akteure sichtbar werden und mündet in die Durchführung der Simulation einer internationalen Konferenz, in der die Schüler/-innen in die Rollen der beteiligten Akteure schlüpfen. Die Schüler/-innen erarbeiten sich auf Basis des Materials (M41–M54) die wesentlichen Standpunkte und vertreten diese.

EUROPA IN DER SCHULE

MODUL ZWEI | DIE EU ALS INTERNATIONALER AKTEUR

MATRIX BAUSTEIN DREI – KERNMODUL III

MATRIX BAUSTEIN DREI

Fächer: Politik, Sozialwissenschaften; **Jahrgangsstufen:** Q1/Q2 z. B. GK, LK, ZK (Kernlehrplan für die Sekundarstufe II Gymnasium/Gesamtschule in NRW: Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft, Düsseldorf 2014).

KERNMODUL III (1/5)

Thema/Problemorientierte Leitfrage: Quo vadis, Europa? Droht die EU im Spannungsfeld zwischen nationalen Einzel- und europäischen Gesamtinteressen auseinander zu brechen?

Bezüge zu den Inhaltsfeldern

Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft

- KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge:
 - Inhaltsfeld 5:** Europäische Union
 - EU-Normen, Interventions- und Regulationsmechanismen sowie Institutionen
 - Historische Entwicklung der EU als wirtschaftliche und politische Union
 - Strategien und Maßnahmen europäischer Krisenbewältigung

>> Kompetenzerwartungen (KE) gemäß Kernlehrplan (KLP) (1/2)

A) Übergeordnete KE Methoden- und Handlungskompetenz

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Methodenkompetenz**

Schüler/-innen

- > „erschließen fragegeleitet in selbstständiger Recherche aus sozialwissenschaftlich relevanten Textsorten zentrale Aussagen und Positionen sowie Intentionen und mögliche Adressaten der jeweiligen Texte und ermitteln Standpunkte und Interessen der Autorinnen und Autoren“ (MK1, S. 40)
- > „analysieren unterschiedliche sozialwissenschaftliche Textsorten wie kontinuierliche und diskontinuierliche Texte (u.a. positionale und fachwissenschaftliche Texte, Fallbeispiele, Statistiken, Karikaturen sowie andere Medienprodukte) aus sozialwissenschaftlichen Perspektiven“ (MK4, S. 41)
- > „ermitteln in themen- und aspektgeleiteter Untersuchung die Position und Argumentation sozialwissenschaftlich relevanter Texte (Textthema, Thesen/Behauptungen, Begründungen, dabei insbesondere Argumente, Belege und Prämissen, Textlogik, Auf- und Abwertungen – auch unter Berücksichtigung sprachlicher Elemente –, Autoren- bzw. Textintention)“ (MK5, S. 41)
- > „stellen themengeleitet komplexere sozialwissenschaftliche Fallbeispiele und Probleme in ihrer empirischen Dimension und unter Verwendung passender soziologischer, politologischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fachbegriffe, Modelle und Theorien dar“ (MK6, S. 41)
- > „präsentieren konkrete Lösungsmodelle, Alternativen oder Verbesserungsvorschläge zu einer konkreten sozialwissenschaftlichen Problemstellung“ (MK7, S. 41)
- > „stellen fachintegrativ und modellierend sozialwissenschaftliche Probleme unter wirtschaftswissenschaftlicher, soziologischer und politikwissenschaftlicher Perspektive dar“ (MK8, S. 41)
- > „arbeiten differenziert verschiedene Aussagemodi von sozialwissenschaftlich relevanten Materialien heraus“ (MK12, S. 42)
- > „analysieren sozialwissenschaftlich relevante Situationen und Texte im Hinblick auf die in ihnen wirksam werdenden Perspektiven und Interessenlagen sowie ihre Vernachlässigung alternativer Interessen und Perspektiven“ (MK13)
- > „identifizieren eindimensionale und hermetische Argumentationen ohne entwickelte Alternativen“ (MK14)
- > „ermitteln sozialwissenschaftliche Positionen aus unterschiedlichen Materialien im Hinblick auf ihre Funktion zum generellen Erhalt der gegebenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung sowie deren Veränderung“ (MK17)
- > „analysieren wissenschaftliche Modelle und Theorien im Hinblick auf die hinter ihnen stehenden Erkenntnis- und Verwertungsinteressen“ (MK19, S. 42)

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Handlungskompetenz**

Schüler/-innen

- > „praktizieren im Unterricht selbstständig Formen demokratischen Sprechens und demokratischer Aushandlungsprozesse und übernehmen dabei Verantwortung für ihr Handeln“ (HK1, S. 43)
- > „entwerfen für diskursive, simulative und reale sozialwissenschaftliche Handlungsszenarien zunehmend komplexe Handlungspläne und übernehmen fach-, situationsbezogen und adressatengerecht die zugehörigen Rollen“ (HK2, S. 43)
- > „entwickeln aus der Analyse zunehmend komplexerer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Konflikte angemessene Lösungsstrategien und wenden diese an“ (HK3, S. 43)
- > „nehmen in diskursiven, simulativen und realen sozialwissenschaftlichen Aushandlungsszenarien einen Standpunkt ein und vertreten eigene Interessen in Abwägung mit den Interessen anderer“ (HK4, S. 43)
- > „vermitteln eigene Interessen mit den Interessen Nah- und Fernstehender und erweitern die eigene Perspektive in Richtung eines Allgemeinwohls“ (HK7, S. 43)

>> Kompetenzerwartungen (KE) gemäß Kernlehrplan (KLP) (2/2)

B) Konkretisierte KE Sach- und Urteilskompetenz

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Sachkompetenz**

Schüler/-innen

- > „analysieren europäische politische Entscheidungssituationen im Hinblick auf den Gegensatz nationaler Einzelinteressen und europäischer Gesamtinteressen“ (S. 46)
- > „erläutern die Frieden stiftende sowie Freiheiten und Menschenrechte sichernde Funktion der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg“ (S. 47)
- > „beschreiben und erläutern zentrale Stationen und Dimensionen des europäischen Integrationsprozesses“ (S. 47)
- > „analysieren an einem Fallbeispiel Erscheinungen, Ursachen und Ansätze zur Lösung aktueller europäischer Krisen“ (S. 47)

KLP Sozialwissenschaften, Sozialwissenschaften/Wirtschaft Gy/Ge

Bereich der **Urteilskompetenz**

Schüler/-innen

- > „beurteilen politische Prozesse in der EU im Hinblick auf regionale und nationale Interessen sowie das Ideal eines europäischen Gesamtinteresses“ (S. 47)
- > „bewerten die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf EU-Institutionen unter dem Kriterium demokratischer Legitimation“ (S. 47)
- > „bewerten die europäische Integration unter den Kriterien der Sicherung von Frieden und Freiheiten sowie der Steigerung der Wohlfahrt der EU-Bürger“ (S. 47)
- > „bewerten verschiedene Integrationsmodelle für Europa im Hinblick auf deren Realisierbarkeit und dahinter stehende Leitbilder“ (S. 47)
- > „erörtern Chancen und Probleme einer EU-Erweiterung“ (S. 47)
- > „beurteilen die Vorgehensweise europäischer Akteure im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit der EU“ (S. 47)

>> Mögliche Konkretisierung

Lernaufgabe

- > Zu Beginn des Moduls wird den Schüler/-innen eine zur Leitfrage des Moduls passende kompetenzorientierte Lernaufgabe gestellt.
Sie soll die Schüler/-innen anleiten, sich auf problemorientierte Weise mit dem Spannungsverhältnis in der EU zwischen nationalen Einzelinteressen und europäischen Gesamtinteressen und dessen Folgen für die weitere (Des)Integration auseinander zu setzen. Sie dient den Schüler/-innen als „roter Faden“ während der Bearbeitung der Materialien des Moduls und verbindet letztere miteinander. Am Ende ihres Lernprozesses dürften die Schüler/-innen über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um ein Produkt als Ergebnis ihres Lernprozesses zu erstellen und die gewählten Lernwege zu reflektieren.
Die Schüler/-innen sollen nach dem Vorbild des Wahl-O-Mats einen Fragenkatalog bzw. eine Internetseite erstellen, auf der Bürger die von Ihnen formulierten Fragen zu deren Zustimmung zu Thesen oder Aussagen zur Zukunft der EU beantworten können. Im dritten Modul erhalten die Schüler/-innen die hierzu nötigen Ausgangsmaterialien mit sämtlichen benötigten Hintergrundinformationen (auch zur weiteren Recherche).
Weitere Informationen und Anregungen zur Erstellung eines eigenen Wahl-O-Mats findet man im Internet u.a. unter www.medienpaedagogik-praxis.de/2015/03/10/wahl-o-mat-selbst-machen-mit-dem-mahlowat/ sowie www.medienvilla.com/index.php?id=125.

Schüler/-innen

- > problematisieren mithilfe einer Karikatur (M55) die derzeitigen Auflösungserscheinungen der Europäischen Union aufgrund von Nationalismen und nehmen insbesondere zu dem Vorschlag eines „Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ Stellung
- > analysieren eine Rede von Kommissionspräsident Juncker im Hinblick auf die von ihm identifizierten Probleme, welche die EU lähmen, und nehmen kritisch zu seinen Lösungsvorschlägen Stellung (M56)
- > problematisieren die Idee eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten mit einem Kerneuropa sowie einer Peripherie am Rand, die jedoch wegzubrechen droht (M58)
- > analysieren in arbeitsteiliger Gruppenarbeit mittels eines Gruppenpuzzles die fünf Szenarien des von Juncker vorgelegten Weißbuchs der Kommission (M59) und füllen anschließend gemeinsam ein Arbeitsblatt aus
- > erkennen und problematisieren, dass Juncker bewusst einige Szenarien weggelassen hat, die eine Auflösung der EU in Teilen oder im Ganzen zur Folge haben
- > analysieren in arbeitsteiliger Gruppenarbeit weitere Szenarien und tragen diese kriteriengeleitet in ein Koordinatensystem ein (M61–M62)
- > ergänzen die 5-Szenarien des Centrums für angewandte Politikforschung um die Vorschläge des Weißbuchs und stellen diese einander vergleichend gegenüber (M59–M62)
- > begründen auf Basis ihres Hintergrundwissens (ggf. auch aus den vorangegangenen Modulen), welches Szenario sie als das wahrscheinlichste Szenario einschätzen

>> Zugänge: Lehrerinnen- und Lehrerhandeln, Material, methodisch-didaktische Gestaltung

Material

- > **M55:** Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Richtungen
- > **M56:** Zur Lage der EU – Macht und Ohnmacht

Didaktische Gestaltung

- > Die Schüler/-innen sollen zum Einstieg an die Probleme und Krisen, in denen sich die Europäische Union derzeit befindet, herangeführt werden. Hierzu erhalten sie Gelegenheit, sich mit Karikaturen und einer Rede Junckers auseinander zu setzen.

Material

- > **M57:** „Fünf Wegweiser, keine Richtung?“ – Die fünf Szenarien des Weißbuchs der Kommission in der Diskussion (Karikatur)
 - > **M58:** Arbeitsvorschlag Gruppenpuzzle
 - > **M59: Szenario 1:** Weiter wie bisher
 - Szenario 2:** Schwerpunkt Binnenmarkt
 - Szenario 3:** Wer mehr will, tut mehr
 - Szenario 4:** Weniger, aber effizient
 - Szenario 5:** Viel mehr gemeinsames Handeln
- Arbeitsblatt: Die fünf Zukunfts-Szenarien der EU

Didaktische Gestaltung

- > Die Schüler/-innen sollen zunächst die Vorschläge Junckers, die im sog. Weißbuch der Kommission niedergelegt wurden, bearbeiten. Hierzu wird die Methode „Gruppenpuzzle“ näher vorgestellt. Befindet sich die EU an der Schwelle zu ihrer Auflösung? Oder zerbricht sie in ihre Teile, Integrationswillige auf der einen, -unwillige auf der anderen Seite, die ihre Zukunft und vermeintlich wiedergewonnene Selbstbestimmung in den Grenzen ihres Nationalstaats suchen? Oder läuft alles wie bisher weiter? Zwar beschwört Juncker den Zusammenhalt Europas, dennoch lässt er aus gutem Grund ein Scheitern bzw. eine Auflösung weg. Dies leitet zum nächsten Baustein über, den derzeit viel diskutierten Szenarien des Centrums für angewandte Politikforschung.

Material

- > **M60:** Karikaturen: Europa zwischen „Supermacht“ und „Eurosion“
- > **M61:** Europas Zukunft – 5 EU-Szenarien (Koordinatensystem)
- > **M62: Szenario 1:** Titanic
 - Szenario 2:** Geschlossenes Kerneuropa
 - Szenario 3:** Methode Monnet
 - Szenario 4:** Offener Gravitationsraum
 - Szenario 5:** Supermacht Europa
- > **Lehrermaterial M62:** Koordinatensystem der EU-Zukunftsszenarien

Didaktische Gestaltung

- > Es erfolgt ein problemorientierter Einstieg zur Zukunft der EU.
- > Die Schüler/-innen werden mit einem Koordinatensystem, welches an den Achsen „Integrationsstiefe“ und „Integrationsreichweite“ ausgerichtet ist, vertraut gemacht und können dort nach erfolgreicher Analyse der Materialien die Vorschläge eintragen.
- > Der Baustein kann mit der Szenario-Technik schließen, bei der die Schüler/-innen diskutieren, welches Szenario das für sie wahrscheinlichste ist.

Lernaufgabe

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU – Spielball nationaler Interessen oder einheitliche Strategie?

Spricht die Europäische Union mit einer Stimme oder reibt sie sich in Meinungsverschiedenheiten unter den Nationalstaaten auf?

Die Beantwortung dieser Leitfrage soll abschließend in einem Produkt münden. In Anlehnung an die sogenannten „Lapbooks“ – wenn man so will eine Erweiterung des klassischen Lernplakats – sollen Sie im Laufe der Auseinandersetzung mit den vielfältigen Materialien und Arbeitsaufträgen des vorliegenden Moduls dazu in die Lage versetzt werden, Ihre Ergebnisse entsprechend aufzubereiten, zu präsentieren und etwaige Reformvorschläge kritisch zu bewerten. Die Arbeit kann in der Gruppe erfolgen.

Unter einem **Lapbook** können Sie sich ein aufklappbares Plakat vorstellen, dessen Innenleben Sie frei nach Belieben gestalten können, solange es der Beantwortung der obigen Leitfrage dient. Das Ziel des Plakats besteht darin, in bester journalistischer Manier fachfremden Personen eine Entscheidungshilfe zur Beurteilung der Europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu liefern, sodass sie am Ende zu einem reflektierten Urteil über die diskutierten Reformen gelangen.

Weitere Informationen und Anregungen zur Gestaltung finden Sie unter:

www.betzold.de/blog/lapbooks/

sowie in dem folgenden Video

<https://youtu.be/OccZAalXr8g>

- › Erstellen Sie ein Lapbook zu den Problemen der Europäischen Außenpolitik, in dem Sie auf den aufklappbaren Flügeln Ihres Lapbooks die Probleme damals bis zur Zeit des Irakkriegs und heute nach der Einführung der GASP einander vergleichend gegenüberstellen und mittig möglichen Lösungen und Reformvorschläge sammeln und bewerten. Die Lapbooks sollen am Ende der Unterrichtsreihe zunächst innerhalb und ggf. auch außerhalb des Kurses, wie z.B im Rahmen des jährlichen Europatages der Schulöffentlichkeit präsentiert werden.

Vorschlag:

Probleme der Außenpolitik früher (<i>Irakkrieg</i>)	Reformvorschläge und die Bewertung der Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung <i>(Zeichnen Sie hierzu z.B. ein Koordinatensystem oder eine Art „Rennstrecke“, bei der Sie erarbeitete Forderungen bzw. konkrete Reformvorschläge eintragen. Je „weiter“ vorne sie eingetragen werden, desto wahrscheinlicher ist ihre Umsetzung. Oder verteilen Sie Klebepunkte etc.)</i>	Probleme GASP heute
Gemeinsamkeiten/Unterschiede Probleme damals/heute?		

M1 – „Wen rufe ich an, wenn ich mit Europa sprechen will?“ Der Wunsch nach Ordnung im europäischen Stimmengewirr – Ein kleiner Rückblick

„Wen rufe ich an, wenn ich mit Europa sprechen will?“ Diese berühmte Frage stellte der Legende nach der ehemalige amerikanische Außenminister (1973–77) und nationale Sicherheitsberater (1969–73) der USA, Henry Kissinger. Mit diesen Worten wollte er dem Wunsch Ausdruck verleihen, mit nur einem Vertreter der europäischen Außenpolitik sprechen zu wollen – und sein Vorgehen nicht mit jedem Außenminister auf dem europäischen Kontinent einzeln abstimmen zu müssen. Die Existenz der heutigen „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“, kurz GASP, und die Schaffung des Amtes des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik in Europa lassen sich umso besser nachvollziehen, wenn man sich die bis zu ihrer Einführung herrschenden Probleme in Erinnerung ruft, zu denen sie eine passende Lösung darstellen sollten.

Als Fallbeispiel dient hierzu der Irakkonflikt im Jahr 2003. Es bleibt spannend zu klären, wie sich die Frage Kissingers heute beantworten lässt: Haben wir einen außenpolitischen Vertreter, der mit einer Stimme spricht, oder heißt es nach wie vor: „Kein

Anschluss unter dieser Nummer“, wenn man Europas Nummer wählt.

Thorsten Wolk



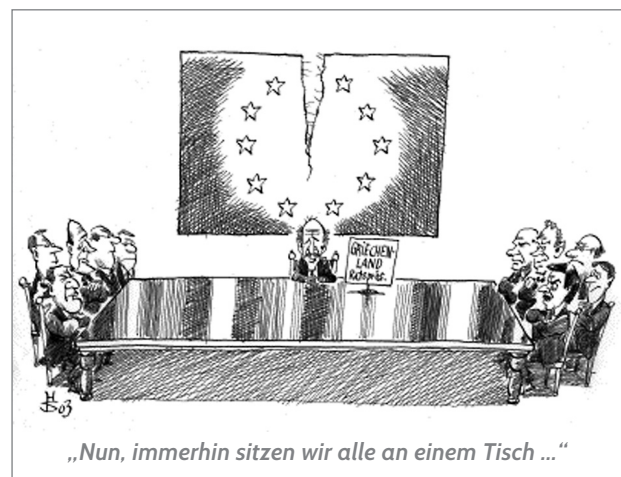
Henry A. Kissinger, U.S. Secretary of State (1973).

Foto: Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=9422755> [16.05.2017]

M2 – Karikaturen



Karikatur ©: Thomas Pläßmann



Karikatur ©: Heiko Sakurai

Aufgabe

- > Entscheiden Sie sich für eine Karikatur und analysieren Sie sie, indem Sie zunächst genau beschreiben, was in ihr abgebildet ist und ermitteln Sie anschließend das angesprochene Problem!

M3 – Fallbeispiel Irak-Krieg: Chaos unter Europas Regierungschefs ...

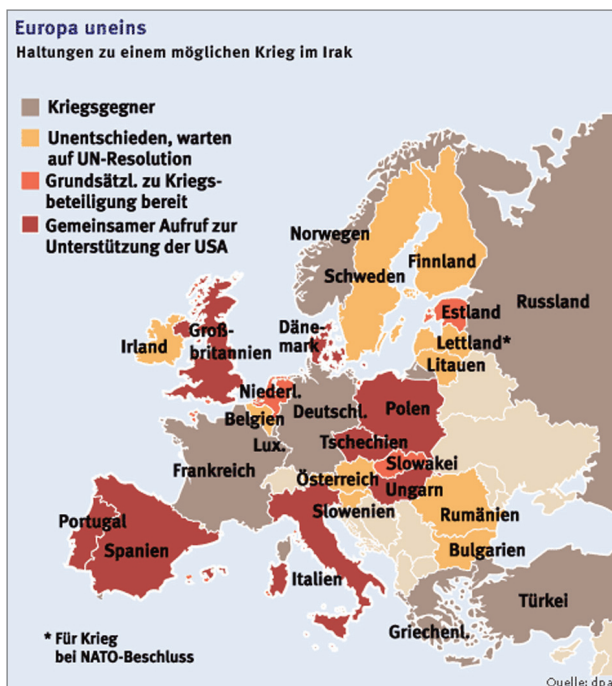
Irak-Krise – Solidarität mit Amerika spaltet Europäer

Einen Tag nach dem Alleingang mehrerer europäischer Regierungschefs ebbt die Kritik an der unabgesprochenen Veröffentlichung einer Solidaritätserklärung mit den USA nicht ab.

Führende europäische Politiker haben sich am Freitag gegen den gemeinsamen Aufruf von sieben europäischen Regierungschefs gewendet, der am Donnerstag in mehreren Tageszeitungen abgedruckt war und zur Solidarität mit den Amerikanern aufrief. Den Aufruf hatten die Regierungschefs von Großbritannien, Spanien, Italien, Portugal, Dänemark, Ungarn, Polen sowie der tschechische Präsident Vaclav Havel unterzeichnet.

Luxemburgs Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker bezeichnete die mit den übrigen Staats- und Regierungschefs der EU nicht abgestimmte Aktion als ein falsches Signal. Der Aufruf entspreche zwar im Wesentlichen der gemeinsamen Festlegung der europäischen Außenminister. Der Brief werde aber „in Washington und wahrscheinlich auch in Bagdad den Eindruck erwecken, als sprächen die Europäer nicht mit einer Stimme. Insofern war dies vom Standpunkt der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik her betrachtet ein Brief, an dessen Opportunität man berechtigte Zweifel anmelden kann.“ [...] Während sich Bundeskanzler Gerhard Schröder am Donnerstag mit Kritik am Alleingang seiner Amtskollegen zurückhielt, wurde sein Parteifreund, der stellvertretende SPD-Fraktionschef Gernot Erler, deutlicher. Es handele sich um eine „Retourkutsche für den Alleingang Deutschlands und Frankreichs“. Die Regierungschefs von Spanien und Großbritannien, Jose Maria Aznar und Tony Blair, hätten sich übergangen gefühlt, sagte Erler am Freitag in Berlin. Der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose zeigte sich illusionslos über eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Der Brief zeige einen Konflikt innerhalb Europas. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik werde es in den nächsten 20 Jahren nicht geben. „Aber das ändert nichts daran, dass man versuchen muss, dorthin zu kommen.“

@see: Solidarität mit Amerika spaltet Europäer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.03.2003. Online: www.faz.net/aktuell/politik/irak-krise-solidaritaet-mit-amerika-spaltet-europaeer-190566.html [23.04.2017].



Karte ©: dpa

M4 – ... und der Versuch Ordnung zu schaffen

Lissabon, der Europäische Auswärtige Dienst und die Kissinger-Frage

„Wen rufe ich an, wenn ich mit Europa sprechen will“, fragte einst US-Außenminister Henry Kissinger. Die Antwort soll in Zukunft leichter fallen, wenn die EU mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags einen neuen Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik bekommt, der als Chef-Diplomat der EU verantwortlich für einen eigenen Europäischen Auswärtigen Dienst sein wird.

Die Neuerung des Lissabon-Vertrags im Bereich der auswärtigen Beziehungen sollten dazu führen, dass die EU „in der Lage ist, eine einheitliche außenpolitische Sprache zu finden“, glaubt Lissabon- und Außenpolitik-Experte Elmar Brok (CDU). [...]

Weniger Doppelung und Kompetenzstreitigkeiten

Mit dem Lissabon-Vertrag soll Schluss sein mit der bisherigen Praxis der EU-Außenpolitik, in der es Bereiche gab, in denen der Rat und sein Hoher Beauftragter (Javier Solana) federführend für die politisch-diplomatischen Beziehungen und sicherheitspolitische Missionen waren, während gleichzeitig auch die EU-Kommission international in Erschei-

nung trat und die EU nach Außen repräsentierte – unter anderem durch mehr als 130 diplomatische Vertretungen bei internationalen Organisationen und Drittstaaten – und den Partnern in aller Welt nicht immer klar war, wer für was zuständig ist. Etwaige Koordinierungsprobleme und Konkurrenzsituation sollen in Zukunft insbesondere dadurch vermieden werden, dass der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU auch Vize-Präsident der Europäischen Kommission sein wird. Allerdings wird es auch weiterhin Politikbereiche geben, die die Beziehungen mit Drittstaaten betreffen, die nicht direkt dem Hohen Vertreter unterstellt werden. Dies gilt beispielsweise für die Außenhandelspolitik und die Entwicklungshilfe. Während der Plenartagung der vergangenen Woche hat das Europaparlament zum Ausdruck gebracht, dass es den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) größte Bedeutung beimisst, wenn es darum geht, „die auswärtigen Beziehungen der Union kohärenter, effizienter und sichtbarer zu gestalten“.

Der neue diplomatische Dienst müsse dazu beitragen, „Doppelarbeit und Ineffizienz“ zu vermeiden, heißt es in der Resolution. [...]

Europäisches Parlament: Lissabon, der Europäische Auswärtige Dienst und die Kissinger-Frage.
In: www.europarl.europa.eu, 27.10.2009. Online: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=de&type=IM-PRESS&reference=20091023STO63115
[16.05.2017]

M5 – Europa hat eine Telefonnummer

Henry Kissinger: Europa hat heute eine Telefonnummer

Er war vielleicht der mächtigste Außenminister des 20. Jahrhunderts. Und auch heute noch ist Henry Kissinger ein weltweit gefragter Kommentator des internationalen Geschehens. Und eigentlich sind in den letzten drei Jahrzehnten die Themen dieselben geblieben. Auf der Tagesordnung weiterhin: Europa und der Nahe Osten.

EuroNews: Hat die EU eine Zukunft als politische Union?

Kissinger: Es ist natürlich ein schwieriges Unterfangen, eine politische Einheit für ein Gebiet zu schmieden, das von Bulgarien bis nach Dänemark reicht.

Als ich Außenminister war (von 1973 bis 1977), gab es keine organisatorische Einheit in Europa, mit der wir hätten arbeiten können. Und deshalb gab es diese Geschichte, ich hätte gesagt, ich wüsste nicht, welche Telefonnummer man anrufen müsste, um mit Europa zu sprechen.

Ich bin nicht sicher, dass ich das jemals gesagt habe. Auf jeden Fall ist es ein hervorragender Satz gewesen, warum sollte ich ihm nicht zustimmen?

EuroNews: Haben Sie denn heute eine Nummer?

Kissinger: Heute haben wir nicht nur eine Telefon-



Henry A. Kissinger in der Metropolitan Opera, New York (2009).

Foto: David Shankbone, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=7867026> [16.05.2017]

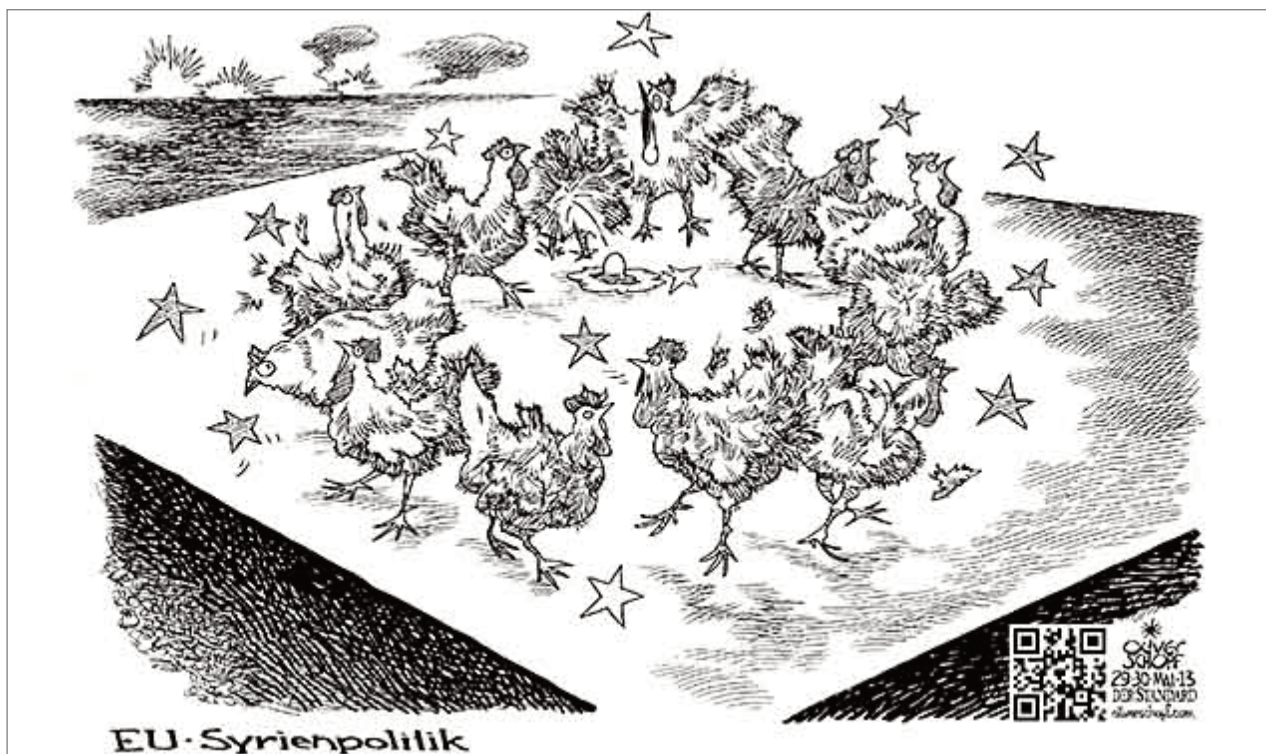
nummer, sondern Europa ist auch besser organisiert. Damals musste jeder Schritt von den einzelnen Außenministern abgesegnet werden. [...]

Sergio Cantone: Henry Kissinger: Europa hat heute eine Telefonnummer. In: Euronews, zuletzt aktualisiert 31.03.07. Online: <http://de.euronews.com/2007/03/31/henry-kissinger-europa-hat-heute-eine-telefonnummer> [23.04.2017]

Aufgaben

- > Analysieren Sie den Text **M3** im Hinblick auf die Frage, welche Probleme in der gemeinsamen europäischen Außenpolitik während des Irakkriegs offen zu Tage getreten sind.
- > Erläutern Sie (**M4**), inwieweit der Lissabon-Vertrag von 2009, der bereits 2007 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft in Lissabon unterzeichnet wurde, Antworten auf die während des Irak-Kriegs aufgeworfenen Fragen zu bieten versucht!
- > Gehören mit der Schaffung des Amtes eines Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik die Probleme der Vergangenheit an? Nehmen Sie kritisch zu der Frage Stellung! (**M5**)

M6 - Karikaturen



Karikaturen ©: Oliver Schopf

Aufgabe

- > Entscheiden Sie sich für eine Karikatur und beschreiben Sie zunächst genau, was in ihr abgebildet ist. Problematisieren Sie die Aussagen zur EU-Außenpolitik!

M7 – Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außenpolitik – Stationen einer langen Reise

Die Europäische Union ist eine Weltmacht wider Willen. Eigentlich stand es nicht in ihrer Geburtsurkunde, dass sie sich weltpolitisch engagieren sollte. Außenpolitik war in den Römischen Verträgen von 1957 nicht vorgesehen, die sollte vielmehr weiterhin von den Mitgliedstaaten in voller Souveränität betrieben werden. Aber die Dinge haben sich geändert: Die EU ist größer und bedeutender geworden – und die Mitgliedstaaten haben gleichzeitig an Bedeutung verloren. Gemeinsam stellen die EU-Staaten nur 7,8 Prozent der Weltbevölkerung, und der Anteil sinkt weiter. Allerdings repräsentiert die Union nach wie vor eine erhebliche wirtschaftliche Stärke und verfügt über den wertmäßig größten Binnenmarkt der Welt. [...]

Bereits 1970 erkannten die Staats und Regierungschefs der damaligen Europäischen Gemeinschaft, dass es sinnvoll wäre, sich auch außenpolitisch abzusprechen. Hieraus entstand die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), eine Art Kamingespräch der Staats und Regierungschefs. [Die EPZ beruhte auf den Beschlüssen des Gipfels von Den Haag 1969 und dem Davignon-Bericht von Oktober 1970].

Erst mit der Einheitlichen Europäischen Akte, die 1987 in Kraft trat und vor allem bedeutsam ist, weil sie den Binnenmarkt schuf, wurde die EPZ institutionalisiert. 1993 mit dem Vertrag von Maastricht wurde sie durch die Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ersetzt. Durch den Vertrag von Amsterdam, der 1999 Gültigkeit erlangte, wurde dann auch eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschaffen. Sie übernimmt nicht die Aufgabe der Landesverteidigung, die weiterhin bei der NATO liegt. Vielmehr hat die EU eine militärische Eingreifkapazität geschaffen, mit der sie auf Krisen reagieren und deren Umschlagen in Gewalt möglichst vermeiden will. Die Europäische Union hat in den letzten Jahren eine Reihe von Missionen durchgeführt. Die größte, und noch andauernde, ist EULEX im Kosovo [2008–2018], die dem jüngsten Staat Europas helfen soll, eine rechtsstaatliche Ordnung zu entwickeln und durchzusetzen. Der Vertrag von Lissabon [2009], die jetzige Rechtsgrundlage der Europäischen Union, hat das außen-

politische Auftreten der EU verstärkt. Dabei geht es der EU nicht nur darum, ihre unmittelbaren Interessen zu vertreten, also die Energiezufuhr und den Handel zu sichern, sondern sie will auch zu einer gerechten Weltordnung beitragen. Langfristig gesehen liegt das auch im egoistischen Interesse der EU und ihrer Mitgliedstaaten: Je gerechter und friedlicher die Welt ist, desto weniger Mittel werden für Waffen und Militär verschwendet, desto weniger Flüchtlinge irren über den Globus und desto größer sind die Chancen, sich auf die weltumspannenden Probleme wie den Klimawandel konzentrieren zu können.

Bereits im Jahr 2003 hatte die Europäische Union eine Sicherheitsstrategie verabschiedet. Seitdem hat sich die internationale Lage in einigen Punkten geändert. Zu einer grundlegenden Überarbeitung der Strategie ist es bislang jedoch nicht gekommen. Die EU war zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Allerdings wurde im Jahr 2008 eine Fortschreibung vorgenommen. In dieser Sicherheitsstrategie sind die wichtigsten Herausforderungen beschrieben, auf die die EU außenpolitisch reagieren muss. [...]

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU

Durch den Vertrag von Nizza (2003) ist auch eine Sicherheitspolitik geschaffen worden, die im Lissabonner Vertrag „Gemeinsame Sicherheits und Verteidigungspolitik“ (GSVP, bis zum Vertrag von Lissabon noch ESVP) heißt. Die GSVP soll die NATO nicht ersetzen und ihre Aufgabe besteht nicht in der Landesverteidigung. Sie soll vielmehr ermöglichen, außerhalb der EU militärisch eingreifen zu können, wenn dies zur Friedenssicherung oder erhaltung notwendig ist. Nach einer Vereinbarung mit der NATO kann die EU dabei auf Kapazitäten des Nordatlantikpakts zurückgreifen. Das ursprüngliche Ziel der EU, 60 000 Soldaten innerhalb von zwei Monaten einsetzbar zu haben, konnte nicht erreicht werden.

Um in einer sich abzeichnenden Krise schnell handeln zu können, verfügt die EU seit 2007 über sogenannte Battle Groups mit je 1500 Mann. Zwei dieser Gefechtsverbände stehen jeweils zur Verfü-

gung und können binnen 14 Tagen in einem Radius von 6 000 km um Brüssel aktiv werden. Es handelt sich dabei um nationale Militärverbände, die gewissermaßen in Bereitschaft sind und schnell aktiviert und zusammengeführt werden können. Dänemark und Malta beteiligen sich an diesen Formationen nicht. Zurückgegriffen hat die EU auf diese Battle Groups bis jetzt (Januar 2016) noch nicht.

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren zahlreiche Militärmissionen und zivilmilitärische Mis-

sionen durchgeführt, so zum Beispiel seit 2004 die Polizeimission in Bosnien-Herzegowina oder seit 2008 die Mission zur Abwehr von Piratenüberfällen im Golf von Aden.

Die größte EU-Mission ist derzeit EULEX im Kosovo, mit der das Land auf seinem Weg in eine demokratische Selbstständigkeit unterstützt werden soll. [...]

Eckart D. Stratenschulte, Europa. Fakten und Zusammenhänge, 2016 (Bundeszentrale für politische Bildung)

Aufgaben

- > Werten Sie die Materialien **M7** und **M8** hinsichtlich der Stationen der Entwicklung der Europäischen Außenpolitik aus. Zeichnen Sie einen Zahlenstrahl und tragen Sie sie in ihm ein!
- > Setzen Sie sich nach Vollendung des Zahlenstrahls kritisch mit dem Ergebnis auseinander. Was fällt auf?

M8 – Der Hohe Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik

„Das Amt des Hohen Vertreters für die GASP („High Representative“ – HR) wurde erstmals mit dem Vertrag von Amsterdam (1999) geschaffen. Hiernach war der Hohe Vertreter in „Personalunion“ Generalsekretär des Rates (GS), eine Position die von 1999 bis 2009 der Spanier Javier Solana innehatte. Da der Vorsitz beziehungsweise die Präsidentschaft des Rates in dieser Zeit halbjährlich zwischen den Mitgliedstaaten rotierte, sollte der Hohe Vertreter für eine kontinuierliche und kohärente GASP sorgen und zudem die durch die Mitgliedstaaten gesteuerte GASP in einer Person sichtbar machen (zur Frage „wen anrufen?“ wenn es um die Außenpolitik der EU geht).

Der Vertrag von Lissabon (2009) hat erhebliche Neuerungen in den GASP-Strukturen mit sich gebracht, die ganz wesentlich auch die Rolle des Hohen Vertreters betreffen: Mit dem Vertrag von Lissabon wurde der Hohe Vertreter von den Strukturen des Ratssekretariates getrennt. Für ihn wurde ein eigener Unterbau, der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), geschaffen, der eine neue, eigenständige Einrichtung der Europäischen Union darstellt. Gleichzeitig wurden durch den „Doppelhut“ des Hohen Vertreters als Vizepräsident der Kommission die GASP und das Außenhandeln der Kommission unter einer koordinierenden Person zusammengefasst, um eine maximale

Kohärenz des EU-Außenhandelns zu erreichen. Die Position des Hohen Vertreters für die GASP wurde damit erheblich gestärkt. Seit 2014 ist die Italienerin Federica Mogherini Hohe Vertreterin für die GASP. Mit Dienstantritt der EU-Kommission unter Präsident Juncker im Herbst 2014 wurde unter Leitung der Hohen Vertreterin ein „RELEX-Cluster“ der Kommissare gebildet, die sich mit dem EU-Außenhandeln befassen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der außenpolitischen Aspekte bei der Koordinierung des Außenhandelns der EU.

Gemäß Artikel 18, 22, 26, 27 und 36 EUV

- > sorgt der HV in Zusammenspiel mit dem Rat für ein einheitliches, kohärentes und wirksames Außenhandeln der Union,
- > vertritt der HV die Union im Bereich der GASP,
- > führt der HV im Rat für Außenbeziehungen (RfAB) den Vorsitz (hat aber kein Stimmrecht, wobei im RfAB aufgrund des Konsensprinzips sowieso keine klassischen Abstimmungen durchgeführt werden), trägt durch Vorschläge zur Festlegung der GASP bei und stellt sicher, dass Beschlüsse des RfAB oder des ER durchgeführt werden,
- > führt der HV im Namen der Union den politischen Dialog mit Dritten und vertritt den Standpunkt der Union in internationalen Organisationen und

- auf internationalen Konferenzen,
- > stützt sich der HV bei Erfüllung seines Auftrages auf einen Europäischen Auswärtigen Dienst, der mit den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten zusammenarbeitet und Beamte der einschlägigen Abteilungen des Ratssekretariates, der Kommission und abgeordnetes Personal der nationalen diplomatischen Dienste umfasst,
- > ist der HV einer der Vizepräsidenten der Kommission und innerhalb der Kommission mit deren Zuständigkeiten im Bereich der Außenbeziehungen und mit der Koordinierung der übrigen Aspekte des auswärtigen Handelns der Union betraut,
- > kann der HV dem Rat zusammen mit der Kommission Vorschläge vorlegen, wobei der HV für den Bereich der GASP und die Kommission für die anderen Bereiche des auswärtigen Handelns zuständig ist,
- > hört und unterrichtet der HV das Europäische Parlament regelmäßig zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der GASP und der GSVP.

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD)

Der Europäische Auswärtige Dienst ist eine – vom Ratssekretariat und der Kommission getrennte – funktional eigenständige Einrichtung der Europäischen Union. Er unterstützt die Hohe Vertreterin bei der Erfüllung ihres Auftrages, d.h. bei der Leitung und Gestaltung der GASP, in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Rates für Außenbeziehungen und als Vizepräsidentin der Kommission. Daneben unterstützt der EAD auch den Präsidenten des Europäischen Rats, den Kommissionspräsidenten und die Kommission bei ihrer Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der EU-Außenbeziehungen.“

Auswärtiges Amt: Die Akteure der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP).

Online: www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/GASP/AkteureGASP_node.html.

Letztes Update: 19.05.15. [25.04.2017].

Aufgaben

- > Erläutern Sie die Kompetenzen des Hohen Vertreters für die GASP mit eigenen Worten.
- > Beurteilen Sie, ob er oder sie genug Kompetenzen besitzt, die EU mit einer Stimme nach außen zu vertreten!

M9 – Der Weg der Beschlussfassung in der GASP – Probleme und Institutionen spielerisch nachvollziehen

Ziel des Spiels:

Die Schüler/-innen sollen mithilfe dieser Methode zum einen zu einem vertieften Wissen über die wesentlichen Akteure der GASP gelangen und zum anderen anwendungsorientiert am eigenen Leib erfahren, wie die Beschlüsse zwischen diesen zustande kommen und welche Probleme die Entscheidungsfindung erschweren. Im Kern geht es bei diesem Spiel darum, einen Beschlussvorschlag – hier symbolisiert durch einen Ball oder Gegenstand wie ein laminiertes Blatt mit der Euroflagge etc. – in der richtigen Reihenfolge zwischen den Schüler/-innen herumzureichen. Die einzelnen Entscheidungen müssen reflektiert und begründet sowie ggf. diskutiert werden.

Vorbereitung:

Hierzu werden die Schüler/-innen – je nach Größe der Lerngruppe – gleichmäßig auf die acht an der GASP beteiligten Institutionen aufgeteilt (vgl. Schaubild M10). Es empfiehlt sich eine neunte Gruppe zur Kontrolle der Entscheidungen einzurichten. Ansonsten übernimmt die gesamte Lerngruppe und die Lehrperson diese Aufgabe. Es bietet sich an, den Schüler/-innen kurz Zeit zu geben, sich mit „ihrer“ Institution hinsichtlich ihrer Aufgaben und Kompetenzen auseinander zu setzen (M8, ggf. durch weiteres Material, wie dem des Auswärtigen Amtes, Links beigefügt). Hierzu dienen auch die Schaubilder M12 bis M15.

Das Schaubild M10 sollte gut sichtbar im Raum aufgehängt werden und/oder den Schüler/-innen zusammen mit den Materialien über die Institutionen und Instrumenten ausgehändigt werden. Hier lohnt es sich die Materialien groß kopiert als Wandzeitung auszuhängen, um sich während des Spiels jederzeit vergewissern zu können.

Beschluss heute:

Konkret geht es bei diesem Spiel um den Beschluss der Verhängung von Sanktionen gegen Russland aufgrund seines Verhaltens in der Ukraine-Krise (Annexion der Krim).

Ablauf:

Die Schüler/-innen überlegen gemeinsam, an welcher Stelle der Beschlussvorschlag startet und an wen der Ball weitergereicht werden muss. (Die Hohe Vertretung der GASP und die Mitgliedsstaaten haben das Initiativrecht, will heißen, dass diese das Recht haben, einen Gesetzesentwurf zur Abstimmung vorzulegen).

Daraufhin muss die Gruppe bzw. Institution, die den Ball in Händen hält, entscheiden, an wen sie den Ball weiterreicht, und was mit ihm nun geschieht: Wird der Vorschlag wie der Name es sagt, vorgeschlagen, diskutiert, angehört, zu ihm Stellung bezogen etc.?

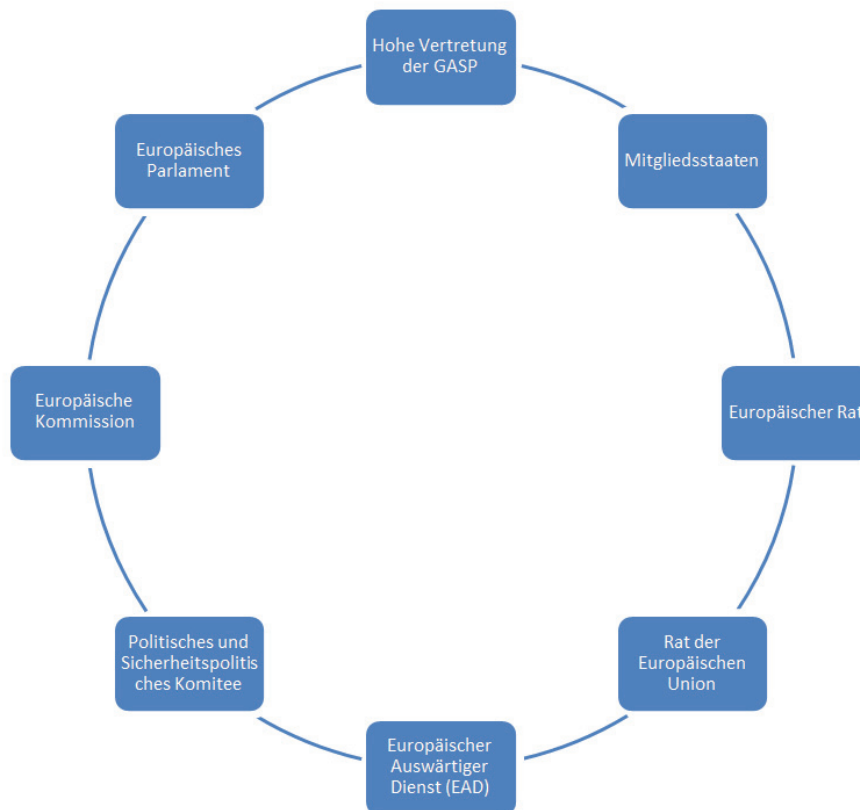
Die Kontrollgruppe – sofern eine existiert – kann jederzeit korrigierend eingreifen. Je nach Gruppendynamik kann es lohnend sein, das Spiel einmal komplett durchlaufen zu lassen und die Schüler/-innen selbst merken zu lassen, dass sie an einer Stelle einen Fehler begangen haben. Dies kann jederzeit im Unterrichtsgespräch erfolgen. Andernfalls stoppt die Lehrkraft kurz das Spiel und fragt gezielt nach, ob die Schüler/-innen vielleicht etwas übersehen haben und verweist ggf. auf entsprechende Stellen im Material.

Wie geht es mit dem Beschlussvorschlag weiter? Dazu diskutieren sie gemeinsam, welche der sechs weiteren Institutionen den Ball als nächstes zugespielt bekommen, und was mit dem Beschluss dort passieren soll. Die Gruppe, welche den Ball in Händen hält, darf einen Vorschlag unterbreiten. Die Entscheidungen sollten immer durch die gesamte Gruppe begründet und reflektiert werden.

Alternativ können, je nach Gruppengröße, lediglich acht Schüler/-innen eine Institution übernehmen. Sie halten sich aus der Diskussion um den Weg zunächst heraus und befolgen stumm die Anweisungen der Lerngruppe. Erst bei der Kontrolle dürfen sie mitdiskutieren.

Eine einzig „richtige“ Reihenfolge existiert nicht, aber der folgende Ablauf stellt eine Richtlinie zur Orientierung dar:

„Die **Europäische Kommission (1)** tritt mit einem Gesetzesvorschlag an die Hohe Vertretung. Die **Hohe Vertretung für Außen- und Sicherheitspolitik (2)** nimmt den Vorschlag entgegen und berät sich mit dem **Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (3)** über den Vorschlag. Nach der Beratung geht der Vorschlag zurück an die **Hohe Vertretung (4)**. Die Hohe Vertretung kann das **Parlament der Europäischen Union (5)** zu dem gemachten Vorschlag befragen. Sie muss die Meinung des Parlaments grundlegend beachten, das Parlament darf aber nicht über den Vorschlag abstimmen. Der Gesetzesvorschlag wird von der Hohen Vertretung an den **Europäischen Rat (6)** gegeben. Der Europäische Rat bestimmt die grundlegenden Richtlinien und Ziele. Diese gibt er dann an den **Rat der Europäischen Union (7)** weiter. Der Rat der Europäischen Union kann nun entscheiden, ob der Vorschlag umgesetzt werden soll. Spricht er sich für eine Umsetzung aus, dann gibt er den Beschluss der **Hohen Vertretung (8)** zurück. Die Hohe Vertretung setzt die Beschlüsse um. Sie kann sich dabei Unterstützung durch den **Europäischen Auswärtigen Dienst (9)** holen. **Die Mitgliedsstaaten (10)** erhalten den Beschluss und müssen ihn umsetzen“



Auswertung

Am Ende des Spiels sollen sowohl den Verlauf des Spiels als auch die inhaltlichen Erkenntnisse miteinander diskutiert und ausgewertet werden. Zur Orientierung bieten sich die folgenden Leitfragen an:

- > Warum muss der Vorschlag an so vielen Stellen diskutiert werden, bis er entschieden wird?
- > Bewerten Sie den langen Weg als gut oder schlecht?
- > Welche Vor- und Nachteile können damit verbunden sein?
- > Wie schätzen Sie es ein, dass das Parlament, das einzige direkt gewählte Element, nicht über den Vorschlag abstimmen darf?

Es bietet sich hier auch ein Rückbezug zu den Karikaturen am Beginn an:

- > Nehmen Sie Stellung zu den Karikaturen aus **M6**: Ist die Kritik berechtigt?

*In Anlehnung an: Svetlana Alenitskaya et al.: Methode: GASP-Institutionen. Bundeszentrale für politische Bildung o.D.
Online: www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Methode%20-%20GASP-Institutionen.pdf [24.04.2017]*

M10 – Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Strukturen

Als die Europäischen Gemeinschaften gegründet wurden, war eine gemeinsame Außenpolitik nicht vorgesehen. Dies blieb vielmehr eine nationale Angelegenheit. Mittlerweile hat die EU eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt.

Das auswärtige Handeln der Europäischen Union ist durch den Vertrag von Lissabon neu strukturiert worden. Das bezieht sich vor allem auf die Außenpolitik im engeren Sinne, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU.

Diese wird von der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik geleitet. Bei dieser europäischen Außenministerin Federica Mogherini* aus Italien, laufen verschiedene Funktionen zusammen. Sie ist zum einen die Vertreterin des Rates der Europäischen Union für die Außenpolitik, also die Repräsentantin der Mitgliedstaaten. Deshalb führt sie auch den Vorsitz im Rat der Außenminister, in dem – anders als in den anderen Fachministerräten – der Vorsitz nicht alle sechs Monate wechselt. Zum anderen ist die Hohe Vertreterin auch Mitglied und sogar Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Durch diese Dreifach-Hut-Lösung möchte man erreichen, dass die verschiedenen Institutionen, die sich mit Außenpolitik beschäftigen, enger verzahnt werden und die EU so einheitlicher auftreten kann.

Die grundlegende Ausrichtung der EU-Außenpolitik wird vom Europäischen Rat beschlossen, das sind die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Die Umsetzung der Vorgaben in Beschlüsse erfolgt durch den Rat der Europäischen Union, also in der Regel durch die Außenminister (unter Vorsitz des Hohen Vertreters) oder durch die Verteidigungsminister. Der Rat wird vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK), dem die Direktoren der Außenministerien der EU angehören, unterstützt. Dem PSK obliegt bislang auch die Kontrolle über die militärischen und zivil-militärischen Missionen der EU. Hierfür steht ihm der Militärausschuss der Europäischen Union zu Seite. Inwieweit die Kontrolle über die Missionen in Zukunft auch auf die Hohe Vertreterin übergehen wird, ist noch nicht klar.

Der Rat beauftragt die Hohe Vertreterin, die Beschlüsse umzusetzen. Hierfür steht ihr ein Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) zur Verfügung, der zurzeit aufgebaut wird und aus Mitarbeitern der Europäischen Kommission, des Generalsekretariats des Rates sowie aus Diplomaten aus den Mitgliedstaaten bestehen soll. Zum EAD sollen auch die Vertretungen der Europäischen Kommission in aller Welt gehören und so zu EU-Botschaften werden.

Die Europäische Kommission, der die Hohe Vertreterin angehört, unterbreitet ebenfalls Vorschläge zur Außenpolitik und führt im Übrigen das auswärtige Handeln in anderen Bereichen (Entwicklungspolitik, Humanitäre Hilfe und Nachbarschaftspolitik) durch. Die Hohe Vertreterin koordiniert das Auftreten der Europäischen Kommission durch regelmäßige Absprachen mit ihren Kollegen, die für die anderen genannten Bereiche zuständig sind.

Das Europäische Parlament hat in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kein Mitentscheidungsrecht, es muss jedoch angehört werden. Die Hohe Vertreterin ist verpflichtet, die Auffassung des Parlaments gebührend zu berücksichtigen.

Eckart D. Stratenschulte: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Strukturen.

In: Bundeszentrale für politische Bildung, online: www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42920/grafik-gasp-strukturen.

Letztes Update: 01.12.2010. [24.04.2017]

Weiteres Material Institutionen/ Instrumente zum Spiel:

Material zu den Institutionen auf den Seiten des Auswärtigen Amts:

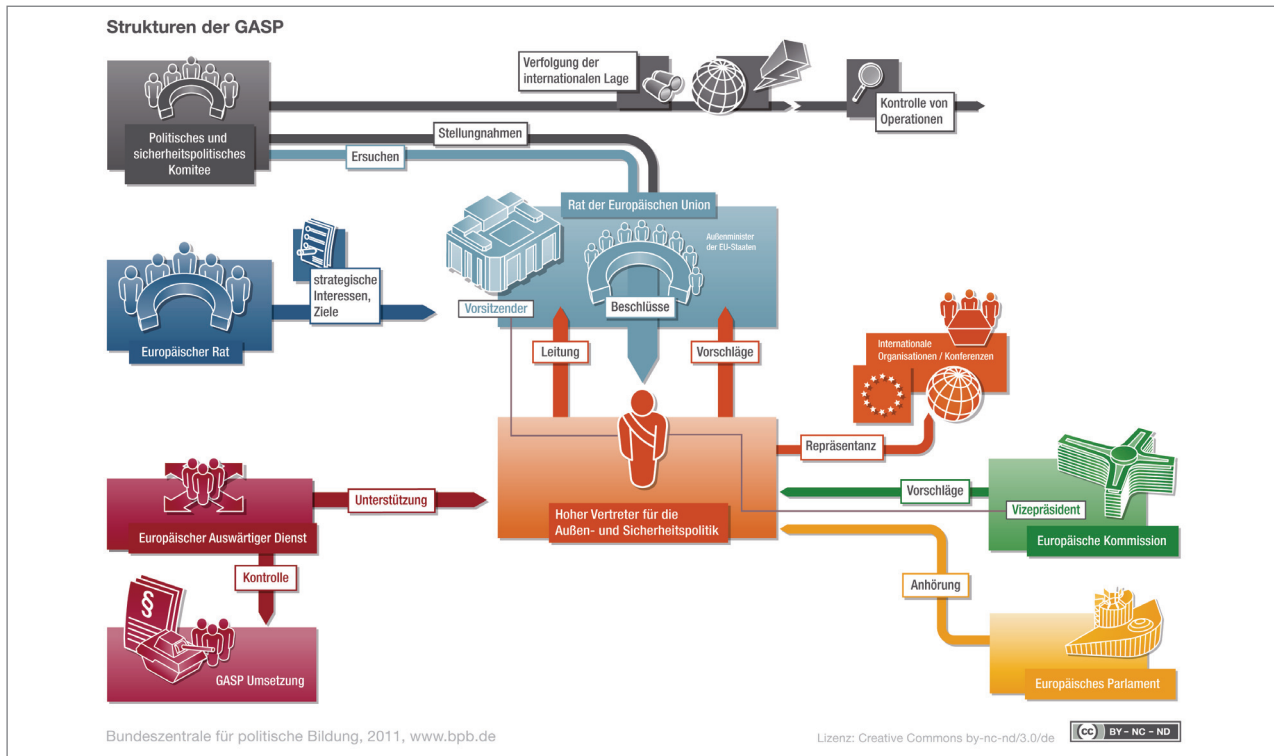
www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/GASP/AkteureGASP_node.html

Material zu den Instrumenten auf den Seiten des Auswärtigen Amts:

www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/GASP/InstrumenteGASP_node.html

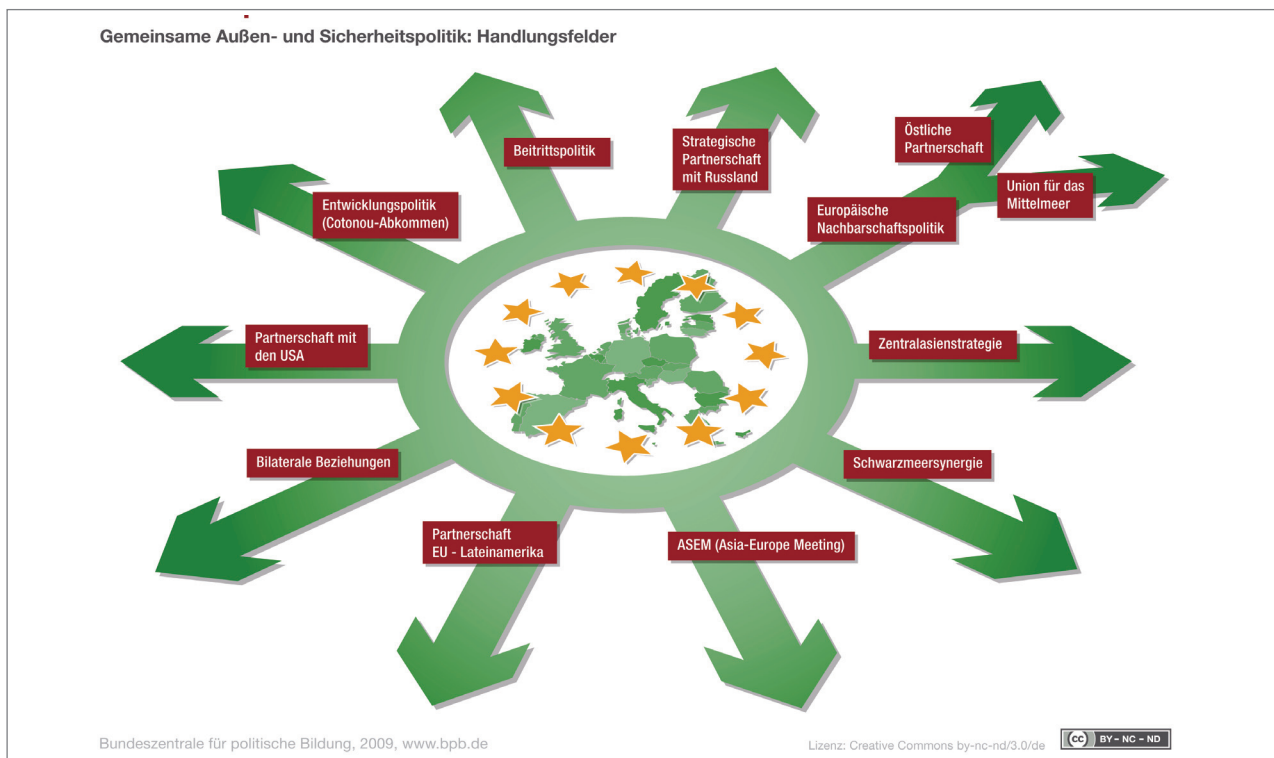
* Der Name der Hohen Vertreterin wurde von Catherin Ashton im Originaltext auf Federica Mogherini aktualisiert.

M11 – Schaubild: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)



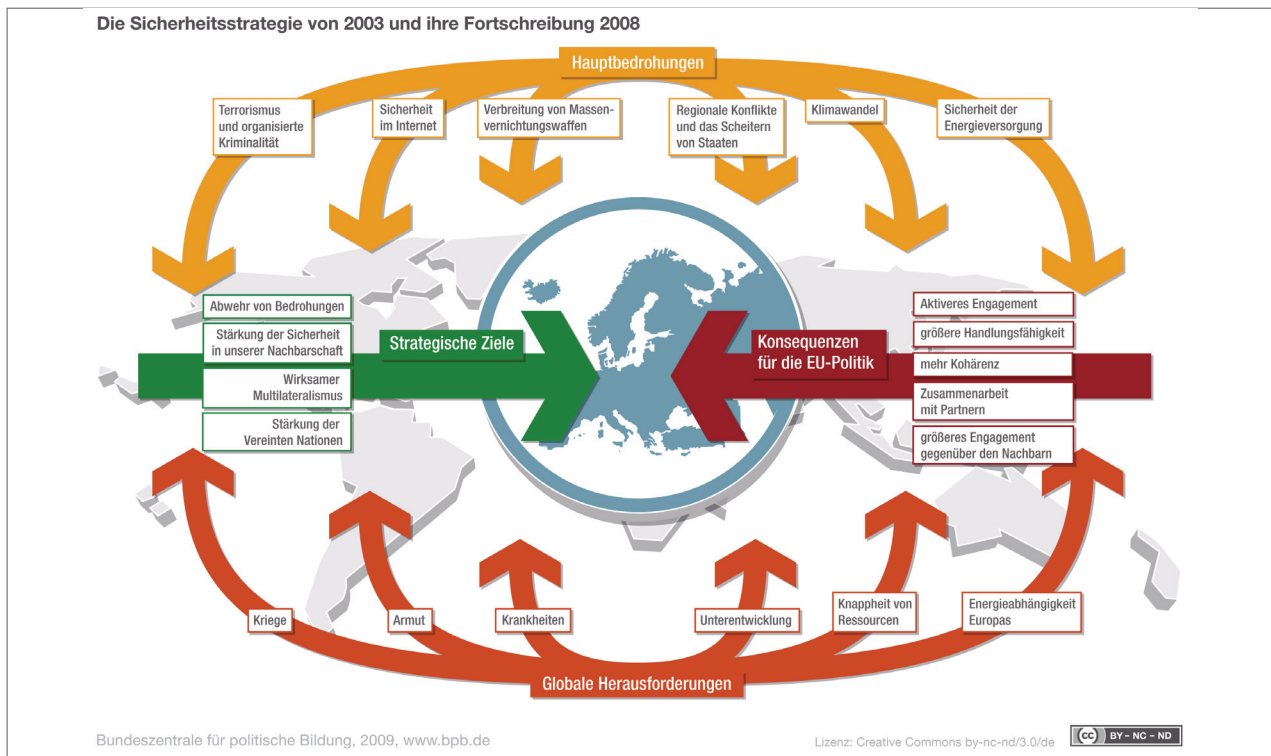
Grafik: Bundeszentrale für politische Bildung, Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/. (PDF, hochauflösend)
 Online: www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42920/grafik-gasp-strukturen [18.05.2017]

M12 – Schaubild: Die Außenpolitik der EU



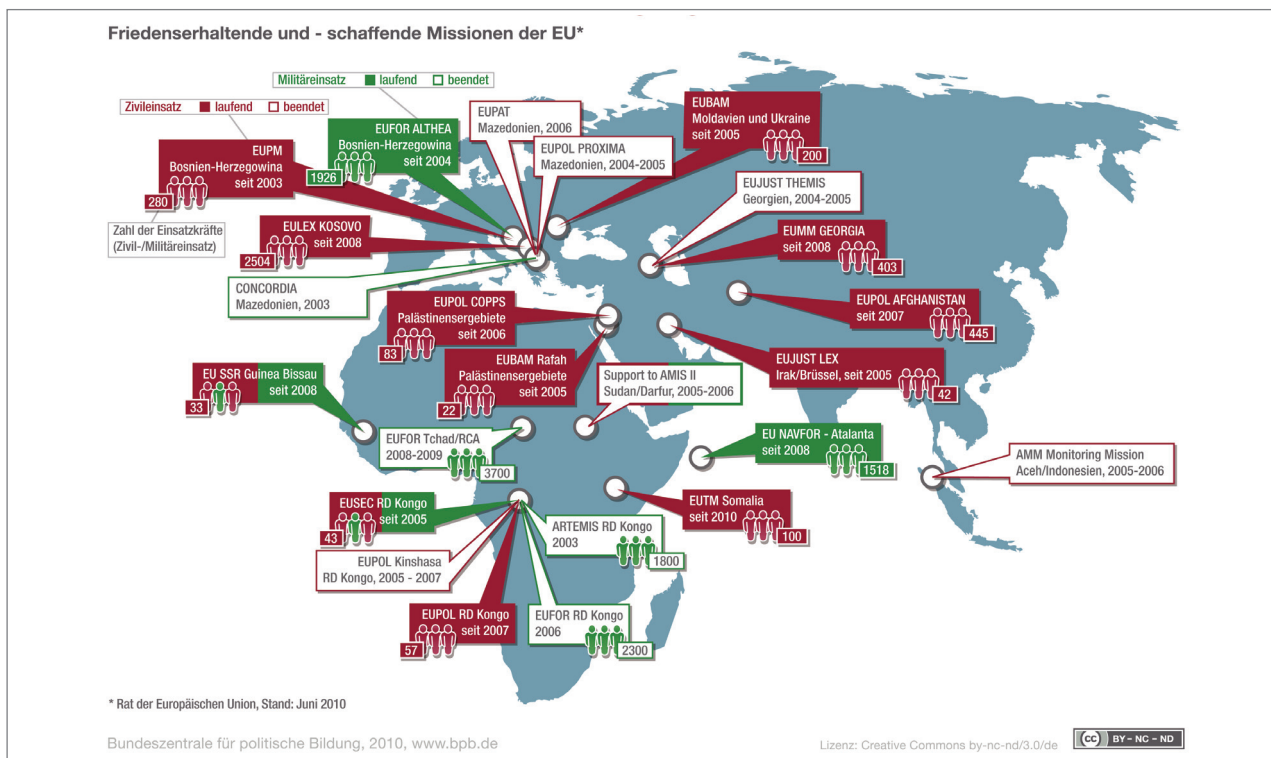
Grafik: Bundeszentrale für politische Bildung, Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/. (PDF, hochauflösend)
 Online: www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42917/grafik-gasp-handlungsfelder [18.05.2017]

M13 – Schaubild: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik I



Grafik: Bundeszentrale für politische Bildung, Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/. (PDF, hochauflösend)
Online: www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42923/grafik-esvp-strategie [18.05.2017]

M14 – Schaubild: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik II



Grafik: Bundeszentrale für politische Bildung, Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/. (PDF, hochauflösend)
Online: www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42927/grafik-esvp-missionen [18.05.2017]

Anmerkung

Das Material ist unterschiedlich lang und kann entweder einzeln zur Bearbeitung ausgewählter Aspekte oder in seiner Gesamtheit den Schüler/-innen zur Verfügung gestellt werden, um alle Aspekte abzudecken.

Das Material M16 greift die eingangs gestellte Frage nach der Telefonnummer von Europa wieder auf und kommt, anders als Kissinger, zu einem pessimistischen Urteil. Hier werden die Schüler/-innen ausgehend von drei Vorschlägen des Autors zum Nachdenken über Reformen der derzeitigen GASP ange-regt.

Dieser Text eignet sich als Klausurtext.

Auch hier ist jederzeit der Rückbezug zu den Karikaturen bzw. den von ihnen aufgeworfenen Problemen möglich.

M15 – Kritische Reflexion: Die EU-Außenpolitik auf dem Prüfstand

Die Materialien im nachfolgenden Teil beschäftigen sich mit den Problemen der Europäischen Außenpolitik und führen zuletzt wieder auf die eingangs gestellte Frage zurück: Besitzt Europa nun eine verbindliche Telefonnummer, also eine kompetente Stelle, welche die EU-Außenpolitik machtvoll vertritt und Entscheidungen treffen kann? Oder bleibt alles beim alten: Die Nationalstaaten geben den Ton an. Die Materialien können arbeitsteilig von den SuS bearbeitet oder als Fundus zur Beantwortung dieser Leitfrage genutzt werden. Die Aufgaben unter dem letzten Text beziehen sich daher zum Großteil auf alle Aufgaben und münden in der Durchführung einer Diskussion.

A)**Viel Bürokratie, kaum Erfolge?**

[...] Allerdings hält der Erfolg der EU-Außenpolitik sich in engen Grenzen. Das hat damit zu tun, dass die EU außenpolitisch nur auftreten kann, wenn die 28 Staaten sich einig sind – und das sind sie oft nicht. So handeln dann doch wieder die Mitgliedstaaten statt der EU-Vertreter. Die schwierigen Verhandlungen mit Russland im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise und der Annexion der Krim durch Russland wurden im Wesentlichen von der deutschen Bundeskanzlerin und dem französischen Präsidenten geführt – und nicht von der „EU-Außenministerin“ und dem Ratspräsidenten. [...]

Eckart D. Stratenschulte, Europa. Fakten und Zusammenhänge, 2016 (Bundeszentrale für politische Bildung)

B)**Europäische Außenpolitik heute: Von der Schwierigkeit sich auf eine gemeinsame Position zu einigen**

Das Leitbild der Europäischen Union ist der Multilateralismus, das heißt die gleichberechtigte politische Zusammenarbeit mit anderen Partnern. Allerdings gelingt es der Europäischen Union oftmals nicht, ihr Gewicht auszuspielen, da die einzelnen Mitgliedstaaten als Akteure handeln. So stellte die Europäische Union in den Jahren 2016/17 drei der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Großbritannien und Frankreich gehören zu diesem wichtigsten Gremium der UNO „von Geburt an“ als ständige und vetoberechtigte Mitglieder, während Spanien einen nichtständigen – und nicht zum Veto berechtigenden – Sitz innehat.

Dies hat allerdings nicht zu einer stark europäisch gefärbten Weltpolitik geführt, da die drei Länder sich weniger als Repräsentanten der Europäischen Union denn als eigenständige Mächte sehen. Immerhin hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Mai 2011 beschlossen, der Europäischen Union ein eigenes Rederecht zuzugestehen. Tatsächlich sprach der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, im September 2011 zum ersten Mal zu den Delegierten der UN-Generalversammlung. Wirkungsvoll kann dies jedoch nur sein, wenn die EU-Staaten eine gemeinsame Außenpolitik auch unterstützen. Hier gibt es, diplomatisch gesprochen, noch Raum für Verbesserung.

Auch in anderen internationalen Foren behindern

die EU-Staaten sich durch unterschiedliche und nicht abgestimmte Positionen selbst. Dies ist beispielsweise bei der Klimapolitik so, wo es immer wieder schwerfällt, die unterschiedlichen Auffassungen und Voraussetzungen zu harmonisieren. Für den weltweiten Klimagipfel in Paris Ende 2015 gelang es erst im letzten Augenblick, Polen, das sehr stark auf die heimische Kohle als Energieträger setzt, von einem Veto abzuhalten.

Tatsächlich hat die EU es weder hier noch in anderen Gremien nötig, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. In Klimaschutzfragen ist sie die treibende Kraft und die EU und ihre Mitgliedstaaten sind auch die weltgrößten Geber von Entwicklungshilfe. Diese setzt sie ein, um die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, mit denen die Armut bekämpft und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden soll, zu erreichen. Die EU konzentriert sich auf 80 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKPStaaten), die zu einem großen Teil früher einmal Kolonien europäischer Mächte waren. Im 2005 geschlossenen Abkommen von Cotonou bindet die EU ihre Unterstützung auch an gute Regierungsführung in den Partnerländern. Je demokratischer ein Land ist, desto mehr Hilfe von der EU kann es erwarten. Dem immer mehr an Bedeutung gewinnenden Staatengremium „G20“, das die 20 wichtigsten Länder der Welt zusammenfasst, gehören 19 Staaten an, darunter vier EUMitglieder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien). Nummer 20 ist die Europäische Union.

*Autorentext Eckart D. Stratenschulte,
für dieses Modul geschrieben*

C) Wirklicher Souveränitätsverzicht fällt weiter schwer

Die Außenpolitik gehört in Europa zu den Kernelementen nationalstaatlicher Souveränität. Deshalb fällt den Mitgliedstaaten die Übertragung von Kompetenzen und das gemeinsame Handeln auf diesem Gebiet besonders schwer. Die offen zu Tage getretenen Differenzen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien im Mai 2013 machten diese Problematik noch einmal deutlich.

Kriege in Afghanistan und in Syrien, Spannungen zwischen Israel, dem Libanon und den palästinensischen

Autonomiegebieten, das Aufbegehren der Bürgerinnen und Bürger und Revolutionen in arabischen Staaten: Die Welt wird immer stärker durch viele regionale Krisenherde geprägt, die sich oft vor „der europäischen Haustür“ befinden. Von der EU wird deshalb die Übernahme weltpolitischer Verantwortung erwartet. Europa muss zur Lösung internationaler Konflikte beitragen. Gerade die Krisen und Bürgerkriege auf dem Balkan haben gezeigt, dass Frieden nur noch im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erreichbar ist.

Seit nunmehr fünfzig Jahren wird in Europa der Versuch gemeinsamen Handelns auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik unternommen. 1954 scheiterte die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am französischen Widerstand. In einem nächsten Anlauf in den siebziger Jahren gelang es immerhin, unverbindliche Abstimmungsprozesse im Rahmen der „Europäische Politische Zusammenarbeit“ zu verstetigen. Erst in der „Einheitlichen Europäischen Akte“ wurden 1986 Verfahrensregeln für die EPZ vertraglich festgeschrieben. Dennoch blieb die EPZ ein eher lockerer Rahmen für Konsultation und Koordinierung.

Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Maastricht im Dezember 1991 zur Gründung einer Politischen Union bedeuteten für die EPZ eine entscheidende Zäsur: Mit dem Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union am 1. November 1993 wurde die EPZ zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU fortentwickelt.

Der Übergang von der EPZ zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik war jedoch lediglich ein weiterer kleiner Schritt auf dem Weg zu einer tatsächlichen gemeinsamen Außenpolitik der EU. Nach wie vor blieben die Regeln der außenpolitischen Zusammenarbeit „intergouvernemental“* ausgestaltet: In den allermeisten Fällen mussten Entscheidungen einstimmig getroffen werden. Die Europäische Kommission erhielt zwar kein alleiniges Initiativrecht, wurde aber an allen Aspekten der Arbeit beteiligt und konnte neben den Mitgliedstaaten eigene Vorschläge machen. Darüber hinaus wurden konkrete Instrumente für die GASP festgelegt: Die Mitgliedstaaten un-

* Zustimmung nur, wenn alle sich einen Nutzen hiervon versprechen (Vgl. Theorien der Europäischen Integration: Föderalismus, Intergouvernementalismus, (Neo-)Funktionalismus).

terrichteten sich zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen von allgemeinem Interesse im Rat gegenseitig und konnten gemeinsame Standpunkte festlegen.

Durch den Vertrag von Amsterdam wurden die institutionellen Bestimmungen der GASP erneut fortentwickelt. Der Rat kann in einer „Gemeinsamen Strategie“ die grundlegenden Linien der gemeinsamen Politik bestimmen. Dies musste einstimmig geschehen. Zu Fragen der Ausführung konnte dagegen mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden. Nur aus sehr gewichtigen Gründen kann ein Land einen Mehrheitsbeschluss verhindern.

Darüber hinaus wurde eine Planungs- und Analyseeinheit geschaffen, um die Arbeit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu verbessern und Entscheidungen vorzubereiten.

Die Regelfinanzierung der operativen Ausgaben der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erfolgt aus dem EU-Haushalt. Schließlich kann der Rat auf Grundlage eines einfachen Beschlusses Übereinkünfte mit Drittstaaten oder internationalen Organisationen abschließen.

Der Europäische Rat von Nizza (7.-9.12.2000) beschloss die Einsetzung neuer, ständig in Brüssel angesiedelter Gremien zur Stärkung der GASP und zum Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU bleibt dennoch von allen Politikbereichen, mit denen sich die EU befasst, noch am stärksten durch zwischenstaatliche Elemente geprägt. Das Mehrheitsprinzip gewinnt weiter sehr langsam an Bedeutung.

Mit dem Vertrag von Nizza aus dem Jahr 2003 wurden weitere Änderungen zur Optimierung des Entscheidungsverfahrens eingeführt. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee, das mittels eines Ratsbeschlusses im Januar 2001 gegründet worden war, wurde beauftragt, die politische Kontrolle und die strategische Ausrichtung der Krisenbewältigungsoperationen zu übernehmen. Die wesentlichen institutionellen Bestimmungen wurden am 19. Oktober 2007 in Lissabon unterzeichnet: Der Vertrag von Lissabon, der am 1. Januar 2009 in Kraft trat, gab der Union eine Rechtspersönlichkeit und eine institutio-

nelle Verkörperung ihres Außendienstes an die Hand und beseitigte die Säulenstruktur der EU. Durch den Vertrag wurde eine Reihe neuer GASP-Akteure wie etwa der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (der auch der Vizepräsident der Kommission ist) und der neue ständige Präsident des Rates geschaffen. Neben der Einführung des EAD wertete der Vertrag auch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auf, welche ein integraler Bestandteil der GASP ist. [...]

Bei allen Beschlüssen, für die Einstimmigkeit vorgeschrieben ist, kann ein Mitgliedstaat sich der Stimme enthalten; er kann damit aber Beschlüsse nicht verhindern (man spricht von „konstruktiver Enthaltung“). Das Land, das sich der Stimme enthalten hat, ist nicht verpflichtet, diesen Beschluss durchzuführen, akzeptiert aber, dass er für alle anderen Staaten bindend ist und unterlässt alles, was die Ausführung des Beschlusses durch die anderen Staaten behindern könnte. [...]

Beschlüsse fassen

Beschlüsse sind nach wie vor fest an die Vorschrift der Einstimmigkeit gebunden – äußerst komplex und ziemlich unflexibel. Absatz 1 des neuen Artikels 23 (J.13) schreibt als allgemeine Regel für die GASP Einstimmigkeit mit konstruktiver Enthaltung vor: Die Stimmenthaltung von Mitgliedern steht dem Zustandekommen der Beschlüsse nicht entgegen. Absatz 2 des Artikels 23 sieht für auf einer gemeinsamen Strategie beruhende gemeinsame Aktionen, gemeinsame Standpunkte oder Beschlüsse sowie für einen Beschluss zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder eines gemeinsamen Standpunkts die qualifizierte Mehrheit vor, es sei denn, dass ein Mitgliedstaat aus wichtigen Gründen der nationalen Politik vorher erklärt, dass er die Absicht hat, einen dieser Beschlüsse abzulehnen. In diesem Fall kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit verlangen, dass die Frage zur einstimmigen Beschlussfassung an den Europäischen Rat verwiesen wird. [...]

Euro-Informationen GbR (Hrsg.): Wirklicher Souveränitätsverzicht fällt weiter schwer. In: EU-Info.de, Online: www.eu-info.de/europa/eu-aussenpolitik/ [25.04.2017]

Aufgabe

- > Erläutern Sie die wesentlichen Probleme bei der Ausübung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik (M15 A-C).

M16 – Kein Anschluss unter dieser Nummer?

2014 war ein Jahr der Krisen: Die Eskalation der Lage in der Ukraine, der wiederaufbrechende Gazakonflikt und der Terrorfeldzug des Islamischen Staates erschütterten die internationale Ordnung. Die Europäische Union ringt mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) von Fall zu Fall um Antworten – mit wechselhaften Ergebnissen. Welche Schritte empfehlen sich, um die europäische Außenpolitik in Zukunft strategiefähiger und durchsetzungsfähiger zu machen?

„Wenn ich mit Europa reden will, wen muss ich dann anrufen?“ Diese Frage soll der frühere US-Außenminister Henry Kissinger während seiner Amtszeit gestellt haben. Eine Antwort fiel schon damals nicht leicht. Auch heute – vierzig Jahre später – müsste man Mr. Secretary auf eine lange Liste mit Telefonnummern verweisen.

Wen muss man anrufen, wenn man mit Europa sprechen will?

Gleichzeitig ist in diesen Jahrzehnten das Gewicht Europas gewachsen. Über 500 Millionen Menschen leben in der EU – mehr als die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten von Amerika und Russland zusammen. Die Union vereint den größten Binnenmarkt der Welt, ist seit 2012 Friedensnobelpreisträgerin für ihren Beitrag zu „Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“.

Die Krisen und Kriege auf der Welt sind dabei nicht weniger geworden. Im Gegenteil: Die globalen Konfliktlagen erscheinen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs immer unübersichtlicher, komplexer und unzivilisierter. In Syrien und im Irak mordet die islamistische Terrorgruppe IS für ein grenzüberschreitendes Kalifat. In professionell geschnittenen Werbevideos lässt die Organisation die Weltöffentlichkeit an Vertreibungen und Enthauptungen grausam teilhaben. In der Ukraine herrschen nach Moskaus Annexion der Krim bürgerkriegsähnliche Zustände, angetrieben durch Separatisten mit engen Verbindungen zum russischen Nachbarn. Noch immer ungeklärt ist der Abschuss einer malaysischen Passagiermaschine über dem Donbass, der 298 Menschen das Leben kostete. Mittlerweile erscheint gar

ein Einmarsch Russlands in der Ost-Ukraine möglich. Im Nahost-Konflikt herrscht zwischen Israel und der Hamas nach wochenlangen Kämpfen eine Waffenruhe – sie wird wohl nur vorübergehend sein.

Ukraine, Irak, Gaza: Das europäische Ringen um Antworten

Wie reagiert die Europäische Union auf diese Herausforderungen? Die Methode, die sich durchgesetzt hat, ist mit folgendem Muster zu beschreiben: Ein Einzelstaat, wahlweise Deutschland, Frankreich oder das Vereinigte Königreich, ergreift die Initiative und sucht für seine Position eine „Koalition der Willigen“ innerhalb der EU. In manchen Fällen kann mit diesem Verfahren durchaus eine einheitliche europäische Linie entstehen. Gegenüber Russland zog die EU im Ukraine-Konflikt außenpolitisch bisher an einem Strang. Neben der stetigen Bereitschaft zum Dialog wurde der Druck auf Moskau aufrechterhalten. Die Mitgliedsstaaten haben die gemeinsam beschlossenen Sanktionsstufen konsequent durchgesetzt. Ein Gegenbeispiel findet sich in der derzeitigen Diskussion um Waffenlieferungen an die Kurden im Nord-Irak. Jeder Mitgliedsstaat entscheidet selbst darüber, ob er Waffen in das Krisengebiet ausführt oder nicht. Eine gemeinsame europäische Strategie und Perspektive für den Irak ist nicht zu erkennen.

Wie Shimon Stein und Sylke Tempel richtigerweise in einem Beitrag für den Tagesspiegel feststellen, fußt diese Form der Außenpolitik nicht auf einer institutionalisierten und beständigen gemeinsamen Analyse der Situation. Die europäische Außenpolitik ringt von Fall zu Fall um Richtung und Rhetorik. Um die gemeinsame Außenpolitik von ihrem derzeitigen Zustand als Stückwerk weiterzuentwickeln, empfehlen sich deshalb für die Zukunft drei Schritte.

Drei Empfehlungen für die Weiterentwicklung der GASP

Erstens braucht es eine grundsätzliche Verständigung der Europäer: „Eine Debatte, die die Rolle der EU in der Welt definiert, außenpolitische Interessen und Ziele bestimmt, kurz: die EU zu einer international

handlungsfähigen Einheit formt“, schreibt Bernhard Schinwald auf The European. Zu dieser Debatte gehört ebenso die Einsicht, dass es sich bei der Europäischen Union nicht nur um eine Wirtschaftsgemeinschaft handelt, sondern um einen machtpolitischen Akteur. Die Erkenntnis der eigenen machtpolitischen Bedeutung unterstreicht das Bedürfnis nach einer gemeinsamen strategischen Außenpolitik. Nur mit diesem Bewusstsein – das nicht nur Werte und Normen, sondern handfeste Interessen umspannt – wird die EU als politische Einheit nach außen wirken können.

Auf dieser Grundlage ist in einem zweiten Schritt eine stärkere Institutionalisierung der gemeinsamen Außenpolitik geboten. Ein Reformvorschlag: die Einführung einer Art europäischen Sicherheitsrates. Dieses Gremium wäre einerseits mit einer kontinuierlichen Lageanalyse betraut und würde damit eine bessere Strategiefähigkeit der europäischen Außenpolitik ermöglichen. Andererseits sollte das Organ in kritischen Situationen schnell handeln können, etwa durch die Entsendung der EU-Battlegroups in Krisenregionen.

Drittens entscheidet eine Personalie über den künftigen Kurs der gemeinsamen Außenpolitik: Die Neubesetzung des Postens des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik durch die Italienerin Federica Mogherini. Das Stellenprofil für die Nachfolge von Catherine Ashton: Erfahrung, Charis-

ma und diplomatisches Geschick. Als eine der ersten Aufgaben der neuen Hohen Vertreterin bietet sich die Neuformulierung der Europäischen Sicherheitsstrategie an. Sie stammt aus dem Jahr 2003. Nicht zuletzt ist Mogherini nun das öffentliche Gesicht der GASP. Auch wenn sie in den komplizierten Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten nicht stets Einigkeit herbeiführen wird, so sollte sie doch deutlich sichtbar die Fäden der Koordinierung zwischen den europäischen Staaten in der Hand halten. Umso besser wäre es, wenn Mogherini tatsächlich einen roten Faden der europäischen Außenpolitik entwickeln kann.

Die Welt wartet nicht auf die EU

US-Außenminister Kissinger wünschte sich eine einzige Telefonnummer für Europa. Es gibt diese eine Nummer nicht. Womöglich ist sie in der aktuellen Verfasstheit der Union nicht einmal wünschenswert. Was dagegen erstrebenswert und realisierbar wäre, ist eine gemeinsame europäische Außenpolitik aus einem Guss. Sie ist die Antwort auf die Komplexität der Herausforderungen und die nachhaltigste Einflussperspektive des Kontinents auf dem internationalen Parkett.

Marcel Wollscheid: Kein Anschluss unter dieser Nummer. In: Onlinemagazin der Jungen Europäischen Föderalisten, 08.10.2014. Online: www.treffpunkteuropa.de/kein-anchluss-unter-dieser-nummer. [23.04.2017].

Aufgaben

- > Analysieren Sie die Materialien im Hinblick auf ihre Kritik an der bisherigen EU-Außenpolitik.
- > Nehmen Sie kritisch zu den drei Empfehlungen in M16 für die Weiterentwicklung der GASP Stellung! Teilen Sie die Auffassung?
- > Entwerfen Sie auf Basis ihres gesammelten Hintergrundwissens selber drei Empfehlungen für eine Reform der GASP!
- > Nehmen Sie Stellung zu den Karikaturen aus M6: Ist die Kritik berechtigt?
- > Führen Sie eine Fishbowl-Diskussion zu der Frage „Ist die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form außenpolitisch handlungsfähig?“ durch (Siehe M28 für Ablauf der Methode).

M17 – Hinweise für die Lehrkraft

Während manche den Aufbau einer Europäischen Armee, wie zuletzt von Kommissionspräsident Juncker gefordert, als nächsten logischen Schritt auf dem Weg der europäischen Integration sehen, zudem als längst überfälligen Schritt zu Europas Mündigkeit, weg aus der Abhängigkeit von den USA, warnen andere davor, dass dies ohne eine politische Union nicht möglich sei. Und überhaupt: Schwächt der Aufbau einer Europäischen Armee nicht die nationalen Militärs? Schafft man sich nicht einen kostspieligen und unnützen Konkurrenten zur NATO, den man eigentlich gar nicht braucht? Doch die USA haben bereits angekündigt, dass sie mehr Einsatz und Bereitschaft von den Europäern verlangen, sie nicht ewig die Weltpolizei spielen wollen.

Durch das nachfolgende Material sollen die Schüler/-innen in die Lage versetzt werden, diese Frage(n) zu beantworten und sich eine eigene Meinung zu bilden sowie ihren Standpunkt argumentativ zu vertreten und auf diese Weise zu einem eigenen reflektierten politischen Urteil zu gelangen. Das Material kann je nach Belieben und Größe der Lerngruppe reduziert oder erweitert werden. Manche Materialien bieten die Argumente bereits recht griffig an, während andere erst noch aus einem Text ermittelt werden müssen.

Vorschlag methodisches Vorgehen:

Die Karikaturen und der Textauszug von Juncker bieten den Einstieg. Zur Vorbereitung der Fishbowl-Diskussion empfiehlt es sich die Lerngruppe in zwei etwa gleich große und leistungsstarke Gruppen für Pro und Contra zu teilen. Jede Gruppe kann wiederum in

kleinere Einheiten unterteilt werden, die das Material für ihre Seite arbeitsteilig bearbeiten. Hier kann je nach Größe der Lerngruppe und zur Verfügung stehender Zeit beliebig verfahren werden. Die Aufgabe, die Argumente in eine Pro- und Contra-Liste einzutragen, lautet für alle Materialien gleich. Nach ausreichend zur Verfügung gestellter Bearbeitungszeit sollen die Schüler/-innen auf beiden Seiten zusammenkommen und ihre Listen mit Argumenten einander vorstellen und vergleichen, auch um Doppelungen zu vermeiden. Hier bietet sich die Erstellung einer Wandzeitung an, damit die Argumente gut sichtbar für die nachfolgende Diskussion an der Wand hängen. Gleichzeitig kann man später vor dem Aufhängen derselben noch korrigierend eingreifen, wenn Argumente unklar oder missverständlich notiert worden sind. Zu bedenken ist auch, dass die Hälfte der Lerngruppe die Argumente der Gegenseite noch nicht kennt und diese am Ende auf diese Weise noch die Möglichkeit erhält, die Ergebnisse durch Abschrift zu sichern. Am Ende der Erarbeitungsphase hängen demnach zwei Listen mit Pro- und Contra-Argumenten als Wandzeitung nebeneinander.

Nachdem die Schüler/-innen das nötige Wissen erworben haben, sollen sie ihre Argumente in einer Fishbowl-Diskussion einander gegenüberstellen und so auf ihre Stichhaltigkeit überprüfen. Das entsprechende Material – Informationen über den Ablauf einer solchen Diskussion für Schülerhände (M28) und Anmerkungen zur Auswertungsphase für die Lehrer (M31) – folgen nach dem Material auf den folgenden Seiten.

Thorsten Wolk

M18 – Brauchen wir eine europäische Armee? Notwendig zur Verteidigung Europas oder überflüssiger Konkurrent zur NATO? Eine Pro- und Contra-Diskussion



Karikaturen ©: Thomas Pläßmann



Karikaturen ©: Burkhard Fritsche

Aufgabe

- > Analysieren Sie die Karikaturen, indem Sie zunächst genau beschreiben, was in ihnen abgebildet ist und ermitteln Sie anschließend die angesprochenen Probleme!

M19 – Wer sorgt für die europäische Sicherheit, wenn nicht Europa selbst?

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude JUNCKER, hat am 9. November 2016 in der Berliner Europarede unter anderem folgendes gesagt:

„[...] Und weil ich über Sicherheit rede: Wir brauchen eine andere Art und Weise, die europäische Verteidigung zu organisieren. Hans-Gert [gemeint ist der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, der Juncker in der Veranstaltung eingeführt hatte] hat vorhin davon geredet, dass die französische Nationalversammlung 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verhinderte. Wir brauchen das jetzt.

Diese Vorstellung, die überall grassiert, als ob die Amerikaner bis ans Ende der Tage für die Sicherheit der Europäer sorgen, die sollte man schnellstens vergessen; unabhängig sogar vom Ausgang des ameri-

kanischen Wahlkampfs. Aber die Amerikaner, denen wir viel verdanken, auch und vor allem in dieser Stadt und in diesem Land, die werden nicht auf Dauer für die Sicherheit der Europäer sorgen. Das müssen wir schon selbst tun, und deshalb brauchen wir einen neuen Anlauf in Sachen Europäische Verteidigungsunion, bis hin zu dem langfristigen Ziel der Einrichtung einer europäischen Armee.

Dies ist die Zukunftsmusik und die spielt schon, nur viele Europäer hören sie noch nicht. Sicherheit hat viele Aspekte, ist pluri-dimensional, muss pluri-dimensional sein in einer Zeit, in der Europa es mit einer Polykrise zu tun hat, die die Sicherheit betrifft und die auch unsere wirtschaftliche und soziale Lage betrifft. [...]"

www.stiftungzukunftberlin.eu/fileadmin/szb/daten/Initiativen/Die_Europa-Rede/Dokumente/161109_Die_Europa-Rede_2016_Jean-Claude_Juncker.pdf



Karikaturen ©: toonpool.com/Andreas Prüstel

Aufgabe

- > Analysieren Sie den Auszug aus der Rede Junckers im Hinblick auf die von ihm angeführten Gründe für die Einrichtung einer Europäischen Armee!

M20 – Die Europa-Armee: Offene Fragen in der Kontroverse

Angesichts der drängenden Fragen um die Ukraine oder ISIS ist die Idee der Europa-Armee eher unerwartet wieder aufgeflammt und hat sogleich eine Kontroverse über den Nutzen einer derart weitreichenden Integration europäischer Streitkräfte ausgelöst. Dabei werden in den Meinungsseiten der Tagespresse häufig normative Argumente mit eher technischen Fragen vermischt – umso schwerer ist es, die vorgebrachten Gründe gegeneinander abzuwägen. Welche Argumente werden für und gegen die Europa-Armee genannt? Eine Auflistung des Pro und Kontra einer Europa-Armee wird dadurch verkompliziert, dass es durchaus unterschiedliche Konzepte einer solchen Streitmacht gibt, die alle Vor- und Nachteile mit sich bringen. Befürworter und Gegner verschweigen häufig, auf welches Modell sie sich beziehen und was sie unter den genannten Begrifflichkeiten verstehen. Deshalb wird häufig das gleiche Argument für und gegen gemeinsame europäische Streitkräfte aufgebracht. Vor einer Auflistung des Für und Wider müssen deshalb die offenen Fragen genannt werden, welche die jeweilige Position bestimmen.

Offene Fragen

- › Bezieht sich die Europa-Armee nur auf die Europäische Union oder auf Europa insgesamt? Ist es Europa insgesamt, meint man dann eher Westeuropa, also jene Länder, die auch gleichzeitig in der NATO sind, wie etwa Norwegen? Oder wählt man eine breite Definition von Europa und schließt etwa Georgien mit ein? Sollte die Ukraine dazu gehören oder sieht man sie als Sonderfall?
- › Soll die Europa-Armee aus nationalen Streitkräften bestehen, die ähnlich wie bei der NATO einem gemeinsamen Kommando assigniert werden – geht es also primär um Souveränitätsverzicht? Oder meint man eine kleine Streitmacht, die von einem der Organe der EU – etwa der Kommission – aufgestellt und finanziert wird und diesem untersteht?
- › Soll die Europa-Armee die einzige in der EU existente Streitmacht sein oder soll es neben einer gemeinsamen Armee auch weiterhin nationale Streitkräfte für nationale Aufgaben geben? Von welchem Grad der Europäischen Integration wird ausgegangen?
- › Wer entscheidet über den Einsatz der Europa-Armee – ist es der Europäische Rat, die Kommission oder das Europaparlament? Welche Rolle sollen die nationalen Parlamente haben? Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung spricht von einer „parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee“, erläutert aber nicht, ob der Bundestag oder das Europaparlament gemeint ist.
- › Welche Aufgabe soll eine Europa-Armee erfüllen? Wäre sie ein Instrument zur militärischen Intervention in Krisen in Europas Nachbarschaft oder soll sie auch dem Zweck der Landes- und Bündnisverteidigung dienen? Letzteres ist derzeit der NATO überlassen, während sich die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) auf das Krisenmanagement konzentrieren soll.
- › Wie soll die gemeinsame Streitmacht finanziert werden? Sollen die Mitgliedsstaaten die Hauptlast tragen und auch die Kosten für die Einsätze finanzieren oder soll die EU über ein eigenes Budget für solche Zwecke verfügen?
- › Im Zusammenhang mit den Kosten stellt sich die Frage, ob es ein europäisches Beschaffungswesen geben wird und wer über Ausschreibungen für Rüstungsgüter entscheidet und welche Rolle die European Defence Agency (EDA) einnehmen könnte?
- › Je nach Grad der militärischen Integration und den Ambitionen der Europa-Armee stellt sich die Frage, was mit den britischen und französischen Nuklearstreitkräften geschehen soll? Sollen sie unter nationalem Kommando bleiben oder soll der Souveränitätsverzicht so weit gehen, dass sie einer europäischen Entscheidungsautorität unterstellt werden?

Karl-Heinz Kamp: Die Europa-Armee: Pro und Kontra. In: Arbeitspapier Sicherheitspolitik. Nr. 4/2015. Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Online: www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_4_2015.pdf [24.04.2017]

Aufgaben

- › Erläutern Sie, welche Bedeutung die offenen Fragen für die Planung bei der Einrichtung einer Europäischen Armee spielen!
- › Ordnen Sie die offenen Fragen nach der Dringlichkeit ihrer Beantwortung und nennen Sie die drei Ihrer Meinung nach wichtigsten! Begründen Sie Ihre Wahl!

M21 – Contra: Europäische Armee? Amerikanische „boots on the ground“ sind alternativlos

Pläne für ein vereintes Militär Europas gibt es schon lange, aber es blieben Pläne. Eine europäische Armee ist eine Illusion – die USA bleiben der wichtigste Garant für Sicherheit auf dem Kontinent.

Europa allein in der weiten Welt, das kleine westliche Kap der großen eurasischen Landmasse ohne amerikanische Letztgarantie? Artikel fünf des Nordatlantikpakts von 1949 nur noch papierene Beistandsgarantie, die man besser nicht zum Nennwert nimmt? Das Bündnis überdehnt und überfordert, unterbemannt und unterfinanziert?

Russland aber vor den Toren, so, wie der frühere US-Außenminister George Shultz die Lage beschrieb: „Ein verwundeter Grizzlybär, sehr stark, unberechenbar und mit langem Gedächtnis.“ Bisher ist das noch mehr Schreckensvision als Zukunftsbild. Noch ist es nicht so weit.

Aber es ist auch nicht mehr die Zeit, wo europäische Staats- und Regierungschefs als Antwort auf die Forderung des „burden sharing“ in Brüssel finanzielle Heldentaten versprochen, nämlich zwei Prozent vom Bruttosozialprodukt für Verteidigung, um dann zu Hause zu versichern, dass nichts so heiß gegessen werde, wie es gekocht wird.

Dass die Vereinigten Staaten die Europäer stets vor den Folgen ihres Nichtstuns schützen und aus jeder misslichen Lage heraushauen würden. Im Übrigen verließ man sich auf Artikel fünf des Nordatlantischen Vertrages und das Beistandsversprechen der amerikanischen Führung. [...]

US-Allianz ist nicht umsonst zu haben

Mit anderen Worten, wenn der „President-elect“ von heute, „Commander in Chief“ von morgen, Ernst macht mit seinen Ankündigungen und fordert, die Europäer sollten künftig vor allem selbst für ihre militärische Sicherheit sorgen, dann werden tektonische Beben das atlantische Sicherheitssystem auf die Probe stellen und möglicherweise zerreißen.

„The US, a European Power“, überschrieb 1994 Richard Holbrooke, einflussreicher Staatssekretär in Washington, einen hellsichtigen Aufsatz in „Foreign Affairs“. Holbrooke ahnte, dass nach dem Ende der

Sowjetunion Amerika sich zurückziehen könnte, geschützt durch zwei Ozeane, dass die atlantische Solidarität neuer Begründung bedurfte und die NATO-Osterweiterung lebensgefährlich werden könnte ohne amerikanische Rückversicherung. Darauf ist Europa schlecht vorbereitet.

Es hätte im Übrigen nicht der Drohungen des Donald Trump bedurft, um die Europäer an den Ernst ihrer Lage, die existenzielle Abhängigkeit von den USA und die Schwäche ihrer Verteidigung zu erinnern. Im Sommer 2011, als Putin seinen Streitkräften längst schon Ertüchtigung und Kriegsfähigkeit verordnet hatte, hielt der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates in NATO-Brüssel eine Abschiedsrede, die es in sich hatte. Er warnte die Europäer, die Welt sei gefährlicher als zuvor, die amerikanische Allianz sei nicht umsonst zu haben, und sie müssten ihren Teil der Bürde schultern. Was daraufhin geschah, war wenig oder nichts. Die Europäer, Deutschland voran, wollten nicht verstehen, dass die – im alten Sowjet-Speak – „Korrelation der Kräfte“ neu austariert wurde.

EU-Armee – oft angedacht, nie zu Ende gebracht

Jetzt fallen Kriege und Krisen mit der Tür ins Haus, erzeugen Völkerwanderungen und testen den Zusammenhalt der Allianz bis zum Bruchpunkt. Liegt die Antwort in der Europa-Armee? Solche Überlegungen gehen weit zurück, bis zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1952, die alsbald an Frankreich scheiterte. Nach ihrer tollkühnen Suez-Invasion 1956 mussten Briten und Franzosen lernen, dass NATO – sprich Amerika – sie nicht schützte. Die Briten optierten [stimmten für], den Instinkten der „special relationship“ folgend, für den Verbund mit den strategischen Streitkräften der USA; die Franzosen zunächst für einen Nuklearverbund mit Deutschland und Italien – der Plan überlebte allerdings nicht die Rückkehr des Generals de Gaulle an die Macht. „Das Nukleare ist nicht teilbar“, entschied de Gaulle und kassierte damit auch jeden engeren konventionellen Verbund. [...]

Eine muskulöse europäische Gendarmerie

Sicherheitspolitik muss vom Ernstfall her denken. Halbheiten sind, wie Clausewitz zeitlos mahnte, von Übel. Der Ernstfall aber hat heute vielerlei Szenarien und Schauplätze. Keiner ist wie der andere.

Die Rangordnung beginnt mit den Völkerwanderungen, die Europas Gefüge zerreißen können, und den Übergängen zu Terror und organisierter Kriminalität: Frontex Plus muss die Antwort sein, eine muskulöse europäische Gendarmerie zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Sehr viel ernster, was Politik und Strategie betrifft, sind aber die Kriege an der Peripherie, die die vorhandenen Fähigkeiten austesten.

Existenziell aber ist das Verhältnis zur russischen Macht, deren Forderung unverblümt lautet: „Neue Ordnung oder keine“.

Da sind amerikanische „boots on the ground“ durch nichts zu ersetzen – nicht als gewaltige Streitmacht, sondern als europäische Verankerung amerikanischer Eskalationsketten, und dahinter die Entschlossenheit, das strategische Gleichgewicht zu behaupten. Die Alternative? Sie ist zu ernst, um sie zu ignorieren.

Michael Stürmer: Europäische Armee? Amerikanische „boots on the ground“ sind alternativlos. In: Welt, 05.11.2016. Online: www.welt.de/debatte/kommentare/article159515446/Amerikanische-boots-on-the-ground-sind-alternativlos.html [24.04.2017].

Aufgabe

- > Ermitteln Sie die Gründe, die der Autor gegen eine eigene Europäische Armee anführt und erläutern Sie, wie er das Verhältnis zu den USA definiert! Ordnen Sie Ihre Argumente in Ihre Pro-/Contra-Liste ein!

M22 – Contra

- > Deutsche Soldaten unterliegen den Befehlen ausländischer Kommandeure, die sie in den Kampfeinsatz schicken können, ohne Rücksicht auf die deutsche Öffentlichkeit nehmen zu müssen.
- > Die Bundeswehr ist eine „Parlamentsarmee“, der Bundestag muss jedem Einsatz zustimmen und diesen auch verantworten. In einer europäischen Armee geht das nicht mehr.
- > Eine europäische Armee führt zur Militarisierung der Europäischen Union.
- > Eine europäische Armee macht die NATO überflüssig, wodurch auch der nukleare Schutz durch die USA wegfällt.
- > Da sich nicht alle EU-Staaten an einer europäischen Armee beteiligen werden, führt diese zu einer Spaltung innerhalb der Europäischen Union.

Eckart D. Stratenschulte,

Aufgabe

- > Bewerten Sie die Argumente gegen eine Europäische Armee und überprüfen Sie diese kritisch hinsichtlich ihrer inhaltlichen und/oder ideologischen Annahmen! Ordnen Sie Ihre Argumente in Ihre Pro-/Contra-Liste ein!

M23 – Contra: Die Europa-Armee: Gegenargumente

- > Gegner einer Europa-Armee merken an, dass sie einen Grad der Integration und des Föderalismus voraussetzt, über den die EU nicht verfügt und den die meisten Mitglieder nicht akzeptieren werden. Ob grundsätzlich nützlich oder nicht – sie sei einfach nicht zu realisieren.
 - > Gerade die USA warnen seit vielen Jahren davor, kostspielige Duplizierungen zu vermeiden. Wenn eine Europa-Armee parallel zu den nationalen Streitkräften geschaffen würde, ginge dies zu Lasten der ohnehin unterfinanzierten nationalen Streitkräfte. Das Ergebnis wäre ein noch schwächeres europäisches Militär.
 - > Aus Osteuropa kommen warnende Stimmen, dass gerade angesichts der neuen Aggressivität Russlands die Bindungen zu den USA nicht geschwächt werden dürften. Die Glaubwürdigkeit amerikanischer „Commitments“ im Rahmen der NATO dürfte nicht durch illusorische Europakonzepte untergraben werden.
 - > Eine Europa-Armee ist – wenn überhaupt – nur in ferner Zukunft vorstellbar. Derartige Langfristkonzepte hätten aber keinerlei Auswirkungen auf den aktuellen sicherheitspolitischen Handlungsbedarf. Sie zu diskutieren ist deshalb müßig.
 - > Statt politische Energien auf das Fernziel einer Europa-Armee zu verschwenden sollte versucht werden, die konkrete militärische Kooperation voran zu treiben. Mit bi- und multilateralen Projekten oder mit Anlehnungspartnerschaften ließen sich Kooperationsinseln schaffen, welche die Schlagfähigkeit der Streitkräfte real erhöhen.
 - > Mit der NATO, der ja auch die große Mehrzahl der EU-Staaten angehört, gibt es bereits ein funktionieren des Beispiel integrierter militärischer Schlagfähigkeit. Sie deckt als erfolgreichstes Militärbündnis der Geschichte sowohl Landesverteidigung (nach Art. 5 des Washingtoner Vertrages) als auch Krisenmanagement ab.
 - > Die NATO hat in den vergangenen Jahren ihre
- Strukturen so flexibel gestaltet, dass sie in unterschiedlichen Zusammensetzungen militärisch handeln kann. In Afghanistan hat sie Staaten einbezogen, die weder NATO-Mitglieder sind, noch geografisch zu Europa gehören. Es ist deshalb ohne weiteres möglich, dass nur europäische Staaten oder nur EU-Mitglieder im Rahmen der NATO militärische Operationen durchführen.
 - > Die aktuelle Russland-Krise hat gezeigt, dass die Arbeitsteilung zwischen dem militärischen Akteur NATO und dem sicherheitspolitischen, aber nicht militärischen Akteur EU gut funktioniert. Die NATO konzentriert sich auf die militärische Abschreckung Russlands, um eine Ausdehnung des Konfliktes auf NATO-Territorium zu vermeiden. Die EU versucht hingegen, mit ihrem breiten Spektrum an Handlungsmöglichkeiten die Krise zu entschärfen und Russland zu einem weniger aggressiven Verhalten zu bewegen.
 - > Militärische Kriseninterventionen dürften in Zukunft kaum noch von den großen Organisationen NATO oder EU durchgeführt werden. Zum einen hat sich in der Mehrheit der Mitgliedsländer eine Interventionsmüdigkeit eingestellt, da Afghanistan oder Libyen gezeigt haben, wie wenig auch mit militärisch erfolgreichem Handeln erreicht werden kann. Zum anderen wird es von Russland kaum noch Zustimmung in der UN für eine NATO- oder EU-Operation geben. Interveniert wird künftig bestenfalls von „Coalitions of the Willing“. Damit verliert eine Streitkraft der EU, die ja nach Ansicht der meisten Befürworter auf Kriseninterventionen gerichtet sein soll, einen Teil ihrer Berechtigung.
 - > Ideen von noch mehr europäischer Gemeinsamkeit im sicherheitspolitischen Bereich würden den Euroskeptikern Aufschwung geben [...].

*Karl-Heinz Kamp: Die Europa-Armee: Pro und Kontra.
In: Arbeitspapier Sicherheitspolitik. Nr. 4/2015.
Bundesakademie für Sicherheitspolitik.*

Online: www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_4_2015.pdf [24.04.2017]

Aufgabe

- > Erarbeiten Sie die Gründe, die der Autor gegen eine eigene Europäische Armee nennt. Ordnen Sie Ihre Argumente in ihre Pro-/Contra-Liste ein!

M24 – Pro: „Müssen uns selbst verteidigen können – und das schnell“

CSU-Vize Weber mahnt die Europäer nach der US-Wahl dazu, endlich mehr für die eigene Verteidigung zu tun. Europa müsse sich jetzt darauf vorbereiten, die Führungsrolle der freien Welt zu übernehmen.

Der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber (CSU), hofft auf eine positive Signalwirkung der US-Wahl für die EU-Staaten. „Europa muss seine Lähmung überwinden, und Trump kann hier wie ein Verstärker wirken“, sagte der Europapolitiker und stellvertretende CSU-Chef der „Welt“. Amerika werde sich in der Präsidentschaft Donald Trumps global eher zurücknehmen. Deshalb müsse Europa „endlich erwachsen werden“.

Konkret plädiert der CSU-Politiker für verstärkte Anstrengungen in der Sicherheitspolitik: „Wir müssen uns selbst verteidigen können – und das schnell.“ Zu Recht stelle der neue US-Präsident die Frage, warum sich die „europäischen Nationen in Verteidigungsfragen nur an die breite Brust Amerikas anlehnen“, so der EVP-Fraktionschef.

„Trump wird den Zwang zur Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft verstärken – und dass die EU-Staaten endlich Verantwortung übernehmen“, sagte Weber weiter. Benötigt würden dringend gemeinsame militärische Einsatzstrukturen. Weber nannte auch Beispiele, bei denen aus seiner Sicht nur noch Kooperationen sinnvoll sind: „Bei Drohnentechnik und Cyberwar geht national nichts mehr voran.“

Weber warnt: Europa hat wenig Zeit

Der Republikaner Trump hatte im Wahlkampf Zweifel daran gesät, ob sich die Vereinigten Staaten weiterhin zur Beistandspflicht mit den NATO-Partnern im Falle eines Angriffs bekennen – ein Grundprinzip des Verteidigungspakts. Stattdessen kritisierte er immer wieder, dass einige Länder zu wenig für Militär ausgaben und sich lieber von den USA beschützen ließen.

Der EVP-Fraktionschef sieht die EU-Mitgliedsländer in dieser Hinsicht unter enormem Zeitdruck. „Die unsicherer werdende Welt – denken Sie an die Aggressivität der russischen Führung – lässt uns nicht die Zeit, lange Debatten zu führen.“ Weber warnte:

„Wenn Europa nicht innerhalb weniger Jahre in der Lage ist, gemeinsam militärisch zu agieren, dann kommen ganz andere Fragen auf uns zu.“

Selbstverständlich müssten die Europäer weiter auf das gemeinsame Bündnis NATO vertrauen. Doch Weber hat Zweifel, ob dies auf Dauer ausreicht: „Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass dies vielleicht irgendwann einmal nicht mehr der Fall ist.“

Europa als Führer der freien Welt?

Auch auf anderen Politikfeldern muss Europa nach Webers Auffassung nun seiner wachsenden globalen Verantwortung gerecht werden „und unter Umständen die Führungsrolle in der freien Welt übernehmen“. Der CSU-Vize sagte: „Wer soll denn Umweltsstandards durchsetzen? Den Kampf gegen die Kinderarbeit führen? Die soziale Marktwirtschaft verteidigen, wenn nicht wir?“

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ermahnte unterdessen die USA zur Bündnistreue. Angesichts eines selbstbewusst auftretenden Russlands und Konflikten im Nahen Osten habe sich die Sicherheitslage der NATO-Staaten in den vergangenen Jahren „dramatisch verschlechtert“, schrieb Stoltenberg in der britischen Sonntagszeitung „The Observer“. „Es ist nicht an der Zeit, den Wert der Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten infrage zu stellen“, so Stoltenberg. Alleingänge seien weder für Europa noch für Amerika eine Option.

Die Warnungen des NATO-Generalsekretärs und die Mahnung des EVP-Fraktionschefs Weber zeigen, wie groß die Sorgen in Europa nach dem Wahlsieg Trumps sind. Stoltenberg erinnerte sogar daran, dass der einzige Bündnisfall der Geschichte nach einem Angriff auf die USA ausgerufen wurde – nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Mehr als 1000 europäische Soldaten hätten dafür in Afghanistan mit dem Leben bezahlt.

Thomas Vitzthum: „Müssen uns selbst verteidigen können – und das schnell“. In: Welt, 13.06.2016. Online: www.welt.de/politik/deutschland/article159464869/Muessen-uns-selbst-verteidigen-koennen-und-das-schnell.html [24.04.2017]

Aufgabe

- > Ermitteln Sie die Gründe, die der Autor für den Aufbau einer eigenen europäischen Verteidigung anführt und erläutern Sie, wie er das Verhältnis zu den USA definiert! Ordnen Sie Ihre Argumente in Ihre Pro-/Contra-Liste ein!

M25 – Pro: Sieben gute Gründe für eine europäische Armee

Gemeinsame Währung, gemeinsamer Binnenhandel, gemeinsame Außenpolitik – nur in Sachen Verteidigung hat jedes europäische Land sein eigenes Militär. Dabei hätte eine gemeinsame EU-Armee nur Vorteile.

Bravo! Erst hatten letzte Woche der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker sowie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gemeinsame EU-Sicherheitskräfte gefordert. Nun hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel „Ja“ gesagt zu einer „europäischen Armee“. Der Vorstoß für gemeinsame europäische Sicherheitskräfte sollte nicht eine Vision für die ferne Zukunft bleiben, die auf eine lange Bank unerfüllter europäischer Projekte geschoben wird. Hier folgen sieben gute Gründe, die offenbaren, wieso eine europäische Armee heute notwendiger und sinnvoller denn je ist.

1. USA will nicht mehr Weltpolizei spielen

Erstens kann sich Europa immer weniger darauf verlassen, dass amerikanische Truppen bereitstehen werden, Probleme der Europäer zu lösen. Seit die USA von Öl- und Gaslieferungen aus dem Nahen Osten unabhängig und energieautonom geworden sind, wird es für jeden US-Präsidenten schwieriger, der heimischen Bevölkerung zu erklären, wieso amerikanische Soldaten weit weg von zu Hause Probleme militärisch lösen sollen. Das gilt ganz besonders dann, wenn es um Konflikte der Europäer mit ihren Nachbarn geht. Europa wird sich daran gewöhnen müssen, seine Hausaufgaben selbstständig zu erledigen und seine Werte ohne amerikanische Hilfe verteidigen zu müssen.

2. EU-Armee wäre ein starkes Gegengewicht

Zweitens ist es kein Zufall, dass der aktuelle Vorstoß für eine gemeinsame europäische Armee von Javier

Solana lanciert worden ist. Der frühere EU-Außenbeauftragte und NATO-Generalsekretär weiß aus seiner langjährigen praktischen Erfahrung, wie hoffnungslos ineffizient, unbrauchbar und überfordert nationale Kleinarmeen gegenüber der heutigen Bedrohungslage geworden sind. Die Probleme in der Ukraine, im Nahen Osten, Nordafrika oder andernorts vor Europas Haustür sind nicht mehr durch kleinteilige nationale Lösungen zu bewältigen. Vielmehr bedarf es eines gesamteuropäischen Vorgehens und einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Da ist es nichts als zwangsläufig, auch gemeinsame Strukturen in Form einer gemeinsamen Armee zu schaffen. Weil 22 der heute 28 EU-Staaten NATO-Mitglieder sind, verweist Solana zu Recht darauf, dass gerade eine gemeinsame europäische Armee Europa als Gegengewicht zu den USA innerhalb der NATO stärken und so verhindern könnte, dass in den Worten des früheren amerikanischen Verteidigungsministers Robert Gates die NATO als gemeinsames transatlantisches Verteidigungsbündnis „militärisch irrelevant“ wird.

3. Zustand der nationalen Armeen ist desolat

Drittens ist der Zustand nationaler Armeen in Europa teilweise miserabel. So ist auch die Bundeswehr nur begrenzt einsatzfähig. Es fehlen Waffensysteme und Ersatzteile. Hubschrauber sind nicht flugbereit, Panzer stehen in den Werkstätten. Das Spardiktat der letzten Jahre hat zu einer strukturellen Unterfinanzierung geführt. Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Zwar geben die 28 EU-Länder insgesamt jährlich 190 Milliarden Euro aus. Das reicht für eine zeitgemäße, nachhaltige Modernisierung in keiner Weise. Umso wichtiger, wenigstens aus dem Verfügbaren das Beste zu machen.

4. Vorteile im modernen Krieg mit Drohnen

Viertens sprechen deshalb handfeste ökonomische Faktoren für eine gemeinsame europäische Armee. Der Krieg 4.0 setzt lange schon um, was für die Industrie 4.0 noch Zukunftsmusik ist. Mehr Vernetzung der Dinge findet sich heutzutage nirgendwo stärker als im Krieg 4.0. Im modernen Krieg haben die Dinge den Menschen bereits an vielen Stellen überflüssig gemacht. Unbemannte Drohnen verdrängen Kampfpiloten, Roboter ersetzen Frontsoldaten. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an satellitenunterstützte Leitsysteme, an digitalisierte Kommunikationswege und eine hoch leistungsfähige Logistik. Wenn die Dinge den Menschen ersetzen, wird die Kriegführung kapitalintensiv. Das treibt die Fixkosten enorm nach oben, was enorme Größenvorteile erzeugt. Jede EU-Armee kann die Kosten des Krieges 4.0 für sich alleine nicht finanzieren. Bestenfalls zusammen kann man vielleicht eine Maße erreichen, die den Fixkosten moderner Kriegstechnologie Rechnung trägt.

5. Senkung der Fixkosten vieler Kleinarmeen

Fünftens könnte eine europäische Armee neue Handlungsspielräume eröffnen. Sie hätte immense ökonomische Vorteile. Sie würde erlauben, die mit jeder einzelnen nationalen Armee entstehenden fixen Kosten eines Krieges 4.0 dramatisch zu senken. Eine einheitliche europäische Armee hätte bei der Beschaffung von Rüstungsgütern, Waffensystemen, Ausrüstung und Material eine ganz andere ökonomische Marktmacht als nationale und entsprechend kleine Armeen. So könnten Einkaufspreise gedrückt und Rabatte eingefordert werden. Die Kostenvorteile würden auch bei der (Weiter-)Entwicklung, dem Betrieb, Unterhalt und Reparatur von Waffensystemen möglich werden.

6. Fokussierte gemeinsame Verteidigungspolitik

Sechstens ließen sich im Alltag der Streitkräfte Doppel- beziehungsweise Mehrspurigkeiten vermeiden – beispielsweise bei Führung und Organisation, Kommunikation und Logistik. Anstelle vieler nationaler Anstrengungen, europäische Sicherheitsinteressen zu verfolgen, könnte eine gemeinsame Verteidigungspolitik konzentriert und fokussiert vorgehen, was Widersprüchlichkeiten verhindert und erlaubt, Prioritäten zu setzen. Alles in allem wurden in einem Bericht des Europäischen Parlaments die Kosten einer fehlenden europäischen Armee auf jährlich 26 Milliarden Euro geschätzt (für 2013). Eine Anfang März 2015 vom CEPS (Centre for European Policy Studies) in Brüssel vorgestellte Studie schätzt, dass angesichts der verschärften Bedrohungslage ein Verzicht auf eine gemeinsame europäische Armee sogar Kosten in Höhe von 130 Milliarden Euro verursacht.

7. Projekt für die gemeinsame EU-Identität

Siebtens würden die positiven ökonomischen Aspekte einer europäischen Armee von psychologischen Effekten überlagert. Gebetsmühlenartig wird die Bürgerferne Europas beklagt. Eine gemeinsame europäische Armee wäre ein für alle erkennbares konkretes Projekt, das gemeinsamen europäischen Werten und Interessen dient. Sie muss nicht notwendigerweise nationale Streitkräfte ersetzen. Aber sie soll nationale Armeen ergänzen – vor allem bei Auslandseinsätzen und insbesondere bei Einsätzen außerhalb Europas.

Thomas Straubhaar: Sieben gute Gründe für eine europäische Armee. In: Welt, 10.03.2015. Online: www.welt.de/wirtschaft/article138253485/Sieben-gute-Grunde-fuer-eine-europaeische-Armee.html [24.04.2017]

Aufgabe

- > Ermitteln Sie die Gründe, die der Autor für den Aufbau einer eigenen europäischen Armee anführt und erläutern Sie, wie er das Verhältnis zu den USA definiert! Ordnen Sie Ihre Argumente in Ihre Pro-/Contra-Liste ein!

M26 – Pro: Die Europa-Armee: Gründe für eine Europa-Armee

- › Das Konzept einer Europa-Armee – in welcher Form auch immer – ergibt sich aus der Logik der europäischen Integration hin zu einer politischen Union. Eine Union, die sich auf eine gemeinsame Währung einigen konnte, kann nicht das Militär dauerhaft unter nationaler Kontrolle belassen.
- › Damit würde man der europäischen Idee einen Schub verleihen. Auch könnte dies – wie von Jean-Claude Juncker vorgebracht – ein kraftvolles Signal an Russland senden.
- › Auch ergibt sich der Gedanke einer gemeinsamen Streitmacht nahezu automatisch, wenn man den Gedanken des „Pooling and Sharing“ – also der Bündelung der vorhandenen militärischen Fähigkeiten – zu Ende führt.
- › Evident ist ebenfalls, dass gemeinsame Streitkräfte effizienter wären als die nationalen Armeen, da Redundanzen auf allen Ebenen vermieden würden.
- › Dadurch ließen sich die europäischen Verteidigungsausgaben weit effizienter verwenden. Derzeit umfassen die Verteidigungshaushalte der EU immerhin fast 200 Milliarden Euro – die Fähigkeiten der EU-Streitkräfte entsprechen aber nur 10 bis 15 Prozent der Leistungsfähigkeit des amerikanischen Militärs.
- › Von einer effizienteren Nutzung der Verteidigungshaushalte würden auch die Rüstungsindustriellen Fähigkeiten profitieren, da deutlich mehr Geld für militärische Investitionen zur Verfügung stünde.
- › Eine auf diese Weise verstärkte Europäische Union würde in der künftigen multipolaren Welt einen ernst zu nehmen „Pol“ bilden, der neben wirtschaftlichem auch militärischen Einfluss geltend machen könnte.
- › Je nach Ausgestaltung wäre eine Europa-Armee ohne weiteres mit den Strukturen der NATO kompatibel und würde damit die transatlantischen Bindungen eher stärken als schwächen.
- › Eine NATO-kompatible Europa-Armee wäre ein wichtiges Element transatlantischer Lastenteilung. Sie würde somit langjährigen Forderungen der USA nach mehr „Burden Sharing“ Rechnung tragen.
- › Schließlich würden gemeinsame Streitkräfte die EU-Mitglieder zwingen, ihre nationalen Entscheidungsprozesse zu harmonisieren, um so die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Damit müsste eine tragfähige Regelung für den deutschen Parlamentsvorbehalt gefunden werden.

M27 – Pro: Argumente für eine europäische Armee

- › Mit einer europäischen Armee lassen sich Kosten sparen, da man Truppenteile zusammenlegen und Rüstungsgüter zentral einkaufen kann.
- › Nur durch eine gemeinsame Armee wird die Europäische Union in der Weltpolitik ernst genommen, was bislang, wie man in der Syrien- oder der Ukraine-Krise sieht, nicht der Fall ist.
- › Eine gemeinsame Armee ist ein starkes und unauflösbares Band zwischen den EU-Staaten, das die europäische Integration festigt.
- › Eine europäische Armee schafft Unabhängigkeit von den USA und gibt die Möglichkeit, auf Krisen selbstverantwortlich reagieren zu können.
- › Eine europäische Armee gibt auch kleineren EU-Staaten die Möglichkeit, sich mit ihren Fähigkeiten und ihrer Stimme in militärische Angelegenheiten einzubringen.

Eckart D. Stratenschulte,

Aufgabe

- › Bewerten Sie die Argumente gegen eine Europäische Armee und überprüfen Sie diese kritisch hinsichtlich ihrer inhaltlichen und/oder ideologischen Annahmen! Ordnen Sie Ihre Argumente in Ihre Pro-/Contra-Liste ein!

M28 – Methode: Die Fishbowl-Diskussion

Die Methode verdankt ihren Namen dem wörtlich übersetzt „Fisch-Kugelglas“, welches heutzutage zum Glück für die Tiere nicht mehr so verbreitet ist. Das Besondere an ihr ist, dass man den Fisch jederzeit genau beobachten kann. Genau dasselbe passiert bei der gleichnamigen Diskussion.

In der Fishbowl-Diskussion diskutiert eine Gruppe von Schüler/-innen in der Mitte des Raums miteinander, während der Rest der Klasse die Diskutierenden beobachtet und ihnen nach Beendigung Rückmeldungen über ihr Diskussionsverhalten gibt. Es geht also nicht bloß um den inhaltlichen Austausch von Argumenten, sondern auch das Gesprächsverhalten der Teilnehmer (siehe Beobachtungsbogen im Anhang M29).

Meist bilden **zwei Schüler/-innen die Vertreter einer Position** (meist Pro und Contra) und sitzen sich gegenüber, um Blickkontakt zu halten, um sich schnell zu verständigen, wer auf eine Frage antworten soll.

Innerhalb der Diskussionsgruppe kann ein Platz unbesetzt bleiben, damit Teilnehmer/-innen aus dem Außenkreis, der Beobachtergruppe, dort Platz nehmen und einen Beitrag in die Diskussion einbringen können.

Zudem gibt es zwei **Moderator/-innen**, die sich gegenüber sitzen, welche das Gespräch leiten und auf die Einhaltung der Gesprächsregeln achten. Sie müssen sich absolut neutral verhalten und dürfen keine Seite oder ihre Freunde bevorzugen! Zudem ist es ihre Aufgabe die Schüler/-innen aus dem Au-

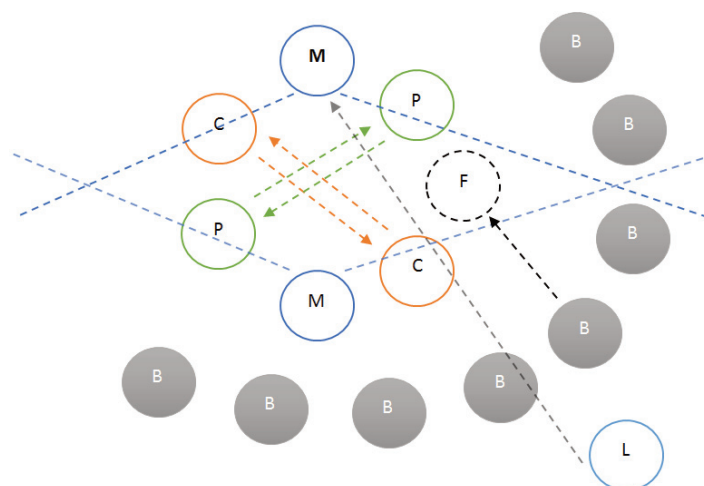


Illustration ©:www.clipartbro.com

ßenkreis dranzunehmen, die sich melden. Sie sitzen sich deshalb gegenüber, damit keine Meldung im Rücken des anderen übersehen wird. Es hat sich bewährt, wenn einer die Begrüßung (*Nennung des Themas, Begrüßung der Anwesenden und Bitte um ein Eingangsstatement jeder Seite*) und einer das Schlusswort übernimmt (*Bitte um letzten Beitrag, Abschlussstatement: Gab es einen Kompromiss? Warum vertreten die Seiten immer noch ihre Position?*) Die Schülerin/der Schüler, welche/-r das Ende moderiert, sollte mit der oder dem **Lehrer/-in** Augenkontakt halten können, denn dieser gibt meist nach 15–20 min das Zeichen zum Ende.

Zuvor hat man sich natürlich gründlich mit einem strittigen Thema auseinander gesetzt und Argumente gesammelt oder zu verschiedenen Positionen Rollenkarten vorbereitet. Diese dürfen selbstverständlich mit in die Diskussion genommen werden.

Thorsten Wolk



So könnte eine Fishbowl-Diskussion aussehen

- M = Moderator/-in
- C = Contra / Position A
- P = Pro / Position B
- F = Freier Platz
- B = Beobachter/-innen
- L = Lehrer/-in

In Anlehnung an: Wolfgang Mattes: Methoden für den Unterricht. 75 kompakte Übersichten für Lehrende und Lernende. Braunschweig, Paderborn, Darmstadt, 2002.

M29 – Beobachtungsraster

Beobachtungsaspekt	Meine Notizen
Methoden-Check	
Hören sich die Teilnehmer/-innen gegenseitig zu und lassen sich ausreden?	
Werden die Argumente nur „aufgesagt“ oder gehen die Diskussionsteilnehmer aufeinander ein, sodass ein richtiger Austausch stattfindet?	
Sind die Redeanteile ausgewogen?	
Respektieren die Teilnehmer/-innen die Meinungen anderer?	
Bleiben die Teilnehmer/-innen sachlich oder provozieren sie mit Beleidigungen?	
Die Teilnehmer/-innen welcher Position überzeugen dich mehr? Warum? Wegen ihrer inhaltlich „besseren“ Argumente oder weil sie geschickter argumentieren?	
Inhalts-Check	
Welche Argumente beeindruckten mich besonders und haben zu einem Überdenken meiner eigenen Meinung geführt?	
Nach welchem Maßstab beurteile ich die Argumente? Warum bewerte ich das eine Argument „besser“ als das andere?	
Bleibe ich bei meiner Meinung zur Problemfrage? Warum?	

M30 – Rollenkarte Moderator/-in

Der oder die Moderator/-in ...

... begrüßt alle Anwesenden.

... nennt zu Beginn noch mal das Thema
(meist die zu Beginn der Stunde aufgeworfene Fragestellung) und

... fordert jede Seite auf, ihre Position in wenigen Sätzen deutlich zu machen
(„Warum sind Sie dafür/dagegen? Warum finden Sie, dass ...?“).

... achtet darauf, dass jede Seite ungefähr gleich lange Redezeit hat.

... muss absolut neutral sein, darf keine Seite bevorzugen und hat das Recht,
jemand das Wort zu erteilen oder es ihm wieder wegzunehmen.

... achtet darauf, dass die Teilnehmer sich an die Gesprächsregeln halten
(ausreden lassen, zuhören etc.)

... achtet darauf, dass die Teilnehmer nicht abschweifen oder am Thema vorbeireden.

... sollte selbst nicht zum Thema reden, sondern sollte eben nur „moderieren“

... beendet kurz vor Ablauf der vorher festgelegten Zeit die Diskussion
und fordert jede Seite auf, ein Schlussstatement zu sprechen.
Es darf auch nach einem möglichen Kompromiss gefragt werden.

... darf am Ende auch die Ergebnisse des Gesprächs kurz zusammenfassen.

M31 – Hinweise für die Lehrkraft

Wichtig:

Die Phase der Rollenlösung nach der Diskussion. Am Ende muss den Teilnehmern im Innenkreis als erstes die Gelegenheit gegeben werden, sich dazu zu äußern, wie sie sich in der Rolle gefühlt haben, ob es ihnen schwergefallen ist, ihre Position zu vertreten und ihnen die Chance gegeben wurde, ihren eigenen Standpunkt deutlich zu machen. Gerade bei sensiblen Themen sollen die Schüler/-innen einerseits nicht vor einer Diskussion zurückschrecken, aber andererseits auch nicht das Gefühl bekommen, mit ihrer Rolle identifiziert zu werden (z.B. bei Themen wie Pro/Contra Todesstrafe, Präimplantationsdiagnostik, Abtreibung etc.).

Neben dem Inhalt geht es hier vor allem auch um die Art und Weise, wie die Schüler/-innen miteinander diskutieren. Es trainiert das gegenseitige Zuhören und das Eingehen aufeinander in einer Diskussion, anstatt nur seine Argumente loswerden zu wollen. Diese Methode zwingt die Schüler/-innen, sich mit dem Gegenargument auseinander zu setzen, oder einen Kompromiss einzugehen. „Gut“ steht nicht der Albernste oder Lauteste dar, sondern der Schüler, welcher am geschicktesten argumentiert und die Argumente der Gegenseite entkräften kann. Damit wird die Demokratiekompetenz der Schüler/-innen gefördert und gefördert, denn ihnen fällt in ihrer späteren Rolle als Bürger zu, Strittiges auf demokratische Weise anzusprechen und auszuhandeln.

Zuvor sollte eine gründliche inhaltliche Vorbereitung durch die Schüler/-innen erfolgt sein. Bei einer Erörterung haben sie vielleicht eine Pro- und Contra-Tabelle angelegt, Texte beider Seiten recherchiert o.ä..

Vorteil der Methode ist auch, dass die gesamte Klasse mehr oder weniger aktiv ist und bei Wunsch

in die Diskussion eingreifen kann und nicht bloß zum passiven Zuschauen verdammt ist. Dies wird allein durch die Beobachtungsbögen sichergestellt (siehe Anhang). Durch die gezielte Beobachtung kann die gerade nicht aktive Gruppe lernen, wie man sich in einer Diskussion präsentieren muss, um fair, glaubwürdig und überzeugend zu wirken.

Darüber hinaus sind Fishbowl-Diskussionen auch dazu gut geeignet, die Beziehungen der Schüler/-innen und die Atmosphäre innerhalb einer Klasse positiv zu beeinflussen (Ambiguitätstoleranz, Rollenübernahme, Empathie).

Ferner eignet sich diese Methode besonders gut zum Abschluss von kontroversen Themen oder Erörterungen, um das Gelernte zu wiederholen, da die meist zuvor aus Texten oder Material erarbeiteten Argumente auf diese Weise lebendige Anwendung finden.

Anregung: Kartenabfrage durchführen

Bei strittigen Themen lohnt es sich vor der Sichtung von Informationen oder Durchführung der Fishbowl-Diskussion eine sogenannte Kartenabfrage durchzuführen (grüne Karte = Pro, rote Karte = Contra), dies kann aber auch einfach durch Handzeichen erfolgen. Die Ergebnisse werden festgehalten und die Befragung nach der Diskussion wiederholt. Spannend ist nun, in dem abschließenden Unterrichtsgespräch zu sehen: Gab es Meinungsänderungen? Wenn ja, warum? Möglich ist auch, dass die Schüler/-innen ihre Meinung nicht verändert haben, das ist absolut kein „schlechtes“ Ergebnis, denn es ist nicht darum gegangen, einen Meinungswechsel zu bewirken. Stattdessen können die Schüler/-innen ihre Position jetzt wahrscheinlich fundierter mit besseren Argumenten als zuvor vertreten.

Zahlenstrahl: Wichtige Stationen der EU-Außenpolitik



Lernaufgabe

Die EU als Akteur in der Ukraine-Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Hat die EU sich zu weit in Richtung Osten vorgewagt und damit Russland herausgefordert, welches seine Sicherheit bedroht gesehen hat und somit zum Handeln gezwungen worden ist? Oder hat sie lediglich den Ruf der Völker Mittel- und Osteuropas gehört, die schließlich das Selbstbestimmungsrecht besitzen, selbst über ihre Zukunft und ihre politischen Bindungen entscheiden zu dürfen – und deren Wahl eben auf die EU fiel, nicht auf Russland.

Diese Leitfrage sollen Sie am Ende des Moduls auf Basis der Ihnen zu Verfügung gestellten Materialien in Form der Simulation einer internationalen Konferenz beantworten, bei der Sie in die Rollen der beteiligten Akteure schlüpfen und ihren Standpunkt vertreten.

Tip: Dokumentieren Sie den Ablauf der Konferenz, indem Sie sie filmen und eine Dokumentation erstellen! Auf diese Weise lässt sich das Gesprächsverhalten der Teilnehmer/-innen sowie die „Durchschlagskraft“ der Argumente genauer analysieren und reflektieren.

- > Stellen Sie sich vor, Sie und Ihre Gruppenmitglieder vertreten einen der folgenden an einer internationalen Konferenz teilnehmenden Akteure: Russland, die Ukraine, Deutschland, Frankreich, Polen und/oder Ungarn sowie die USA.
Dort verhandeln Sie mit den anderen Vertretern das weitere Vorgehen gegenüber Russland im Ukraine-Konflikt. Das Ziel besteht darin, eine Position zu finden, die möglichst allen gerecht wird. Symbolisch können später die wesentlichen Einigungspunkte auf der Tafel oder als Mitschrift unterzeichnet werden.
- > Sichten Sie hierzu das passende Material und entwerfen Sie eine Rollenkarte zu „Ihrem“ Standpunkt mit den dazugehörigen Argumenten. Recherchieren Sie ggf. noch weitere Argumente, die Ihre Position stützen.
Welche „Lösung“ akzeptieren Sie als Akteur auf keinen Fall? Welchen Kompromiss könnten Sie sich vorstellen? Welche Einigung entspräche Ihrer Idealvorstellung? Notieren Sie ihre Vorstellungen auf der Rollenkarte.
Jede Gruppe wählt zwei Sprecher/-innen, die am Konferenztisch Platz nehmen und ihre Position vertreten werden. Die übrigen Teilnehmer/-innen sitzen als Beobachter hinter ihren Vertreter/-innen und „flüstern“ ggf. Ratschläge zu.
Die Moderation kann ein/e Schüler/-in übernehmen oder die Lehrkraft. Die Teilnehmer werden der Reihe nach aufgefordert, ein kurzes Statement abzugeben, bevor die Diskussion startet (Vgl. **M30** „Rollenkarte Moderator/-in“ zur Orientierung).
- > Nach Beendigung der Konferenz soll jede Gruppe ein kurzes Feedback geben, wie es Ihr in der Rolle ergangen ist. Hiernach sollen folgende Fragen besprochen werden:
 - In welchen Punkten ließen sich schnell Übereinkünfte erzielen? In welchen stockten die Verhandlungen oder kamen völlig zum Erliegen?
 - Wie bewerten Sie die Realitätsnähe des Rollenspiels?
 - Wie bewerten Sie das Ergebnis? Ist es zufriedenstellend? Realistisch?
- > Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht für die EU spricht? Nennen Sie Gründe dafür!

Die EU als Akteur in der Ukraine-Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Wenn man so will lässt sich das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine als (Mit)Auslöser der Krise, die in einen Krieg in dem Land mündete, lesen. Demnach stellte dies neben der NATO-Osterweiterung aus der Sicht Russlands eine weitere Provokation dar, die nicht einfach hingenommen werden konnte. Zum einen rückt ein Bündnis mitsamt seiner militärischen Stellungen, das zum Zwecke der Verteidigung gegen eben jenes Russland gegründet wurde, immer näher an die eigenen Grenzen. Zum anderen droht der friedliche Protest auf dem Majdan zur Blaupause für die innerrussische Opposition zu werden, ganz zu Schweigen von den wirtschaftlichen Folgen des Verlustes der Ukraine für eine eurasische Wirtschaftsunion nach europäischem Vorbild. In dieser Sichtweise stellt das militärische Eingreifen Russlands und die Annexion der Krim die logische Konsequenz zum Schutz der eigenen Sicherheit dar.

Ohne das Verhalten des Westens und die Vorgesichte zu kennen greift man zu kurz, wenn man in Russland den allein verantwortlichen Aggressor ausmacht, dessen Expansionsgelüste die Sicherheit der Länder im Osten Europas bedrohen.

Darum problematisieren die Schüler/-innen zunächst die angesprochenen Widersprüche (M32–M33) und erhalten bei Bedarf die Gelegenheit, sich das nötige Hintergrundwissen zum Nordatlantiktakt anzueignen (M34). Anschließend wird die Frage, ob das Vorgehen des Westens tatsächlich eine Herausforderung für Russland darstellt, diskutiert (M35 und M36).

Schließlich wird der Fokus auf die Gründe für den Ausbruch der Unruhen, ihre Verschärfung und Ausweitung zu einer Krise sowie eine Chronologie der Ereignisse gelegt. Die Beschäftigung mit dem Minsker Abkommen (M38 bis M40) lässt die Interessen der beteiligten Akteure sichtbar werden und mündet in die Durchführung der Simulation einer internationalen Konferenz, in der die Schüler/-innen in die Rollen der beteiligten Akteure schlüpfen. Die Schüler/-innen erarbeiten sich auf Basis des Materials (M45 bis M54) die wesentlichen Standpunkte und vertreten diese.

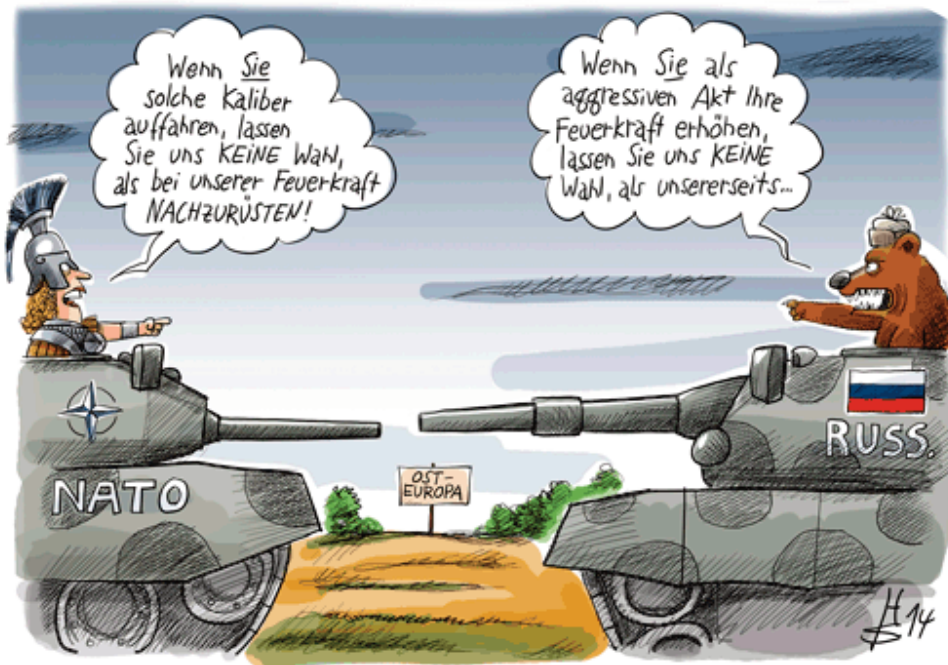
Einmal mehr zeigt sich, dass die EU nicht mit einer Stimme spricht oder die Hohe Vertreterin der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik am Verhandlungstisch sitzt, sondern die Mitgliedsstaaten – je nach geografischer Nähe zu Russland – eine eigene Meinung vertreten.

Thorsten Wolk

M32 – Vorspiel einer Krise – Die NATO-Osterweiterung und das Vorgehen Russlands in der Ukraine



Karikatur ©: Harm Bengen

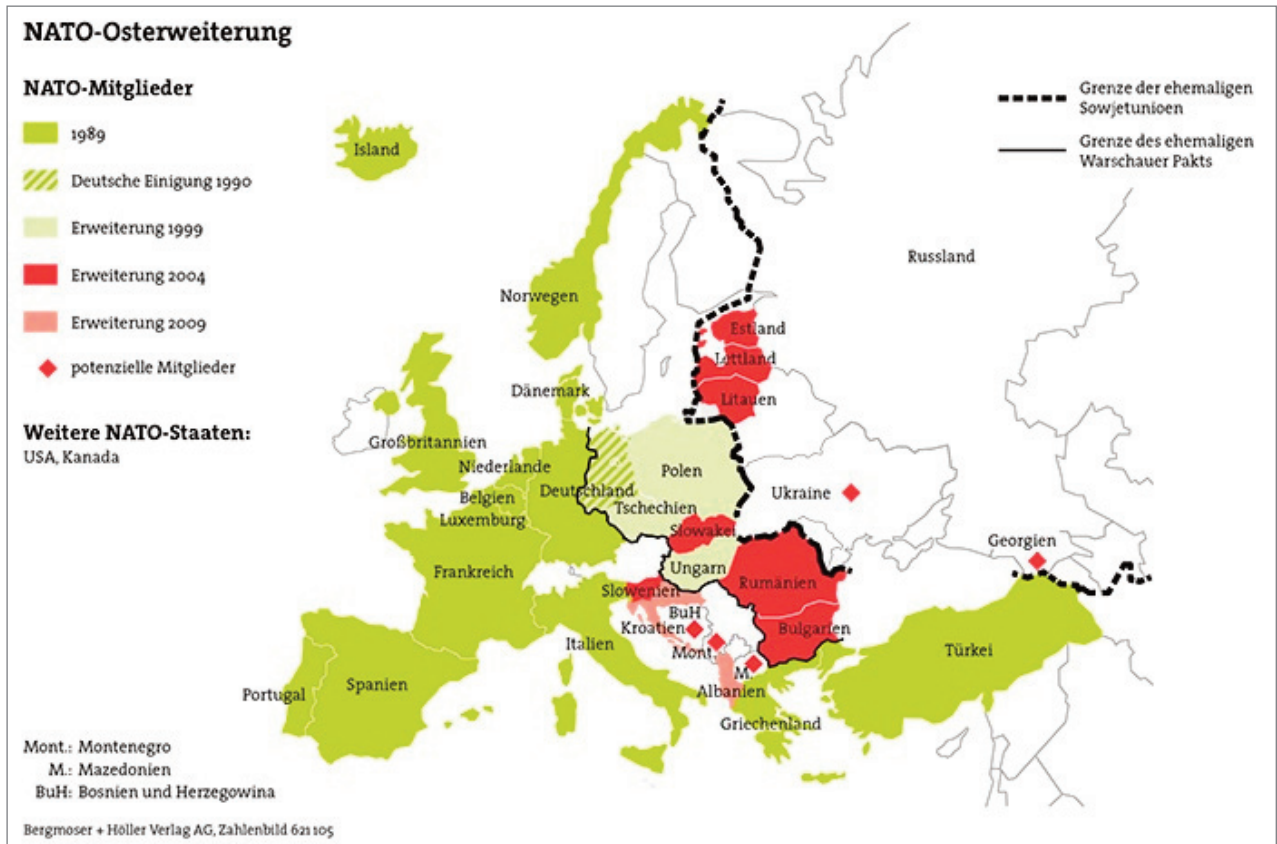


Karikatur ©: Heiko Sakurai

Aufgabe

- > Entscheiden Sie sich für eine der Karikaturen und analysieren Sie sie, indem Sie zunächst beschreiben, was in ihr abgebildet ist und problematisieren Sie die möglichen Gründe für den Konflikt zwischen dem Westen und Russland, der aktuell in der Ukraine eskaliert! Welcher Widerspruch ist erkennbar?

M33 – Schaubild: NATO-Osterweiterung



Grafik ©: Verlag Bergmoser + Höller, Zahlenbild

M34 – Hintergrundinformationen zum Nordatlantikpakt (die NATO)

1 A) NATO

Mit der Blockade der Westsektoren Berlins erreichte der Ost-West-Konflikt 1948/49 einen ersten Höhepunkt. Als Reaktion darauf entstand 1949 der Nordatlantikpakt: ein Verteidigungsbündnis, das sich seit 1999 auch auf Osteuropa ausgedehnt hat.

Die NATO (North Atlantic Treaty Organization – Nordatlantikpakt) entstand 1949 im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts, der mit der Blockade der Westsektoren Berlins 1948/49 einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Gründungsmitglieder waren zehn westeuropäische Staaten, die USA und Kanada. Die Bundesrepublik Deutschland trat 1955 bei. Seit 2004 gehören 26 Staaten der NATO an. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Die Vertragspartner haben sich verpflichtet, in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen „ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen“, so in der Präambel des NATO-Vertrages, und in Art. 1 „sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist“.

Im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedsstaaten sind die anderen verpflichtet, die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, zu treffen, „die sie für erforderlich halten, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wieder herzustellen und zu erhalten“ (Art. 5 NATO-Vertrag). Die NATO versteht sich nicht nur als militärisches Bündnis, sondern auch als eine Wertegemeinschaft. Ihr Ziel ist es, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“ (Präambel).

Organe

Die NATO gliedert sich in eine politische und in eine militärische Organisation. Der politischen gehören alle 26 Mitgliedsstaaten an. Sie bilden das politische Führungsorgan, den Nordatlantikrat aus den Regierungschefs oder den Verteidigungsministern, der zweimal jährlich unter dem Vorsitz des NATO-Generalsekretärs tagt. Ein ständiger NATO-Rat besteht aus den NATO-Botschaftern der Mitgliedsstaaten. Höchstes militärisches Organ ist der Militärausschuss, das gemeinsame Oberkommando in Friedenszeiten. Ihm gehören die Chefs der Generalstäbe – für die Bundeswehr der Generalinspekteur – an. Im Juni 1996 hat Frankreich seine Rückkehr in die militärische Organisation der NATO erklärt.

Horst Pötsch: Die Deutsche Demokratie. 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung 2009. Online: www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39406/nato [07.05.2017]

1 B) 4. April 1949: Gründung der NATO

Am 4. April 1949 gründeten 12 Staaten den Nordatlantik-Pakt. Waren die ersten 40 Jahre der NATO vom Ost-West-Konflikt geprägt, hat das Bündnis seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und erneut seit den Anschlägen des 11. September 2001 eine neue Rolle als globaler Sicherheitsakteur erhalten. [...]

10

Stationen in der Geschichte der NATO

4. April 1949:

Gründung des Nordatlantikkpaktes in Washington: Zehn westeuropäische Staaten (Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Italien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Island und Portugal) gründen gemeinsam mit den USA und Kanada ein Bündnis zur politischen und militärischen Verteidigung. Aufgabe des Bündnisses ist die Verteidigung des Bündnisterritoriums gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt.

20

1955:

Die Pariser Verträge ermöglichen die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland.

25

1989:

Fall der Berliner Mauer – Ende der Blockkonfrontation: Beginn einer zunehmend gesamt-europäischen Verantwortung.

30 1999:

Als erste ehemalige Gegner in Mittel- und Osteuropa treten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.

2001:

35 Die Anschläge des 11. September 2001 leiten die dritte Entwicklungsphase der NATO ein: Das Bündnis ruft erstmals in seiner Geschichte den Bündnisfall aus.

2004:

40 Im Rahmen des Programms „Partnership for Peace“ treten sieben weitere Staaten bei – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien.

2009:

45 60-jähriges Jubiläum: Gipfel in Baden-Baden, Kehl und Straßburg; Begrüßung der neuen Mitglieder Albanien und Kroatien. Rückkehr Frankreichs in die integrierte Kommandostruktur. Formulierung eines neuen strategischen Konzepts für die NATO.

50

O.V.: 4. April 1949: Gründung der NATO. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Hintergrund aktuell*, 02.04.2012. Online: www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/126264/4-april-1949-gruendung-der-nato-03-04-2012 [07.05.2017]

M35 – NATO-Osterweiterung: Putins Profit

[...] Auch wenn man Putin nicht folgt, der die Osterweiterung für Betrug hält, ist doch erstaunlich, dass die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges Stück für Stück in Richtung Russland wuchs. 1999 wurden Polen, Ungarn und Tschechien aufgenommen, 2004 die baltischen Staaten, dazu Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei, zuletzt 2009 noch Kroatien und Albanien. Auch der Ukraine und Georgien wurde der Beitritt in Aussicht gestellt. Das war falsch, weil beide Länder ungelöste innere Konflikte mit ihren russischen Minderheiten hatten, die sich Moskau zunutze machen konnte. Mit dem russischen Einmarsch in Georgien – schon damals begründet als brüderliche Hilfe – war die Sache gestorben.

Vor allem auf deutschen Druck wurde die verfehlte Politik auf Eis gelegt, ohne öffentliche Revision. Immer noch steht das hohle Versprechen an Georgien und die Ukraine im Raum, sie könnten eines Tages aufgenommen werden. Das gibt Putin nicht das Recht, diese Länder mit seinen obskuren Kämpfern in Grün zu destabilisieren. Trotzdem wäre es besser gewesen, die Zusage zurückzunehmen – als das noch ohne Gesichtsverlust möglich war.

Welch seltsames Tier, die NATO

Die NATO-Osterweiterung hat mit aggressiver Einkreisung Russlands nichts zu tun. Man könnte sagen: im Gegenteil. Es ist nämlich schwer, in diesen Club aufgenommen zu werden. Im Gegenzug für den Beistand im Ernstfall muss jeder Kandidat zeigen, dass er seine Konflikte friedlich beilegt, die Menschenrechte achtet, ethnische und territoriale Zwiste im Konsens und nach internationalem Recht löst, gute Nachbarschaft mit Russland übt und – am wichtigsten – zivile Kontrolle über sein Militär zulässt. Soldaten müssen Bürger in Uniform sein, der Militärbudget muss transparent sein. Jahrelang wird das geprüft. Die NATO nimmt Länder erst auf, wenn ausgeschlossen ist, dass sie Krieg mit dem Nachbarn oder Bürgerkrieg riskieren (was Georgien und die Ukraine derzeit disqualifiziert).

Die Osterweiterung ist ein Projekt der europäisch-atlantischen Selbstzivilisierung. Russland hat davon profitiert. Noch nie hat es in einer so stabilen Nachbarschaft gelebt wie in den letzten Jahrzehnten – umgeben von Ländern, die viele historische Gründe haben, Moskau zu misstrauen.

Nicht nur in Moskau, auch in Brüssel ist offenbar schwer zu begreifen, welches seltsame Tier die NATO ist: die mächtigste Militärallianz der Geschichte, deren Stärke nicht im Einsatz, sondern im Nichteinsatz ihrer gewaltigen Mittel liegt.

Jörg Lau: NATO-Osterweiterung: Putins Profit. In: DIE ZEIT 18/2014. Online: www.zeit.de/2014/18/nato-osterweiterung-russland/komplettansicht [07.05.2017]

Aufgaben

- > Analysieren Sie **M34** im Hinblick auf die Position des Autors zur NATO-Osterweiterung als Bedrohungskulisse für Russland!
- > Nehmen Sie kritisch Stellung, ob Sie eher die Bedenken Russlands teilen, oder dem Autor zustimmen.

M36 – Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor

Der Altkanzler beschuldigt die EU-Kommission, im Ukraine-Konflikt ihre Kompetenzen zu überschreiten. Die weltpolitische Lage ähnele der kurz vor dem Ersten Weltkrieg.

Altkanzler Helmut Schmidt hat die Ukraine-Politik des Westens scharf kritisiert. In einem Interview mit der Bild-Zeitung warf er den EU-Kommissaren vor, sie mischten „sich zu sehr in die Weltpolitik ein, obwohl die meisten Kommissare davon gar nichts verstehen“. Das jüngste Beispiel sei „der Versuch der EU-Kommission, die Ukraine anzugliedern“, sagte er. Falsch sei auch, Georgien an sich zu ziehen. „Das ist Größenwahn, wir haben dort nichts zu suchen.“

Schmidt verlangte von der Kommission mehr außenpolitische Zurückhaltung. „Beamte und Bürokraten“ stellten die Ukraine „vor die scheinbare Wahl“, sich zwischen Ost und West zu entscheiden. In den vergangenen Tagen hatten etliche aktive und ehemalige SPD-Politiker kritisiert, die EU habe die Spannungen in der Ukraine-Krise mitverursacht. Am Morgen äußerte auch der SPD-Außenpolitiker Niels Annen diese Kritik im Deutschlandfunk. Die EU habe de facto Beitrittsverhandlungen geführt. Es habe sich gezeigt, dass „das auf Dauer nicht gut gehen konnte“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte die Kritik an der EU entschieden zurückgewiesen. Es sei der frühere ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch

selbst gewesen, der die Ukraine auf Westkurs gebracht habe, sagte sie.

Ein Dritter Weltkrieg?

Altkanzler Schmidt kritisierte auch die Bundesregierung. Die von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) geplante Genfer Konferenz Mitte April sei sicher dringend geboten gewesen. „Aber zurzeit gibt es leider niemanden, der konstruktive Vorschläge zur Zukunft der Ukraine vorbringt“, bemängelte Schmidt. Der Konflikt um die Ukraine erinnere ihn an die Situation 1914 vor dem Ersten Weltkrieg, sagte Schmidt. Beides sei „zunehmend vergleichbar“. Er wolle keinen Dritten Weltkrieg herbeireden. „Aber die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag.“ In der Ukraine hatten jüngst prorussische Separatisten in zwei Regionen international nicht anerkannte Volksabstimmungen abgehalten, in denen eine Mehrheit für die Unabhängigkeit von der Regierung in Kiew votierte. Zuvor hatte sich die ukrainische Halbinsel Krim in einem umstrittenen Referendum losgesagt und sich Russland angeschlossen.

ZEIT ONLINE, Reuters, tst: Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor. In: ZEIT Online, 16.05.2014: www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/helmut-schmidt-ukraine-eu-weltkrieg [07.05.2017]

Aufgaben

- > Analysieren Sie den Text von Altbundeskanzler Helmut Schmidt hinsichtlich seiner Position zu der Rolle der EU im Ukraine-Konflikt. Worin sieht er die Probleme?
- > Halten Sie seine Meinung zur „Mitschuld“ der EU für berechtigt? Nehmen Sie kritisch Stellung!

M37 – Die Majdan-Revolution und das bewaffnete Eingreifen Russlands

Im November 2013 verweigert Präsident Janukowitsch die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU. Der Protest breiter Bevölkerungskreise erzwingt einen Regierungswechsel und veranlasst Russland, die Krim völkerrechtswidrig zu annektieren und die prorussischen Separatisten im Osten des Landes verdeckt zu unterstützen.

Euro-Majdan

Nachdem die ukrainische Regierung am 21. November 2013 bekanntgegeben hatte, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, kam es auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz (Majdan) schon am selben Abend zu Demonstrationen gegen diese Entscheidung. Die Kundgebungen weiteten sich rasch aus: Am 24. November gingen schon Zehntausende, am 1. und 8. Dezember jeweils Hunderttausende auf die Straße. Der Euro-Majdan war die größte zivilgesellschaftliche Massenbewegung in Europa seit der Revolution von 1989.

Die Staatsmacht reagierte mit dem brutalen Einsatz der Ordnungskräfte, und die anfangs friedlichen Demonstrationen radikalisierten sich. Der Protest wandte sich nun generell gegen Präsident Janukowitsch und sein autoritäres Regime und nahm revolutionären Charakter an. Die Kundgebungen griffen auf andere Städte, vor allem in der Westukraine, über, während im Osten des Landes (zahlenmäßig geringere) Gegendemonstrationen stattfanden. Im kalten Winter harreten Zehntausende auf dem Kiewer Majdan aus. Sie wurden von der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, heißem Tee, Brennmaterial und Medikamenten versorgt.

Als die Regierung nicht zurückwich, sondern Ausnahme Gesetze erließ, kam es im Januar 2014 zu einer neuen Eskalation, die Ende des Monats zu ersten Toten führte. Die bewaffneten Auseinandersetzungen erreichten am 19. und 20. Februar ihren Höhepunkt. Sie kosteten etwa 100 Menschen das Leben, unter ihnen 16 Polizisten. Unter den Aktivisten des Majdan waren auch militante nationalistische Gruppen wie der „Rechte Sektor“. Aufgrund der gewaltsamen Ereignisse schrumpfte das Regierungslager, und die

Opposition erreichte eine Mehrheit im Parlament; Einheiten der Polizei und Armee sowie einige Oligarchen stellten sich auf die Seite des Majdan. Unter Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs kam es zu einem Kompromiss zwischen Janukowitsch und den Anführern von drei Oppositionsparteien. Der Majdan akzeptierte jedoch diesen Akt nicht. Darauf gab Janukowitsch auf und flüchtete nach Russland.

Das 2010 gewählte Parlament ergriff nun die Initiative, enthob den Präsidenten seines Amtes und wählte am 23. Februar Oleksandr Turtschynow zum Übergangspräsidenten und am 27. Februar Arsenij Jazenjuk zum Chef einer Übergangsregierung. Diese unterzeichnete am 21. März den politischen Teil des Assoziierungsabkommens mit der EU. Die zentrale Forderung der basisdemokratischen Revolution des Euro-Majdan war erfüllt. Die Mehrheit der Bevölkerung im Osten und Süden des Landes hatte sich allerdings nicht beteiligt und wartete zunächst ab.

Russland verurteilte nicht nur das Assoziierungsabkommen mit der EU, sondern auch den Euro-Majdan und bezeichnete den Machtwechsel in Kiew als „Staatsstreich einer faschistischen Junta“ und als gegen Russland gerichtetes Komplott des Westens. Diese Behauptungen waren unbegründet, doch spiegelten sie das Misstrauen wider, das Präsident Putin gegenüber der EU und der NATO hegte, die mit ihrer Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands vorgedrungen waren und aus Sicht Moskaus dessen Sicherheitsinteressen bedrohten. Der wohl entscheidende Grund für das Eingreifen Russlands war aber die Befürchtung, dass die Ereignisse auf dem Majdan der innerrussischen Opposition, die nur zwei Jahre zuvor Massendemonstrationen organisiert hatte, als Vorbild dienen könnten. Deshalb galt es zu verhindern, dass sich die Ukraine erfolgreich als demokratischer Staat etablierte, der den europäischen Werten verpflichtet ist. Russland gab vor, seine „Landsleute“ in der Ukraine vor der Unterdrückung durch die neue Kiewer Regierung schützen zu müssen. Dies diente als Begründung einer bewaffneten Intervention, die bald zu einem unerklärten russisch-ukrainischen Krieg eskalierte.

Annexion der Krim

Erstes Ziel war die Krim, die einzige ukrainische Region mit einer ethnisch russischen Bevölkerungsmehrheit, die 1954 aus dem Bestand der Russischen in die Ukrainische Sowjetrepublik eingegliedert worden war. Russland unterhielt auf der Krim die Flottenbasis Sewastopol. Schon Ende Februar 2014 besetzten Soldaten ohne Hoheitsabzeichen das Parlament, das Regierungsgebäude und den Flughafen der Hauptstadt Simferopol. Die neu eingesetzte Regierung verkündete am 6. März den Anschluss der Krim an Russland, was am 17. März in einem äußerst umstrittenen Referendum bestätigt wurde. Am 20. März 2014 wurde die Krim in die Russländische Föderation aufgenommen. [...]

Mit der Annexion der Krim brach die russische Regierung das Völkerrecht und mehrere bilaterale und multilaterale Abkommen, in denen sie die territoriale Integrität der Ukraine anerkannt hatte. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gliederte sich ein europäischer Staat das Territorium eines Nachbarstaates ein. Die internationale Gemeinschaft verurteilte den Akt fast einhellig, und die USA sowie die EU verhängten Sanktionen gegen Personen und Unternehmen der Krim und Russlands.

Die Intervention Russlands griff auch auf die Ostukraine aus. Es unterstützte mit Kriegsgerät, kleineren militärischen Verbänden und einzelnen Offizieren separatistische Milizen. Diese besetzten die wichtigsten Städte des Donbass und errichteten dort eine Willkürherrschaft. Im April wurden die „souveränen Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk ausgerufen, die sich am 11. Mai 2014 in einem fragwürdigen Referendum für selbstständig erklärten. Unter den Anführern der Separatisten waren einige russische Staatsbürger, die zuvor in nationalistischen Organisationen in Erscheinung getreten waren.

Auch in Charkiw, Dnipropetrowsk und anderen Städten im Süden und Osten des Landes kam es zu prorussischen Kundgebungen, doch gelang es hier der ukrainischen Polizei, die Kontrolle zu behalten. In Odessa stießen am 2. Mai proukrainische und prorussische Demonstranten zusammen, wobei ein Gebäude in Brand gesetzt wurde, in dem über 40 prorussische Aktivisten ums Leben kamen.

Andreas Kappeler: Die Majdan-Revolution und das bewaffnete Eingreifen Russlands. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell Nr. 28/2015. Online: www.bpb.de/izpb/209820/die-majdan-revolution-und-das-bewaffnete-eingreifen-russlands [07.05.2017]

Aufgaben

- > Analysieren Sie **M37** hinsichtlich der Entwicklung und Eskalation des Ukraine-Konflikts, indem Sie die folgende Tabelle ausfüllen:

Auslöser:	Gründe für Russlands Eingreifen in den Konflikt (Begründung Russlands):	Gründe für die Verschärfung und Ausweitung zu einem Krieg:

- > Vertiefung: Folgende Themen zur Geschichte der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit eignen sich für ein Referat:
www.bpb.de/izpb/209819/die-unabhaengige-ukraine
www.bpb.de/izpb/209719/geschichte-der-ukraine-im-ueberblick
www.bpb.de/izpb/209717/die-ukraine-ein-land-zwischen-west-und-ost
- > Zeichnen Sie mithilfe von **M38** die Eskalation der Ukraine-Krise nach, indem Sie die Ihrer Meinung nach wichtigsten Stationen des Konflikts in einen Graphen einordnen! Orientieren Sie sich dazu an dem nachfolgenden Graphen und übertragen Sie ihn in ihr Heft!



M38 – Eine Chronologie der Ereignisse in der Ukraine-Krise

2013

- 21. November** Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch stoppt ein unterschriftsreifes Assoziierungsabkommen mit der EU. Russland hatte zuvor damit gedroht, hohe Zölle auf ukrainische Waren zu erheben.
In den Tagen danach demonstrieren Tausende Ukrainer gegen die Entscheidung, sie fordern einen proeuropäischen Kurs.

2014

- Januar/ Februar** Im Januar und Februar 2014 werden die Proteste gegen Präsident Janukowitsch auf dem Maidan in Kiew immer heftiger. Mehr als 100 Menschen sterben bei Straßenkämpfen.

- 20./21. Februar** Die Außenminister Steinmeier, Fabius (Frankreich) und Sikorski (Polen) vermitteln in Kiew zwischen den Konfliktparteien. Nach einem 30-stündigen Gespräch unterschreiben Opposition und Regierung ein Abkommen, durch das der blutige Konflikt in dem Land beigelegt werden soll. Damit akzeptiert Janukowitsch unter anderem vorgezogene Präsidentenwahlen bis Ende des Jahres.

- 20. Februar** Der Maidan gleicht am 20. Februar einem Kriegsschauplatz. Die Waffenruhe, die in der Nacht geschlossen worden war, wurde am Vormittag gebrochen.
Menschen trauern an einer Mauer um die Opfer der schweren Auseinandersetzungen der vergangenen Tage. Über 80 Menschen – Demonstranten und Polizisten – kommen ums Leben.

- 21./22. Februar** Janukowitsch flieht überhastet in den Osten der Ukraine (und später nach Russland). Die Abgeordneten des Parlaments erklären Janukowitsch am 22. Februar für abgesetzt und rufen für Mai Präsidentschaftswahlen aus. Die Demonstranten jubeln über die Absetzung, Russland hält sie dagegen für verfassungswidrig.

- Ende Februar** Auf der Halbinsel Krim kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der neuen Führung in Kiew. Bewaffnete besetzen Regierungsgebäude in der Hauptstadt der Krim, in Simferopol, um die russische Bevölkerung auf der Krim zu verteidigen, wie sie sagen.

- 1. März** Russlands Präsident Putin lässt sich vom Parlament zu einem Militäreinsatz in dem Nachbarland ermächtigen – mit der Begründung, möglicherweise dort ethnische Russen schützen zu müssen. Zwar schickt Moskau keine Truppen. Doch auf der Halbinsel tauchen uniformierte Kämpfer ohne Abzeichen auf. Zunächst streitet Moskau ab, dass es sich um russische Soldaten handelt. Monate später räumt Präsident Putin aber ein, dass russische Soldaten früh auf der Krim im Einsatz waren.

- 16. März** Die Krim stimmt in einem umstrittenen Referendum für einen Beitritt zu Russland. Die EU und die USA sowie die Übergangsregierung in Kiew kritisieren die Abstimmung als Bruch internationalen Rechts und sprechen von einer Annexion der Krim durch Russland. Die EU und USA machen mit Sanktionen Druck auf Russland.

Anfang April	Prorussische Separatisten besetzen Verwaltungsgebäude in mehreren ostukrainischen Städten und rufen in Donezk eine „unabhängige Volksrepublik“ aus.
14. April	Die Übergangsregierung in Kiew entsendet Truppen und Freiwilligenverbände als „Anti-Terror-Operation“ gegen die Separatisten in die Ostukraine. Bei einer Militäroffensive in Slawjansk am 2. Mai gibt es zehn Tote, in der Hafenstadt Odessa sterben mindestens 42 Menschen bei Straßenschlachten und einem Brand.
17. April	Die Außenminister Russlands, der Ukraine, der USA und der EU einigen sich in Genf unter anderem auf eine Entwaffnung „illegaler Kräfte“. Ob dies nur die Kämpfer im Donbass betrifft oder auch auf dem Maidan, bleibt umstritten. Der Vorstoß wird nicht umgesetzt.
11. Mai	In höchst umstrittenen Referenden in Donezk und Lugansk stimmen die meisten Teilnehmer für eine Unabhängigkeit von der Ukraine.
25. Mai	Der proeuropäische Politiker und Milliardär Petro Poroschenko wird zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt. Er strebt einen EU-Beitritt der Ukraine an. Viele Wahllokale in der Ostukraine, wo die Separatisten de facto die Macht haben, bleiben geschlossen. Ende Juni unterzeichnen die Ukraine und die EU das Assoziierungsabkommen, das der alte Präsident Janukowitsch gestoppt hatte.
17. Juli	Eine Passagiermaschine der Malaysian Airlines mit 298 Menschen an Bord stürzt über der Ostukraine ab, alle Insassen sterben. Regierung und Rebellen beschuldigen sich gegenseitig, es abgeschossen zu haben.
22. August	Russische Hilfskonvois treffen im ostukrainischen Lugansk ein – ohne Genehmigung der ukrainischen Regierung. Die wirft Russland eine „direkte Invasion“ vor.
5. September	Regierung und Separatisten einigen sich im weißrussischen Minsk auf eine Waffenruhe, die jedoch nicht eingehalten wird. Das Minsker Abkommen unterzeichnen [...]: der Separatistenführer Alexander Sachartschenko, der russische Ukraine-Botschafter Michail Surabow, der Separatistenführer Igor Plotnizki, die OSZE-Gesandte Heidi Tagliavini sowie der frühere ukrainische Präsident Leonid Kutschma. Das Abkommen wird am 20. September durch eine Vereinbarung ergänzt, die eine demilitarisierte Pufferzone entlang der Frontlinie vorsieht.
26. Oktober	Parlamentswahlen in der Ukraine. Die proeuropäischen Parteien siegen. Die Separatisten boykottieren die Wahl.
2. November	In den international nicht anerkannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk halten die Separatisten eigene Wahlen ab. Die Ukraine erkennt die Wahl nicht an und spricht von illegaler „Machtübernahme“, Russland verteidigt die Abstimmung als legitim.
12. November	Die NATO beschuldigt Russland, die Separatisten mit Kämpfern und Waffen zu unterstützen.

2015

- | | |
|-------------|--|
| 24. Januar | Zu Jahresbeginn nehmen die Kämpfe wieder an Intensität zu. Auch der Raketenbeschuss von Wohnhäusern in der südostukrainischen Hafenstadt Mariupol mit vielen Toten sorgt für eine Eskalation des Konflikts. |
| 5. Februar | Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande starten eine neue diplomatische Initiative. Sie reisen nach Kiew und sprechen mit Präsident Poroschenko.
Am nächsten Tag treffen sich Merkel und Hollande in Moskau mit Präsident Wladimir Putin. Zwei Tage später vereinbaren Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin telefonisch, sich am 11. Februar erneut in Minsk zu treffen. |
| 12. Februar | Putin, Hollande, Poroschenko und Merkel einigen sich nach stundenlangen Verhandlungen auf eine Waffenruhe ab dem 15. Februar für das Kriegsgebiet Donbass. Außerdem sollen schwere Waffen abgezogen und das ursprüngliche Minsker Abkommen umgesetzt werden. Das Abkommen wird „Minsk II“ genannt. |
| 22. Juli | Die Konfliktparteien einigen sich auf eine entmilitarisierte Zone sowie einen Rückzug schwerer Waffen im Donbass. Die Vereinbarung wird nur sehr eingeschränkt erfüllt. |

2016

- | | |
|------------|---|
| 1. Januar | Das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union tritt in Kraft. |
| 14. April | Der bisherige Parlamentspräsident Wladimir Groismann, der zum „Block Petro Poroschenko“ gehört, wird nach dem Rücktritt von Arsenij Jazenjuk Ministerpräsident der Ukraine. Er verspricht einen verstärkten Kampf gegen Korruption, Ineffizienz und Populismus. |
| 15. August | In der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. August ist die Zahl der Militäraktionen sowie der zivilen Opfer des Konflikts stark angestiegen, beklagt der vierteljährlich erscheinende Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte. |

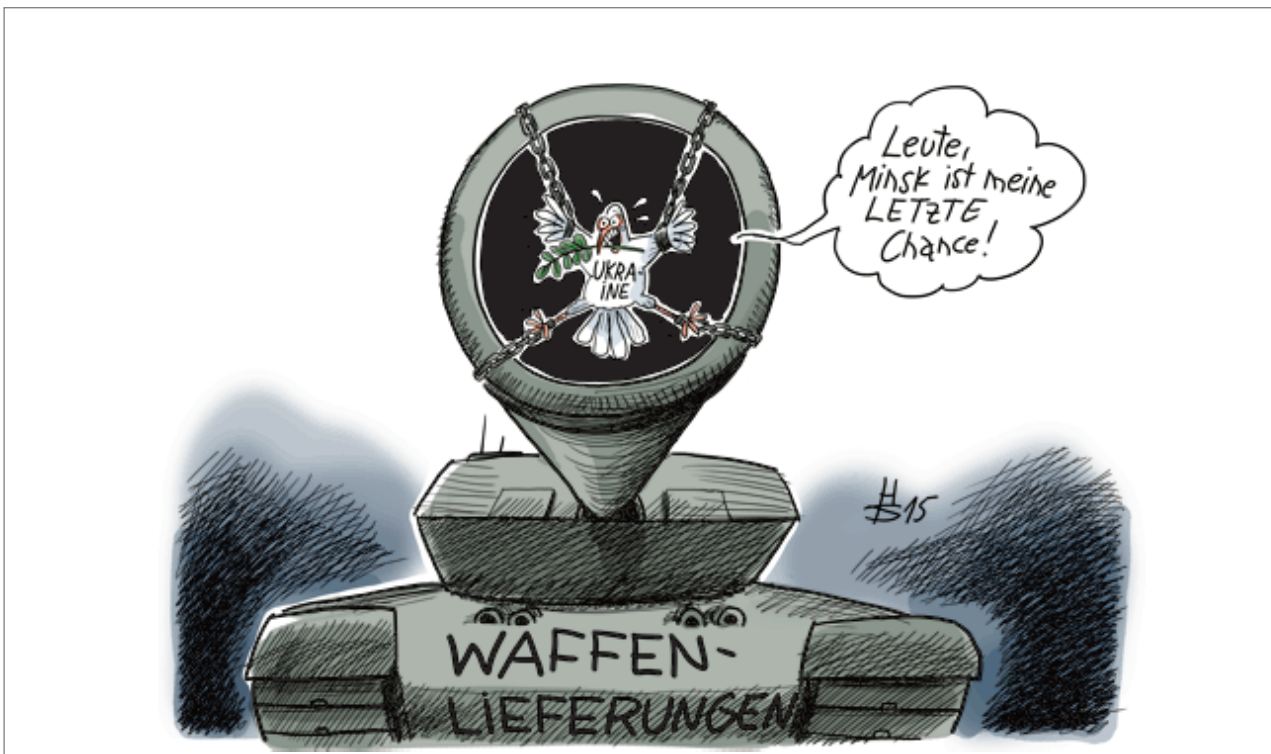
2017

- | | |
|-------------|---|
| 18. Februar | Der russische Präsident Putin lässt per Dekret die Pässe der selbsternannten „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk anerkennen. Die OSZE, die EU und auch die Bundesregierung kritisieren diese Anerkennung als Verstoß gegen das Minsker Abkommen. |
|-------------|---|

6. April Das Europäische Parlament stimmt der Visumfreiheit für ukrainische Bürger zu. Ab Juni 2017 dürfen Ukrainer, die im Besitz biometrischer Pässe sind, visumfrei für 90 Tage in die EU einreisen.
23. April In der Nähe von Lugansk wird ein Mitarbeiter der OSZE getötet, zwei weitere Personen, darunter eine Deutsche, werden schwer verletzt. Ihr Fahrzeug war auf eine Mine gefahren.
20. Mai Der ukrainische Präsident Poroschenko besucht Bundeskanzlerin Merkel, die sich bei dieser Gelegenheit für ein neues Gipfeltreffen zur Erzielung einer dauerhaften Friedensregelung ausspricht. Sie habe darüber auch bereits mit dem neuen französischen Präsidenten Macron gesprochen.

Nach: Vom Maidan bis Minsk: Chronik der Ukraine-Krise. In: tagesschau.de.
 Online: www.tagesschau.de/multimedia/bilder/ukraine-krise-133.html [19.05.2017]
 sowie: www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20140203STO34645/ukraine-chronologie-eines-konflikts
 sowie: www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/Ukraine15thReport.pdf

M39 – Karikatur: Der Minsker Friedensplan



Karikatur ©: Heiko Sakurai

Aufgabe

- > Analysieren Sie die Karikatur, indem Sie zunächst beschreiben, was in ihr abgebildet ist und problematisieren Sie sie!

M40 – Der Minsker Friedensplan

Waffenruhe, Abzug schwerer Waffen, Gefangenen-austausch und Wahlen: In zähen Gesprächen wurde in Minsk ein Abkommen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts vereinbart. Lesen Sie hier die konkreten Punkte im Überblick.

Die Ukraine und Russland haben sich unter deutsch-französischer Vermittlung beim zweiten Treffen in Minsk auf ein Friedensabkommen geeinigt. Es baut auf den ersten Minsker Vereinbarungen vom September 2014 auf, die nicht umgesetzt wurden. Das konkrete Abkommen haben die Mitglieder der sogenannten Ukraine-Kontaktgruppe unterschrieben. Dazu gehören Vertreter Moskaus, Kiews, der prorussischen Rebellen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Das Maßnahmenpaket umfasst folgende konkrete Punkte:

Waffenruhe: Ab Sonntag, den 15. Februar 2015, 00:00 Uhr Ortszeit (Samstag, 23 Uhr deutscher Zeit) gilt eine „unmittelbare und umfassende“ Waffenruhe.

Abzug schwerer Waffen: Innerhalb von zwei Wochen sollen schwere Waffen aus einer Pufferzone abgezogen werden. Die ukrainischen Truppen müssen ihre Waffen – je nach Kalibergröße und Waffenart – 50 bis 140 Kilometer hinter die aktuelle Frontlinie zurückziehen, die Separatisten genau soweit hinter die im September 2014 in Minsk vereinbarte Grenzlinie. Die OSZE soll die Waffenruhe und den Abzug der Waffen überwachen.

Regionale Wahlen und Sonderstatus von Donezk und Lugansk: Nach dem Abzug der Waffen sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk beginnen. Die Wahlen sollen von der Kontaktgruppe vorbereitet und international überwacht werden. Das Parlament soll innerhalb von 30 Tagen die Gebiete in den Regionen Donezk und Lugansk festlegen, die einen autonomen Sonderstatus erhalten.

Amnestie: Eine gesetzliche Regelung schützt alle Beteiligten des Konflikts vor Strafverfolgung.

Freilassung aller Gefangenen: Innerhalb von fünf Tagen nach dem Abzug der Waffen sollen alle Gefangenen und Geiseln freigelassen werden.

Humanitäre Hilfe: Beide Seiten sollen humanitäre Hilfeleistungen sicherstellen.

Finanzielle Versorgung der Menschen in der Ostukraine: Beide Seiten sollen an einer Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen arbeiten. So sollen zum Beispiel wieder Renten und Steuern an die Menschen in den von Separatisten kontrollierten Gebieten gezahlt werden. Kiew verpflichtet sich, den Bankensektor im Konfliktgebiet wieder aufzubauen.

Grenzkontrolle: Die Ukraine soll die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland übernehmen. Und zwar einen Tag nach den regionalen Wahlen in den Separatistengebieten und bis zum Abschluss einer umfassenden politischen Regelung, die bis Ende 2015 angestrebt wird. Außerdem muss dazu eine Dezentralisierung per Verfassungsreform durchgesetzt werden.

Abzug ausländischer Kämpfer: Alle ausländischen Kämpfer, Söldner und Waffen sollen unter Aufsicht der OSZE abgezogen werden. Alle „illegalen Gruppen“ werden entwaffnet.

Verfassungsreform: Bis Ende 2015 muss eine neue ukrainische Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht und mit Vertretern der Separatistengebieten abgestimmt ist. Außerdem soll ein Gesetz einen Sonderstatus der Gebiete in der Ostukraine regeln.

dpa, AFP, AP und Reuters: Hintergrund. Der Minsker Friedensplan. In: tagesschau.de, 12.02.2015. Online: www.tagesschau.de/ausland/massnahmen-minsk-101-_origin-90f6db16-981d-4cbb-aa28-73bf4dc9c14a.html [07.05.2017]

Aufgabe

- > Geben Sie die wesentlichen Punkte des Abkommens mit eigenen Worten wieder! Welchen Parteien werden welche Zugeständnisse gemacht?

M41 – Zwischen Macht und Ohnmacht – Nationales Vorgehen vs. gemeinsames Handeln in der EU Außenpolitik am Beispiel der Ukraine-Krise

Die Positionen innerhalb Europas zur Ukraine-Krise fallen je nach geographischer Entfernung zu Russland höchst unterschiedlich aus. Gebärdeten sich Länder wie Ungarn noch vor kurzem als enge Partner Russlands und widersprachen vehement der Verhängung von Sanktionen, so wünschen sie sich mittlerweile eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine als „Puffer“ zwischen sich und Russland. Andere Länder wie Polen fordern ungehemmt die atomare Aufrüstung Europas als Gegengewicht zu Russland. Der wichtigste NATO-Partner, die USA, hingegen haben innen- wie außenpolitisch ein Gesicht zu verlieren, nähmen sie die Annexion der Krim tatenlos hin. Die Energie-Abhängigkeit der EU von den russischen Gas- und Öllieferungen (30% der europäischen Gas- und 35% der Ölversorgung stammen aus Russland) machen die EU zudem politisch und wirtschaftlich erpressbar. Dies dürfte auch insbesondere für Deutschland gelten, das seinen Bedarf an Gas zu 36% und Öl zu 39% aus Russland deckt. Einigkeit herrscht nur in der Verurteilung der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, während die Meinungen zu den daraus abzuleitenden Schritten wiederum auseinandergehen.

Vorgehen:

Zunächst wird eine grobe Einteilung in drei Gruppen – **Hardliner**, **Bremser** und **Mittler** – bezüglich der Verhängung von Sanktionen vorgestellt (M42). Davon ausgehend werden die Positionen weiterer Akteure dargestellt. (M43 bis M54).

Als Akteure bieten sich neben **Russland** und der **Ukraine** auch **Deutschland** als Mittler, **Frankreich** als Bremser/Mittler sowie mindestens eines der europäischen Hardliner-Länder an (**Polen** oder **Ungarn**).

Denkbar sind auch die **USA**, die – sich auf einem anderen Kontinent befindend – Russland durchaus öffnen die Stirn bieten und die Ukraine zu ihrer Verteidigung mit Waffen beliefern (M48 bis M49).

Die Schüler/-innen sollen sich in Gruppen (Minimum zwei Schüler/-innen) einem der Akteure zuordnen und seine Position arbeitsteilig in Form einer Rollenkarte mit „ihrem“ Standpunkt sowie den dazugehörigen Argumenten mithilfe des Materials erarbeiten. (Zur groben Orientierung dient der Lehrkraft das „Lehrmaterial: Überblick der Positionen“ S. 125–126).

Darüber hinaus bietet sich zusätzlich z.B. in Form einer vorbereitenden Hausaufgabe die Durchführung einer Web-Quest an. Hierzu eignet sich die Internetseite des Think Tanks „European Council on foreign relations“ mit den Sichtweisen auf Russland von acht europäischen Ländern: www.ecfr.eu/debate/how_should_europe_respond_to_russia500.

Die Konferenz kann – je nach Vorarbeit und zu Verfügung stehender Vorbereitungszeit – entweder lediglich die Verhandlung über einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber Russland bezüglich der Verhängung von Sanktionen beinhalten oder auch die Annexion der Krim thematisieren. Es können auch die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden in der Ukraine mit Russland diskutiert werden.

Ziel des Rollenspiels besteht darin, die Interessen der jeweiligen Akteure und ihre Gebundenheit an bestimmte Prämissen besser nachvollziehen zu können.

Die folgenden Leitfragen dienen als Orientierung bei der Durchführung der Simulation der internationalen Konferenz:

Thorsten Wolk

M42 – Sanktionen gegen Russland – Gegner und Befürworter

Wenn die 28 EU-Staats- und Regierungschefs am Donnerstag in Brüssel zu einem informellen Gipfel zusammenkommen, haben sie nur ein zentrales Thema: Wie soll die EU auf die Ukraine-Krise und das russische Vorgehen reagieren?

Dabei gibt es erhebliche Differenzen unter den Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung mahnt Moskau, nur die schnelle Einrichtung einer Kontaktgruppe könne die von den USA bereits geforderten Sanktionen noch verhindern. Zu dem diskutierten Paket gehören Einreisesperren für russische Top-Offizielle, die Beschlagnahme von Vermögen im Ausland oder auch Schritte gegen staatliche russische Firmen.

DIE HARDLINER

Zu den Hardlinern in der Sanktionsfrage gehören vor allem die **USA** und **Kanada** – die schon wegen der geografischen Entfernung bei einer Eskalation in Europa weniger zu verlieren hätten. Es besteht keine Abhängigkeit von Gaslieferungen, die USA gehören nicht einmal zu den zehn wichtigsten Handelspartnern Russlands. Zudem gibt es eine innenpolitische Stimmung, die in Nordamerika traditionell immer nach schnellen harten Antworten ruft. In der EU wird eine harte Haltung gegen Russland vor allem von **Schweden** und den **osteuropäischen Staaten** unterstützt – die traditionell schlechte Beziehungen zu Russland haben.

DIE BREMSER

Sehr zurückhaltend in der Sanktionsfrage sind dagegen vor allem die großen EU-Staaten **Frankreich**, **Großbritannien** und die **südlichen EU-Staaten**. Die britische Regierung fürchtet unter anderem, dass London seine Anziehungskraft für russische Oligarchen und vor allem deren Geld verlieren könnte. Die Südländer haben andere Sorgen und wollen möglichst schnell die Wirtschaftskrise überwinden. Da stören Sanktionen nur. Als grobe Faustregel in der EU gilt: Je größer die Entfernung von der Ukraine ist, desto geringer ist eine eindeutige Positionierung für die Maidan-Kräfte in Kiew und für Sanktionen gegen Russland. Aus dem Süden und Westen gab es in den

vergangenen Jahren auch den größten Widerstand, der Ukraine eine EU-Mitgliedschaft anzubieten. Derzeit fürchtet man eher, dass auf die EU hohe Kosten zur Stabilisierung der Ukraine zurollen.

DER MITTLER

Deutschland nimmt – wie oft in der EU und im Westen – auch in der Sanktionsfrage gegen Russland eine Mittlerrolle ein. Auf dem EU-Außenministerrat am Montag argumentierte Außenminister Frank-Walter Steinmeier gegen schnelle Sanktionen. In Gesprächen mit Russlands Präsident Wladimir Putin setzte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel Russland eine Frist bis Donnerstag. Sanktionen sieht man in Berliner Regierungskreisen nicht nur skeptisch, weil dadurch die engen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gestört würden. Auch die erwünschte Wirkung wird angesichts einer offenbar sehr einheitlichen Stimmungslage in Russland für eine Intervention in der Ukraine bezweifelt.

Die von US-Außenminister John Kerry angedrohte „politische, diplomatische und wirtschaftliche“ Isolierung Russlands wird deshalb als genau der falsche Weg angesehen – zumal die internationale Gemeinschaft eine russische Kooperation auch beim Thema Iran oder Syrien braucht. Sogar CSU-Parteivize Peter Gauweiler erinnerte am Mittwoch daran, dass Moskau genauso zu Europa gehöre wie Kiew.

Allerdings hat auch die Bundesregierung seit dem Wochenende sehr klar gemacht: Sollte Russland ernsthaft weiter mit einem militärischen Eingreifen in der Ukraine drohen oder etwa auf der Krim Fakten für eine von Russland mitkontrollierte Regionalregierung schaffen, dann wird auch sie Sanktionen unterstützen. Diese Entscheidung würde dann beim Treffen der EU-Regierungen am Donnerstag in Brüssel fallen. Ohne ein Einlenken Moskaus werde Deutschland seine vermittelnde Rolle nicht aufrecht erhalten können, warnte die Bundesregierung Putin.

REUTERS: Sanktionen gegen Russland – Gegner und Befürworter. In: reuters.com, Weltnachrichten, 05.03.2014: Online: <http://de.reuters.com/article/ukraine-russland-sanktionen-idDEBEEA2403120140305> [07.05.2017]

M43 – Unterschiedliche Interessen – Die Fronten in der Krim-Krise

Der Konflikt in der Ukraine spitzt sich zu. Russland lässt seine Truppen aufmarschieren, die NATO warnt. Worum es geht und was die EU, die USA und Russland eigentlich wollen.

Russland lässt seine Muskeln spielen. Seit vergangener Woche hat die Putin-Regierung bereits etwa 16 000 Soldaten auf die Krim entsandt – eine ukrainische Halbinsel, auf der viele russische Staatsbürger leben. Diese wolle man schützen, so Moskau. Schließlich sei die Situation nach dem Sturz des ukrainischen Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch, der eine Annäherung an die Europäische Union ablehnte, unübersichtlich. Die neue pro-europäische Regierung in Kiew spricht von einer Invasion. Russland habe „ohne Grund einen Akt der Aggression auf unserem Staatsgebiet begangen“, sagte Ministerpräsident Arseni Jazenjuk der „Bild“-Zeitung. Die Krim werde ukrainisches Territorium bleiben. Auch die Europäische Union und die USA mischen in dem unübersichtlichen Konflikt mit. Was die Akteure abseits der öffentlichen Statements antreibt und wer in der Krim-Krise als Sieger hervorgehen könnte.

Das ist der Status der Halbinsel Krim:

Die Schwarzmeer-Halbinsel Krim ist seit langem zwischen Russen und Ukrainern umstritten. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte das 26 000 Quadratkilometer große Gebiet zunächst zu Russland. Kremlchef Nikita Chruschtschow machte es 1954 zu einem Teil seiner Heimatrepublik Ukraine innerhalb der Sowjetunion – ein historischer Fehler, wie Moskaus Staatsmedien aktuell wieder betonen. Heute, 23 Jahre nach Auflösung der Sowjetunion, ist die Krim ein autonom verwalteter Teil der unabhängigen Ukraine. Von den mehr als zwei Millionen Einwohnern sind etwa 25 Prozent Ukrainer und knapp 60 Prozent Russen.

Anfang der 1990er Jahre konnte die Ukraine ihre Herrschaft über die Krim nur mühsam durchsetzen. Mit Druck verhinderte Kiew bisher ein Referendum über die Unabhängigkeit, das prorussische Kräfte nun für den 30. März anstreben. Als Zugeständnis wurde

1992 eine Autonome Republik Krim eingerichtet. Die Hafenstadt Sewastopol mit mehr als 300 000 Einwohnern gehört nicht zum Autonomiegebiet, sondern wird direkt aus Kiew verwaltet. Bereits Ende des 18. Jahrhundert baute Russland dort eine Marinebasis, die bis heute Heimathafen der Schwarzmeerflotte ist.

Im Budapester Memorandum haben die USA, Großbritannien und Russland die Unabhängigkeit und politische Integrität der Ukraine garantiert – im Gegenzug für Kiews Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag. Das Dokument wurde am 5. Dezember 1994 am Rande des KSZE-Gipfels in der ungarischen Hauptstadt unterzeichnet. Die Regierung in Kiew erhoffte sich von den Sicherheitsgarantien der Atommächte, die auch Weißrussland und Kasachstan erhielten, einen besseren Schutz vor möglichen Gebietsansprüchen. [...]

Tim Rahmann/Florian Willershausen:
Unterschiedliche Interessen – Die Fronten in der Krim-Krise.
 In : Wirtschaftswoche, 04.03.2014. Online:
www.wiwo.de/politik/ausland/unterschiedliche-interessen-die-fronten-in-der-krim-krise/9566296-all.html
 [07.05.2017]

M44 – Karikatur: Gleichgewicht der Abschreckung



„Gleichgewicht der Abschreckung“

Karikatur ©: Heiko Sakurai

M45 – Das will die Ukraine



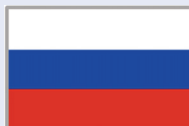
1 Ausgangspunkt des Konflikts ist die Absetzung
des bisherigen ukrainischen Ministerpräsidenten
Wiktor Janukowitsch. Auslöser für den Protest
gegen Janukowitsch war dessen Entscheidung,
5 ein unterschriftsreifes Partnerschaftsabkommen
mit der Europäischen Union auszuschlagen und
sich stattdessen Russland zuzuwenden. Viele
Anhänger der Opposition streben eine Annähe-
rung an Europa an – aber mehr noch fordern die
10 Ukrainer von ihrer Elite eine verantwortungsvol-
lere Art der Regierungsführung. Die wuchernde
Korruption und die Selbstbereicherung der
Machthaber sind viele Ukrainer im Westen wie
im Osten des Landes leid. Die teilweise gewalt-
15 samen Demonstrationen gegen Janukowitsch
gingen vor allem im Westteil des Landes von-
statten, also in der Hauptstadt Kiew oder in
Lwiw. Die Protestierenden warfen Molotow-
Cocktails auf Polizisten; Scharfschützen richteten
20 Demonstranten mit gezielten Schüssen hin.
Die Rede ist von mehreren Hundert Toten.

Die Außenminister von Polen, Frankreich und
Deutschland haben am 21. Februar mit Rücken-
deckung eines russischen Sondergesandten ei-
25 nen Kompromiss ausgehandelt. Demnach soll-
ten die Präsidentschaftswahlen vorgezogen, die
Verfassung geändert und die Opposition an der

Regierung beteiligt werden. Die Straße akzep-
tierte die Einigung aber nicht, das Parlament
30 stimmte für die Absetzung von Janukowitsch –
und der flüchtete schließlich ins Exil nach Russ-
land. Das ukrainische Parlament hat Arseni Ja-
zenjuk als neuen Ministerpräsidenten bestätigt.
Jazenjuk sagte, er wolle einer Abspaltung der
35 Halbinsel Krim keinesfalls zustimmen. Die Krim
„war und wird ein Teil der Ukraine bleiben“, sagte
der 39-Jährige. Auch, weil sie ein beliebter Ur-
laubsort für Millionen Touristen und damit ein
Geldbringer ist. [...] Die Zukunft der Ukraine liege
40 in der Europäischen Union, so die neue Regie-
rung in Kiew. Die Beziehungen zu Russland soll-
ten freundschaftlicher Natur sein. Angesichts der
drängenden Wirtschaftsprobleme der Ukraine
dürfte Jazenjuk und seinem Kabinett zunächst
45 die Aufgabe zukommen, finanzielle Hilfe von
EU und Internationalem Währungsfonds sicher-
zustellen. Die Summe hat es in sich: Nach An-
gaben des amtierenden Finanzministers braucht
das Land 35 Milliarden Dollar, um die kommen-
50 den zwei Jahre überstehen zu können.

Tim Rahmann/Florian Willershausen: Unterschiedliche Interessen – Die Fronten in der Krim-Krise. In : Wirtschaftswoche, 04.03.2014. Online: www.wiwo.de/politik/ausland/unterschiedliche-interessen-die-fronten-in-der-krim-krise/9566296-all.html [07.05.2017]

M46 – Das will Russland



1 Moskau sieht die Ukraine nicht nur als Geburts-
stätte des russischen Staats und der russisch-
orthodoxen Christenheit. Präsident Wladimir Pu-
tin hält das Land auch für einen wichtigen
5 Wirt-schaftspartner und möchte es in eine Alli-
anz der früheren Sowjetrepubliken einbinden.
Deshalb übte Russland auch gehörigen Einfluss
aus, um die Partnerschaft mit der EU zu Fall zu
bringen. Erst drohte es mit Handelssanktionen,
10 dann lockte es mit einem Kredit von 15 Milliar-
den Dollar – Geld, das die wirtschaftlich ange-
schlagene Ukraine dringend benötigt.

Putin hat den Zusammenbruch der Sowjet-
union einmal als größte geopolitische Katastro-
15 phe der Geschichte bezeichnet. Die Ukraine be-
trachtet er als sein Einflussgebiet – zumal die

Krim mit ihren mehrheitlich russischen Einwoh-
nern. Gestützt auf die Einnahmen aus dem Öl-
und Gasexport und einen niedrigen Schulden-
20 stand, fühlt sich der Kremlchef stark genug, um
die Ukraine zumindest in Teilen in sein Reich zu-
rückzuholen. Der Sturz des leicht zu beeinflus-
senden Präsidenten Janukowitsch muss er als
25 Wortbruch des Westens aufgefasst haben, des-
sen Außenminister-Trio Neuwahlen ausverhan-
delt hatte. Darum griff er zum militärischen He-
bel.

*Tim Rahmann/Florian Willershausen: Unterschiedli-
che Interessen – Die Fronten in der Krim-Krise. In :
Wirtschaftswoche, 04.03.2014. Online:
www.wiwo.de/politik/ausland/unterschiedliche-inte-
ressen-die-fronten-in-der-krim-krise/9566296-
all.html [07.05.2017]*

M47 – Das will die Europäische Union



- 1 Die Europäische Union hat wie Russland ein Interesse an den Zugang zu den ukrainischen Märkten. Darüber hinaus geht es um den Ruf Brüssels. Wenn ein Land wie die Ukraine mit
- 5 derart großem Willen nach Europa drängt, kann die EU gar nicht anders, als dem Land seine größtmögliche Unterstützung zuzusagen. Alles andere wäre ein Verrat an den eigenen Idealen.
- Der politische Gedanke der EU-Integration
- 10 bedeutet, dass der demokratisch-marktwirtschaftlich orientierte Werteraum Europa die Basis für den Frieden auf dem Kontinent ist – was den Export von Werten rechtfertigt. Würde Brüssel der Ukraine die kalte Schulter zeigen, wäre
- 15 dies nach EU-Lesart ein Verrat an den eigenen Werten. Ob und wie die Ukraine an die Europäi-
- 20 sche Union herangeführt werden kann, ist jetzt bis auf weiteres aber nicht das erste Thema. Die Ukraine braucht zunächst dringend Stabilität. Dazu gehört auch, dass der drohende Finanzkollaps abgewendet wird. Problematisch ist, dass die gewünschte Annäherung der Ukraine an die EU konträr zu den Plänen Russlands steht. Dabei ist das Land – selbst mit einem wild gewordenen
- 25 Putin im Kreml – ebenfalls ein Teil Europas, die Menschen fühlen sich als Europäer. Auch wenn eine Mehrheit vorerst wenig Verständnis für westliche Werte aufbringt.

Tim Rahmann/Florian Willershausen: Unterschiedliche Interessen – Die Fronten in der Krim-Krise. In : Wirtschaftswoche, 04.03.2014. Online: www.wiwo.de/politik/ausland/unterschiedliche-interessen-die-fronten-in-der-krim-krise/9566296-all.html [07.05.2017]

M48 – Das wollen die USA



- 1 Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen beweisen, dass sie in der Welt noch ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Die Zweifel wachsen. Und deshalb gerät US-Präsident Barack
- 5 Obama zu Hause immer stärker unter Druck. Der Republikaner John McCain, Obamas Gegenkandidat von 2008, kritisierte am Montag die „sorglose Außenpolitik“ des Präsidenten. Weil Obama Schwäche zeige, sei Russland in die
- 10 Ukraine eingefallen, denn „niemand glaubt mehr an amerikanische Stärke“.
- Wenn man schon nicht den Krim-Konflikt beeinflussen können, wie wolle man da im Atomstreit Druck auf den Iran aufbauen?, fragen
- 15 die Republikaner. Für die Obama-Regierung geht es also schlicht darum, in der Krim-Krise nicht als Verlierer dazustehen. Ein Anschluss der Krim an Russland wäre für Obama ein Desaster.

Tim Rahmann/Florian Willershausen: Unterschiedliche Interessen – Die Fronten in der Krim-Krise. In : Wirtschaftswoche, 04.03.2014. Online: www.wiwo.de/politik/ausland/unterschiedliche-interessen-die-fronten-in-der-krim-krise/9566296-all.html [07.05.2017]

M49 – Russland warnt Amerika vor Waffenlieferungen



1 Russland reagiert mit Ablehnung auf die ameri-
kanische Lieferung von militärischem Material
an die Ukraine. Es werde eine harte Reaktion
geben, denn das Vorgehen gefährde den Frieden
5 in der gesamten Region.

Nach der Lieferung erster ungepanzelter
amerikanischer Militärgeländewagen an Kiew hat
Moskau eine harte Reaktion auf eine mögliche
Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Waffen
10 angekündigt. „Waffenlieferungen aus den Ver-
einigten Staaten an die Ukraine bedrohen die
brüchige Feuerpause im Donbass und gefährden
direkt die Sicherheit Russlands“, sagte der Spre-
cher des Außenministeriums, Alexander Luka-
15 schewitsch, am Donnerstag in Moskau. Russland
werde aufrüsten, sollte dies geschehen. Die Ver-
einigten Staaten hatten am Mittwoch 10 von
insgesamt 230 Geländefahrzeugen nach Kiew
geliefert.

20 Am Mittwoch hatte der Sprecher des tsche-
chischen Parlaments Dukuvachi Abdurach-
manova, gedroht, Waffen an Mexiko zu liefern,
sollte Amerika Waffen in die Ukraine schicken.
Dmitrij Peskow, der Sprecher des russischen Prä-
25 sidenten Wladimir Putin, widerrief diese Aussage
jedoch. Kein Subjekt der Russischen Föderation
dürfe mit anderen Staaten handeln, sagte er mit
Hinweis auf die Rechtsprechung. Die Lage im
Kriegsgebiet Donbass habe sich zuletzt ent-
30 spannt, sagte Lukaschewitsch nach Angaben der
Agentur Interfax. „Mit vorsichtigem Optimismus
kann man von einer allmählichen Beruhigung
sprechen.“

Der Führung in Kiew warf Lukaschewitsch vor,
35 sich nicht an das Minsker Abkommen vom 12.
Februar zu halten. Russland verdächtigt die
Ukraine, sich den Donbass mit Gewalt von pro-
russischen Aufständischen zurückholen zu wol-
len. Beobachter warnen vor einer neuen Eskala-
40 tion.

Der russische Vizeaußenminister Grigori Ka-
rassin betonte nach einem Vierertreffen mit Ver-
tretern Deutschlands, Frankreichs und der Ukrai-
ne am späten Mittwochabend in Paris, Russland
45 sei zudem zu einem neuen Treffen auf Minis-
terebene bereit. Er forderte die ukrainische Re-
gierung zu einem direkten Dialog mit den Se-
paratisten auf. Kiew erkennt die
„Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk nicht an
50 und lehnt daher solche Gespräche ab, wie der
ukrainische Vertreter erklärte. Die ukrainische
Armee und die Aufständischen berichteten von
Dutzenden Verstößen gegen die seit Mitte Feb-
ruar geltende Feuerpause im Kriegsgebiet.

55 [...] Wegen der gespannten humanitären La-
ge in der Konfliktzone schickte Russland einen
weiteren umstrittenen Konvoi mit mehr als
1600 Tonnen Hilfsgütern nach Donezk und Lu-
hansk. Die Regierung in Kiew kritisiert die Trans-
60 porte als Verstoß gegen ihre Souveränität.

*Okü/dpa: Russland warnt Amerika vor Waffenliefe-
rungen. In Frankfurter Allgemeine, 26.03.2015. Online:
www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/russ-
land-warnt-amerika-vor-waffenlieferungen-an-ukrai-
ne-13507795.html [07.05.2017]*

M50 – Frankreich übt sich in Zurückhaltung



1 Präsident Hollande tritt in der Ukraine-Krise we-
niger forsch auf als in früheren Konflikten. Dafür
gibt es gute Gründe, auch wirtschaftliche. Oh-
nehin hatte sich Frankreich bisher kaum für die
5 Zukunft des Landes interessiert.

Sein Vorgänger Nicolas Sarkozy hatte sich in
der Kaukasus-Krise 2008 zum Chefvermittler
aufgeschwungen und eine forsch Krisendiplo-
matie verkörpert. François Hollande dagegen
10 fällt im Kräfteessen mit Russland durch Zu-
rückhaltung und eine gewisse Diskretion auf. Der
französische Präsident begründet die Vorsicht
mit dem Bestreben, die fragile Einheit Europas
zu bewahren. „Europa muss weiterhin mit einer
15 Stimme sprechen“, sagte Hollande in Brüssel.
Die Rücksichtnahme auf die europäischen Part-
ner bedeutet nicht, dass der Präsident nicht auch
den direkten Draht zu den wichtigsten Protago-
nisten in der Krise suchen würde. Am Freitag
20 empfing er den ukrainischen Oppositionspoliti-
ker Vitali Klitschko sowie den früheren ukrai-
nischen Außenminister Petro Poroschenko im Ely-
sée-Palast.

Zuvor hatte er mit dem russischen Präsiden-
25 ten Wladimir Putin telefoniert und sich ausführ-
lich mit dessen Außenminister Sergej Lawrow
unterhalten. Auch traf er mit dem ukrainischen
Interimsaußenminister in Paris zusammen. Doch
setzte sich Hollande nicht als Chefunterhändler
30 in Szene, wie dies Sarkozy während der
Georgien-Krise vorgeführt hatte. Selbst als dank
der lange geplanten Libanon-Konferenz der Ely-
sée-Palast zum Schauplatz der internationalen
Krisendiplomatie wurde, verzichtete Gastgeber
35 Hollande darauf, sich mit einem Presseauftritt
zu exponieren. Dabei hat der Präsident in der
Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass er es
nicht scheut, auf internationalem Parkett Farbe
zu bekennen. In der Syrien-Krise etwa preschte

40 er im vergangenen Jahr weit vor, ließ einen mili-
tären Vergeltungsschlag vorbereiten und
wurde schließlich von Präsident Obama des-
avouiert. Seither ist er vorsichtiger geworden.

Wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel

45 Hollande ist von der Entwicklung in der
Ukraine überrascht worden. Anders als die Bun-
deskanzlerin, die im November vor dem Bun-
destag das geplante Partnerschaftsabkommen
mit der EU erläuterte, unterrichtete Premiermi-
50 nister Jean-Marc Ayrault die Nationalversamm-
lung nicht darüber. Überhaupt stieß die Zukunft
der Ukraine in der öffentlichen Meinung nur auf
geringes Interesse. Hollande hob wiederholt her-
vor – um die erweitungsmüden Franzosen zu
55 beruhigen –, dass eine EU-Mitgliedschaft der
Ukraine nicht angestrebt werde. Als die Unter-
zeichnung des EU-Partnerschaftsabkommens
beim Gipfeltreffen von Vilnius Ende November
scheiterte, interessierte sich Paris gerade mehr
60 für die Zuspitzung der Lage in der Zentralafrika-
nischen Republik.

Das ist inzwischen anders. Aber der Präsident
überlässt das Terrain lieber seinem Außenmi-
nister Laurent Fabius. Dieser hat Russland am
65 Freitag mit weiteren Sanktionen gedroht, sollte
es in der Krim-Krise nicht einlenken. Die neuen
Sanktionen könnten russische Geschäftsleute
und „Personen im Umfeld von Wladimir Putin“
treffen, sagte Fabius im Radiosender France Info.
70 „Es könnten Konten eingefroren, Termine ab-
gesagt und Visa verweigert werden“, sagte Fabi-
us.

Die Krise sei „vielleicht die schwerste seit
dem Kalten Krieg“, so der Außenminister. Auch
75 für Frankreich stehen bei einer strikten Sankti-
onspolitik mit Repressalien von russischer Seite
wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Anders
als Deutschland ist das Land in der Energiever-

sorgung relativ unabhängig von Russland, was
80 sich vor allem mit der resoluten Atomkraftstra-
ategie des Landes erklärt. Doch französische
Großbanken wie die Société Générale oder Cré-
dit Agricole, der Luxusgüterhersteller LVMH,
französische Weingüter sowie der Automobil-
85 konzern Renault sind in Russland stark engagiert.
Frankreich hat mit Russland zudem den Verkauf
von zwei der hochmodernen Hubschrauberträ-
ger vom Typ Mistral vereinbart. Das unter Sar-
kozy besiegelte Geschäft war damals auf harsche
90 Kritik in den baltischen Staaten und in Amerika
gestoßen. Der erste Hubschrauberträger, der auf

den Namen „Wladiwostok“ getauft werden soll,
wird schon im Herbst in Saint-Nazaire fertigge-
stellt. Das zweite Kriegsschiff soll 2017 überge-
95 ben werden. In Saint-Nazaire geht unter der Be-
legschaft schon die Sorge um, dass das
Milliardengeschäft noch platzen könnte.

*Michaele Wiegel: Frankreich übt sich in Zurückhaltung.
In: Frankfurter Allgemeine, 08.03.2014. Online:
[www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/krise-
in-der-ukraine-frankreich-uebt-sich-in-zurueckhal-
tung-12836490.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/krise-in-der-ukraine-frankreich-uebt-sich-in-zurueckhaltung-12836490.html) [07.05.2017]*

M51 – Ungarn will die Ukraine als Puffer zu Russland



1 Ungarns rechtsnationaler Premier Orbán plädiert für einen mittelfristigen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Sein Verhältnis zu dem von ihm bewunderten Putin ist mittlerweile zwi-
5 spältig.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán gilt in der EU als einer der wenigen Verbündeten von Russlands Präsident Putin. Er hat sich mit am deutlichsten über die EU-Sanktionen
10 gegen Russland beschwert. Europa schieße sich damit „selbst in den Fuß.“ Im Handelsblatt-Interview vollzieht der rechtsnationale Politiker eine Kehrtwende. Orbán plädiert nun für einen mittelfristigen EU-Beitritt der Ukraine.

15 „Aus unserer Sicht ist die Mitgliedschaft der Ukraine wünschenswert, dafür muss das Land aber politisch und wirtschaftlich stabil sein und seine Grenzen kontrollieren können“, sagte Orbán dem Handelsblatt. Vor einem solchen
20 Schritt müssten aber die wirtschaftlichen Probleme der Ukraine gelöst werden. Noch könne das Land nicht auf eigenen Beinen stehen, so der Chef der rechtsnationalen Fidesz-Partei. „Wir müssen klären, wer die jährlich 25 Milliarden Euro zahlt, die nötig wären, die Ukraine aufrecht zu erhalten. Das sind die Kosten für das
25 Nicht-EU-Mitglied Ukraine.“

Die Regierung in Budapest wünscht sich, die Ukraine als Puffer zu Russland zu etablieren.
30 „Wir haben ein Interesse daran, dass es etwas gibt zwischen Ungarn und Russland – und das ist die souveräne Ukraine“, sagte Orbán. „Wir haben eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion gehabt, und es hat lange gedauert, bis
35 wir die losgeworden sind. Wir wollen das Ding nicht wiederhaben.“

Der Chef der rechtspopulistischen Fidesz-Partei selbst habe den Kalten Krieg 26 Jahre miterlebt und wisse, was das bedeute. „Meine Generation in Ungarn will das Leben nicht zu Ende bringen, wie wir es begonnen haben“, sagte Orbán. Die Mitteleuropäer seien Russland am nächsten. Deshalb müssten jetzt ihre strategischen Interessen im Mittelpunkt stehen. „Wir
40 haben in den Kriegen in Afghanistan und im Irak unseren Bündnispartnern beigestanden. Jetzt sollten die Anderen auch solidarisch mit uns sein.“ [...]

Jan Mallien/Hans-Peter Siebenhaar: Ungarn will die Ukraine als Puffer zu Russland. In: Handelsblatt, 24.11.2014. Online: www.handelsblatt.com/politik/international/premier-orbn-ungarn-will-die-ukraine-als-puffer-zu-russland/11022238.html [07.05.2017]

M52 – Polen „Eine Atom-Supermacht Europa würde ich begrüßen“



1 Jaroslaw Kaczynski wünscht sich im F.A.Z.-Gespräch eine militärisch stärkere EU als Gegengewicht zu Russland. Vor Merkels Besuch in Warschau hat er auch zur Bundestagswahl eine klare
5 Meinung.

Jaroslaw Kaczynski denkt laut über die atomare Aufrüstung der europäischen Union. Der Vorsitzende der nationalkonservativen polnischen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), sagte im Gespräch mit der Frankfurter
10 Allgemeinen Zeitung, er begrüße die Idee einer atomaren „Supermacht“ Europa. Mit Blick auf die wachsenden Spannungen zwischen West und Ost müsste man allerdings dafür „zu gewaltigen Ausgaben bereit sein“, und das sehe er
15 nicht, so Kaczynski gegenüber der F.A.Z. „Eine eigene Atomkraft müsste mit Russland mithalten können.“ [...]

Im Gespräch hat Kaczynski auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gelobt und den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz scharf kritisiert. In Bezug auf die Bundestagswahl im September sagte er: „Es gilt, dass Frau Merkel für uns das Beste wäre.“ An Schulz dagegen störe
20 ihn dessen „Hang zu Russland“. Außerdem sollten Leute, die wichtige Funktionen anstreben, sich im Griff haben. Schulz aber sei berühmt für

Unbeherrschtheit, für Angriffe, für Geschrei. „Er ist ein linker Ideologe. Frau Merkel hat sich nie
30 so antipolnisch geäußert wie er.“

Die Kanzlerin wird an diesem Dienstag zum ersten Mal seit dem Machtantritt der PiS im Jahr 2015 Polen besuchen. Schulz hatte im vergangenen Jahr die Versuche der Nationalkonservativen gerügt, das polnische Verfassungsgericht zu blockieren. Merkel dagegen hat sich hier stets zurückgehalten. Vor allem ihr Auftreten in Bezug auf Russlands Krieg in der Ukraine hat in Polen viele beeindruckt.
35

„Der Krieg in der Ukraine hat die Lage verändert,“ sagte Kaczynski der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Merkel unterstützt die Sanktionen gegen Russland. Auch, dass Deutschland Soldaten an die Ostflanke der Nato entsendet,
40 ist positiv.“ Die von Merkel zur Sprache gebrachte Möglichkeit eines „Europa mit verschiedenen Geschwindigkeiten“ kommentierte Kaczynski indes kritisch. Eine solche Idee „kommt immer wieder und verschwindet dann“, sagte er der
45 F.A.Z. „Zur Zeit nehmen wir das nicht ernst.“

Kaczynski in der F.A.Z.: „Eine Atom-Supermacht Europa würde ich begrüßen.“

In: Frankfurter Allgemeine, 06.02.2017. Online: www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-kaczynski-macht-werbung-fuer-angela-merkel-14859897.html [07.05.2017]

M53 – Steinmeier kritisiert Akteure im Ukraine-Konflikt



1 Außenminister Steinmeier hat den Konfliktparteien im Ukraine-Konflikt mangelnden Willen zu Fortschritten im Friedensprozess vorgeworfen. „Keine Organisation wird einen Waffenstill-

5 stand erzwingen können, wenn der politische Wille fehlt“, so Steinmeier in seiner Rede beim OSZE-Ministerrat in Hamburg.
Zwar habe das Abkommen von Minsk den Weg zu einer friedlichen Konfliktlösung geebnet,
10 doch „dieser Weg muss auch von allen gegangen werden“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Dies geschehe jedoch viel zu langsam und „Waffenstillstandsvereinbarungen werden eher als Empfehlungen betrachtet, denn als verpflichtendes Gebot“. Dies
15 sei nicht zufriedenstellend.

Offene Kritik an Russland

20 Steinmeier forderte vor allem „einen neuen Impuls“ für den Rückzug schwerer Waffen und eine Entflechtung der Konfliktlinien. Er dankte in diesem Zusammenhang den OSZE-Beobachtern vor Ort für ihre gefährliche Arbeit und forderte
25 die Mitgliedsländer auf, für die Mission erforderliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Steinmeier kritisierte wieder die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland. „Wir werden auch die Krim nicht vergessen“, sagte Steinmeier weiter.
30 „Sie wurde völkerrechtswidrig annektiert“, kritisierte er die russische Inbesitznahme der zur Ukraine gehörenden Halbinsel vor knapp drei Jahren. Bis heute hätten Institutionen der OSZE dort keinen Zugang, warf der Bundesaußenminister
35 Russland vor. Auch US-Außenminister

John Kerry prangerte in Hamburg die russische „Besetzung der Krim“ sowie die „Aggression“ in der Ost-Ukraine an. Nachdrücklich drängte er ebenfalls zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, um „Leid und Stillstand zu beenden“. Kerry mahnte allerdings auch die Ukraine, beim Kampf gegen Korruption voranzukommen.

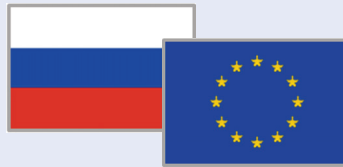
Moskau weist Vorwürfe zurück

45 Russlands Außenminister Sergej Lawrow wies die Vorhaltungen zurück. Wer an einem Dialog interessiert sei, sollte dem Partner „nicht mit Ansprüchen und Vorwürfen kommen“, sagte er in seiner Rede. Auch müsse ein solcher Austausch auf Augenhöhe stattfinden. „Es gibt keine Alternative zu einem direkten Dialog zwischen Kiew und dem Donbass“, forderte Lawrow die ukrainische Regierung zu Verhandlungen mit
50 den prorussischen Separatisten auf.

„Die Krim bleibt ein integraler Bestandteil der Ukraine“, sagte der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin. Auch sei es für sein Land „nicht akzeptabel“, im Donbass „ein russisches
60 Protektorat rechtlich anzuerkennen“. Klimkin machte Russland für Zehntausende Tote in der Ost-Ukraine und Millionen Vertreibungen verantwortlich und rief dazu auf, „die russische Aggression zu stoppen, indem wir die Minsker Vereinbarung umsetzen“. [...]

afp: Steinmeier kritisiert Akteure im Ukraine-Konflikt. In: ZDF heute, 08.12.2016. Online: www.heute.de/osze-treffen-in-hamburg-steinmeier-kritisiert-akteure-im-ukraine-konflikt-46068726.html [07.05.2017]

M54 – Russlands Energielieferungen in die EU



1 Die Krim-Krise: Wechselseitige Abhängigkeiten, langfristige Kollateralschäden und strategische Handlungsmöglichkeiten der EU.

5 Russland bleibt zumindest auf mittlere Sicht das Rückgrat der Energieversorgung in Europa. Zwar existieren Puffer, sollten Lieferungen über die Ukraine ausfallen, doch ansonsten bestehen kurzfristig nur wenig Alternativen. Mittel- bis langfristig hat Europa aber Möglichkeiten zu diversifizieren. Damit wachsen auch außenpolitische Handlungsspielräume. Es gibt starke wechselseitige Abhängigkeiten und die ökonomische Vernunft gebietet es eigentlich, den politischen Konflikt nicht auf die Wirtschafts- und die Energiebeziehungen zu verlagern. Andernfalls zöge dies für beide Seiten massive ökonomische Nachteile nach sich.

20 Die Sorge ist groß, dass die Krim-Krise, die Gefahr militärischer Eskalation und eine weitere Destabilisierung der Ukraine die Gaslieferungen an und durch das Land beeinträchtigen könnten. Auch könnte sich die Eskalationsspirale von Sanktionen und Gegenreaktionen zwischen Russland und dem Westen auf den Energiehandel ausdehnen. Eigentlich sollte die ökonomische Vernunft beiderseits überwiegen. Weder Russland noch die EU kann ein Interesse daran haben, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu gefährden. Allerdings stehen ökonomische Interessen politischen heute diametral entgegen. Was heißt das für die vielbeschworene Zuverlässigkeit der russischen Energielieferungen? Nüchtern betrachtet hat Russland solche Lieferungen genutzt, um politische Interessen zu verfolgen. Nirgendwo lässt sich das besser beobachten als in der Ukraine [...]

Russlands Energie an die EU

40 Russland ist Europas Hauptenergielieferant. Etwa 30 Prozent der EU-Gasversorgung und 35 Prozent der EU-Ölimporte kommen aus Russland. Deutschlands Abhängigkeit liegt mit 36 Prozent bzw. knapp 39 Prozent noch höher. Dabei sind zuletzt die Gasimporte aus Russland wieder gestiegen. Aber auch Russlands Abhängigkeit von Energieexporten ist hoch. Jüngst hat sich das Wirtschaftswachstum dort deutlich verlangsamt und der Kapitalabfluss verstärkt; die Industrieproduktion stagnierte. Der Kurs des Rubel gegenüber dem US-Dollar ist auf Tiefstand. Der staatliche Reservefonds, der dem russischen Staat finanziellen Spielraum gibt, hat sich seit 2009 fast halbiert und liegt aktuell bei rund 9 Prozent des BIP. Die Krim-Krise ließ die Moskauer Börsenkurse kurzfristig in den Keller fallen. Russlands ökonomische Reputation ist beschädigt. Öl und Gas machen fast 70 Prozent der russischen Exporte aus. Die Hauptmengen gehen nach Europa. Russland wäre vor allem finanziell von einer Einschränkung des Energiehandels betroffen, was sich aber nicht unmittelbar auswirken würde. Erdgas trägt nur mit ungefähr 5 Prozent zum Staatshaushalt bei. [...]

65 Alternative Bezugsquellen

70 Eine breite Diversifizierung ist nur schrittweise möglich und dauert je nach Option Jahre oder gar mehr als eine Dekade, wollte man den russischen Anteil signifikant verringern. Aber Deutschland und Europa müssten schon heute die Weichen stellen, was an sich schon eine wichtige Botschaft an Moskau wäre. Trotz der Fracking-Revolution in den USA hat Russland sich als größter Energieexporteur weltweit behauptet [...]

Fazit und Empfehlungen

Das Verhältnis zu Russland und die russisch-ukrainischen Gaskonflikte waren für gemeinsame Außen- und Energiepolitik stets Dreh-, An-
 80 gel- und Streitpunkt. Allem Auseinanderdriften über diesen kontroversen Fragen zum Trotz hat de facto aber die EU-Kommission ohnehin schon eine wachsende Rolle im bilateralen Ver-
 85 hältnis zu Russland. Schwierige Fragen wie South Stream, Drittes Binnenmarktpaket und Antiwettbewerbsverfahren gegen Gazprom liegen allesamt in Brüssel. Die Krim-Krise lässt dennoch erhebliche Kollateralschäden für die Zusammen-
 90 arbeit der Mitgliedstaaten bei der Energie- und Klimapolitik sowie die Energie-Außenpolitik befürchten. Verschärft wird dies dadurch, dass auch die gemeinsame Energie- und Klimapolitik mit

der Diskussion um die Ziele 2030 an einem kri-
 95 tischen Punkt ist. [...] Diversifizierung ist geboten, wird aber kostspielig sein und ist nur im europäischen Verbund zu leisten. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind entscheidende Bausteine. Wer sie in der EU nur als teures
 100 Beiwerk einer Klimapolitik abtut, sollte sich bewusstmachen, dass über ein Viertel der Steinkohleimporte aus Russland kommt. Zudem ist Russland wichtiger Uranlieferant. Diversifizierung brächte auch die Dividende eines erwei-
 105 terten außenpolitischen Handlungsspielraums mit sich.

Kirsten Westphal: Russlands Energielieferungen in die EU. In: Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit (Hg.) (2014): SWP-Aktuell 11/März 2014. Online: www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A11_wep.pdf [07.05.2017]

Lehrermaterial zu M41, M42 – Überblick der Positionen

Die Rolle der EU in der Ukraine-Krise: Sanktionen gegen Russland?

Hardliner

USA, Kanada, Schweden, osteuropäische Staaten (Polen, Ungarn)

- > Geografisch weiter entfernt von Eskalation in Europa (Reichweite von Waffen?)
- > Keine Abhängigkeit von Gaslieferungen.
- > Keine wichtigen Handelsbeziehungen.
- > Tendenz zu schnellen harten Antworten.
- > Die USA können nicht tatenlos zusehen, wie Russland die Krim annektiert, dies würde innenpolitisch wie außenpolitisch als Schwäche ausgelegt werden.
- > USA liefert Waffen zur Verteidigung an die Ukraine – und Russland damit ein deutliches Zeichen.
- > Ungarn: Früher Verbündeter Russlands, nun Kehrtwende: Ukraine soll EU-Mitglied werden (als Puffer für sein Land zu Russland dienen), Klärung Übernahme der Kosten für wirtschaftliche Stabilisierung der Ukraine.
- > Polen: EU als Atommacht als Gegenpart zu Russland, harte Linie gegenüber Russland.

Bremser

Frankreich, (GB), südliche EU-Staaten

- > London befürchtet Verlust von Anziehungskraft russischer Oligarchen für Investitionen.
- > Südländer Priorität bei Überwindung der Wirtschaftskrise (und damit gegen Sanktionen).
- > Angst vor Kosten der Stabilisierung der Ukraine in der EU.
- > Abhängigkeit von Energielieferungen.
- > Frankreich: wenig Interesse an Zukunft der Ukraine.
- > Unabhängiger von Russland in Energiefragen dank Atompolitik, jedoch stehen wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel, insbesondere in der Rüstung (Kriegsschiffe) sowie französischer Firmen, wie Renault, die sich in Russland engagieren.
- > Frankreich strebt keine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU an.
- > Frankreich übt sich zwar in Zurückhaltung, trägt bezüglich der Krim-Krise die Sanktionen jedoch mit.

Mittler

Deutschland

- > Vermeidung der Störung der engen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.
- > Zweifel an Wirksamkeit von Sanktionen gegenüber einem vom Sinn des Eingreifens in der Ukraine überzeugten Russlands?
- > Internationale Gemeinschaft ist auf russische Kooperation beim Thema Iran oder Syrien angewiesen.
- > Moskau/Russland gehöre ebenfalls zu Europa.
- > Verhalten auf der Krim für Deutschland entscheidend, ob es sich den Hardlinern oder den Bremsern in punkto Sanktionen anschließen würde.
- > Abhängigkeit von Energielieferungen.
- > Forderung nach Stopp Lieferung schwerer Waffen.
- > Deutschland pocht auf Einhaltung des Völkerrechts.

Betroffener**Ukraine**

- > Die Ukraine sieht die Krim als Teil der Ukraine (wichtig für den Tourismus).
- > Russland wird als Invasor gesehen, will die Ukraine an sich binden.
- > Regierung pro-Europäisch, will Assoziationsabkommen mit der EU.
- > Bevölkerung beklagt Korruption.

Verteidiger oder Aggressor?**Russland**

- > In der NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen des Landes wird eine Bedrohung der Sicherheitsinteressen Russlands gesehen.
- > Sorge, dass die Revolution auf dem Majdan der innerrussischen Opposition als Vorbild dienen könne.
- > Es gilt, zur Not auch russische Minderheiten in anderen Ländern zu schützen.
- > Strebt gemeinsamen eurasischen Wirtschaftsraum mit Ukraine als wichtiger Teil davon an (und nicht die Ukraine als Teil der EU).
- > Ukraine als Geburtsstätte des russischen Staats und der russisch-orthodoxen Christenheit.
- > Misstrauen in Aushandlung der Neuwahlen in der Ukraine als Versuch des Westens, die Ukraine für die EU zu gewinnen.
- > Russland verweist auf die Verhandlungen zwischen Pro-Russischen Separatisten und der ukrainischen Regierung (und zieht sich damit aus der Verantwortung zurück).
- > Energielieferungen an Europa und die Ukraine als politisches Druckmittel.

Lernaufgabe

Quo vadis, Europa? Droht die EU im Spannungsfeld zwischen nationalen Einzel- und europäischen Gesamtinteressen auseinander zu brechen?

Derzeit werben mehr denn je EU-Gegner wie auch –Befürworter, seriöse Experten wie auch demagogische Populisten um die Gunst der Wähler, werden nationale Wahlen zu „Schicksalstagen“ für die Zukunft der EU ausgerufen. Bei der Vielzahl an Zukunftsszenarien fällt es dem mündigen Bürger nicht leicht, den Überblick zu behalten.

Hier kommen Sie ins Spiel: Nach dem Vorbild des **Wahl-O-Mats*** können Sie eine Internetseite erstellen, auf der Bürger die von Ihnen formulierten Fragen zu deren Zustimmung zu Thesen oder Aussagen zur Zukunft der EU beantworten können. Am Ende erhält jener ein seriöses Ergebnis, zu welchem Modell bzw. Zukunftsszenario er eher neigt. Im dritten Modul erhalten Sie die hierzu nötigen Ausgangsmaterialien mit sämtlichen benötigten Hintergrundinformationen (auch zur weiteren Recherche).

- > Erstellen Sie nach Auswertung der Zukunftsszenarien der EU nach Vorbild des **Wahl-O-Mats** einen Fragenkatalog, mit der sich die Zustimmung zu den verschiedenen Positionen messen lässt. Gestalten Sie darüber hinaus – evtl. in Kooperation mit dem Informatikkurs zur technischen Umsetzung – eine Internetseite, die die Auswertung für Sie übernimmt und dem Nutzer auf Basis seiner Antworten sein persönliches Ergebnis präsentiert. Erläutern Sie auf der Seite die verschiedenen Modelle in Kurzform. Beschreiben Sie auch für andere interessierte Kurse, wie Sie vorgegangen sind und welche Probleme Ihnen Kopfzerbrechen bereitet haben.

Weitere Informationen und Anregungen zur Erstellung eines eigenen Wahl-O-Mats findet man im Internet u. a. unter www.medienpaedagogik-praxis.de/2015/03/10/wahl-o-mat-selbst-machen-mit-dem-mahlowat/ sowie www.medienvilla.com/index.php?id=125.

Hinweise für Lehrerinnen und Lehrer

Die kompetenzorientierte Lernaufgabe soll die Schüler/-innen anleiten, sich auf problemorientierte Weise mit dem Thema der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auseinander zu setzen. Sie dient den Schüler/-innen als „roter Faden“ während der Bearbeitung der Materialien des Moduls und verbindet letztere miteinander. Am Ende ihres Lernprozesses dürften die Schüler/-innen über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um ein Produkt als Ergebnis ihres Lernprozesses zu erstellen und die gewählten Lernwege zu reflektieren.

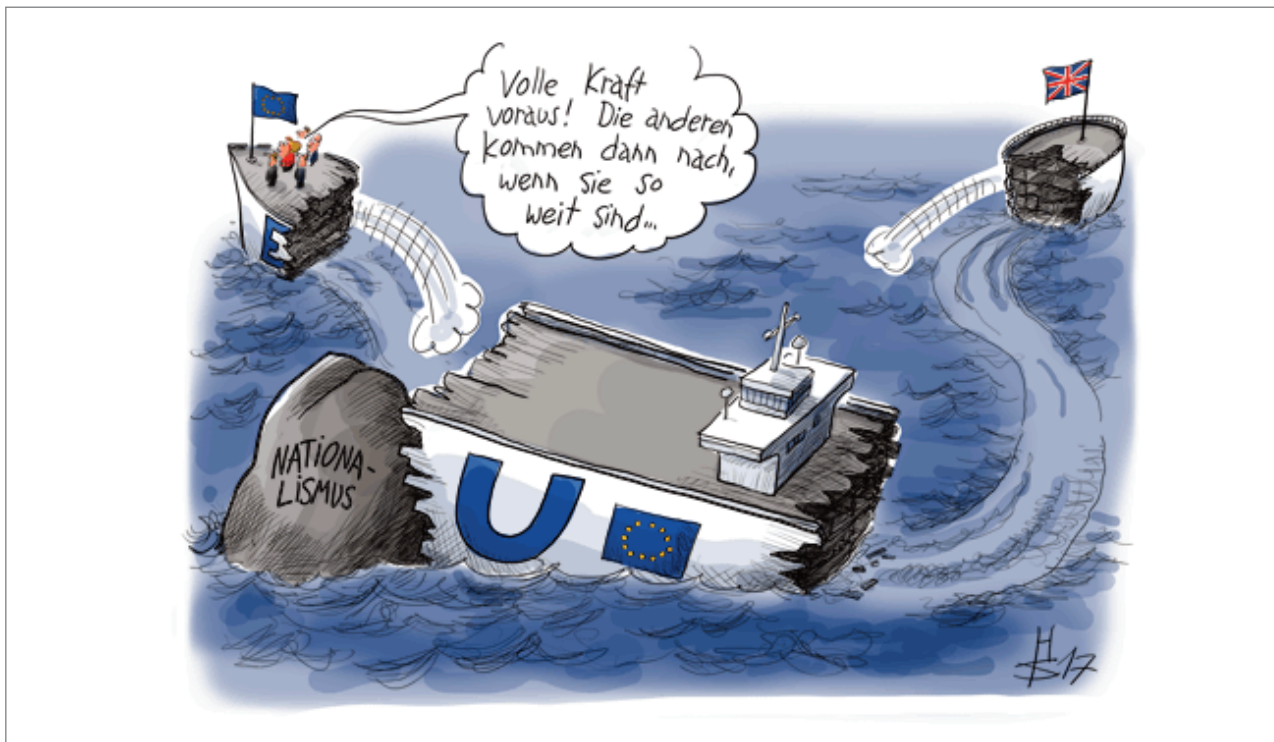
Schematische Zusammenfassung der Arbeitsschritte einer kompetenzorientierten Lernaufgabe

- > Formulierung einer für alle Schüler identischen Handlungs- und Problemlösesituation
- > Anknüpfung an das Vorwissen und Aktivieren von Erfahrungen
- > Darstellung der ergebnisorientierten komplexen Aufgabe mit klarer Zielformulierung
- > Durchlauf der einzelnen Teilaufgaben
- > Angebote zur Differenzierung durch strategische Hilfen zur individuellen Auswahl
- > Weitere herausfordernde Aufgaben mit echtem Mehrwert zur vertiefenden Auseinandersetzung
- > Erstellen des Produkts
- > Feedback und Bewertung einer Lernaufgabe (keine Benotung)

*Martina Adler [et al.]: Kompetenzorientierte Lernaufgaben. Von der Formulierung bis zur Bewertung.
In: Praxis Schule 04/2015. Westermann. Braunschweig.*

* Beispiel der Bundeszentrale für politische Bildung: Wahl-O-Mat zur Landtagswahl NRW:
www9.wahl-o-mat.de/nrw2017/main_app.php?vt=1496878815

M55 – Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten – und Richtungen



Karikatur ©: Heiko Sakurai

Aufgabe

- > Analysieren Sie die Karikatur, indem Sie zunächst beschreiben, was in ihr abgebildet ist und ermitteln Sie anschließend die dargestellten Probleme der EU!

M56 – Zur Lage der EU – Macht und Ohnmacht

Nicht erst das Ergebnis des Referendums der Briten vom 23. Juni 2016 verdeutlicht, dass sich die Europäische Union in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung befindet. Dominierten Integrationskonzepte und -theorien über die Zukunft der EU lange die Diskussion, markiert der Brexit insofern eine Zäsur, da er beweist, dass die Europäische Integration auch umkehrbar ist. Nicht zuletzt das Zerren um eine gemeinschaftlich getragene europäische Lösung in Form eines gerechten Verteilungsschlüssels von Flüchtlingen zeigt die Uneinigkeit ihrer Mitgliedsstaaten.

Befindet sich die EU an der Schwelle zu ihrer Auflösung? Oder zerbricht sie in ihre Teile, Integrationswillige auf der einen, -unwillige auf der anderen Seite, die ihre Zukunft und vermeintlich wiedergewonnene Selbstbestimmung in den Grenzen ihres Nationalstaats suchen? Oder läuft alles wie bisher weiter? So sind die Augen gespannt auf die nächsten Wahlen auf dem Kontinent gerichtet, deren Ergebnis als Wegweiser für die Zukunft der EU gesehen werden.

Jean-Claude Juncker, der gegenwärtige Präsident der Europäischen Kommission, äußerte sich in seiner Rede vom 14. September 2016 zur „Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“ kritisch.

Thorsten Wolk

Aufgaben

- > Analysieren Sie die Rede von Jean-Claude Juncker im Hinblick auf die von ihm ausgemachten Probleme, welche die EU gegenwärtig lähmen.
- > Erläutern Sie, welche EU Juncker vorschwebt.
- > Beurteilen Sie kritisch, ob in diesen von Juncker benannten Problemen die Hauptursache der Krise der EU zu sehen sind und bewerten Sie die bisherigen Schlussfolgerungen bzw. Lösungsansätze.

- 1 Herr Präsident [des Europa-Parlaments],
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
vor einem Jahr stand ich hier und habe Ihnen
gesagt, dass unsere Union in keinem guten Zu-
5 stand ist –, dass es an Europa fehlt in dieser Uni-
on und an Union fehlt in dieser Union.
Ich werde mich heute nicht hinstellen und
Ihnen sagen, dass nun alles in Ordnung ist.
Denn das ist es nicht.
- 10 Lassen Sie uns eine ganz ehrliche Diagnose
stellen.
Unsere Europäische Union befindet sich –
zumindest teilweise – in einer existenziellen Kri-
se.
- 15 Im Laufe des Sommers habe ich aufmerksam
zugehört, wenn mir die Abgeordneten dieses
Parlaments, Regierungsvertreter, viele nationale
Parlamentarier und europäische Bürgerinnen
und Bürger erzählt haben, was ihnen auf dem
20 Herzen liegt.
Ich habe mehrere Jahrzehnte europäischer
Integration miterlebt. Es gab viele starke Mo-
mente. Und natürlich gab es auch schwierige
Zeiten und Krisenzeiten.
- 25 Aber nie zuvor habe ich so wenige Gemein-
samkeiten zwischen unseren Mitgliedstaaten ge-
sehen. So wenige Bereiche, bei denen sie sich
darauf einigen können, zusammenzuarbeiten.
Nie zuvor habe ich so viele Spitzenpolitiker
30 nur von ihren innenpolitischen Problemen reden
hören, wobei Europa stets nur beiläufig erwähnt
wurde – wenn überhaupt.
Nie zuvor habe ich erlebt, dass Vertreter
der EU-Institutionen ganz andere Prioritäten
35 setzen – manchmal sogar in direktem Wider-
spruch zu den nationalen Regierungen und den
nationalen Parlamenten. Gerade so, als gäbe es
kaum noch Schnittpunkte zwischen der EU und
den Hauptstädten ihrer Mitgliedstaaten.
- 40 Nie zuvor habe ich nationale Regierungen
derart von populistischen Kräften geschwächt
und von drohenden Wahlniederlagen gelähmt
gesehen.
Nie zuvor habe ich so viel Spaltung und so
45 wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen. [...
]
- Ich bin gerade vom G20-Treffen in China zu-
rückgekommen. Europa besetzt sieben Stühle
am Tisch dieses wichtigen globalen Forums. Und
50 doch gab es – trotz unserer großen Präsenz –
mehr Fragen als wir gemeinsame europäische
Antworten hatten.
Wird Europa also weiterhin in der Lage sein,
Handelsvereinbarungen zu treffen und Wirt-
55 schäfts-, Sozial- und Umweltstandards für die
Welt zu gestalten?
Wird sich die europäische Wirtschaft endlich
erholen oder für die nächsten zehn Jahre in ge-
ringem Wachstum und niedriger Inflation fest-
60 stecken?
Wird Europa weiterhin weltweit führend sein,
wenn es um den Kampf für die Menschenrechte
und Grundwerte geht?
Wird Europa die Stimme erheben und mit
65 einer Stimme sprechen, wenn territoriale Inte-
grität bedroht – und Völkerrecht verletzt wird?
Oder wird Europa vom internationalen Par-
kett verschwinden und es anderen überlassen,
die Welt zu gestalten?
- 70 Ich weiß, dass Sie hier in diesem Haus nur
allzu bereit wären, klare Antworten auf diese
Fragen zu geben. Aber wir müssen unseren Wor-
ten gemeinsame Taten folgen lassen. Sonst blei-
ben es nur: Worte. Und mit Worten allein kön-
75 nen wir keinen Einfluss auf das Weltgeschehen
nehmen. [...]

Nur gemeinsam sind und bleiben wir eine Kraft, mit der man rechnen muss.

80 Doch selbst wenn Europa stolz darauf ist, eine weltgewichtige Soft Power zu sein, dürfen wir nicht naiv sein. Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus.

85 Denken Sie an den blutigen Konflikt um Syrien. Seine Folgen treffen Europa unmittelbar. In IS-Lagern ausgebildete Terroristen verüben Anschläge in unseren Städten. Doch wo ist die Union, wo sind ihre Mitgliedstaaten, wenn über
90 eine Lösung verhandelt wird?

Federica MOGHERINI, unsere Hohe Vertreterin und meine Vizepräsidentin, leistet hervorragende Arbeit. Aber sie muss unsere Europäische Außenministerin werden, mit deren Hilfe
95 alle nationalen Minister der kleinen wie großen Länder ihre Kräfte bündeln, um in internationalen Verhandlungen mehr Einfluss zu erlangen. Deswegen fordere ich heute eine Europäische Strategie für Syrien. Federica gehört mit an den
100 Verhandlungstisch, wenn über die Zukunft Syriens geredet wird. Damit Europa helfen kann, Syrien als friedliche Nation mit einer pluralistischen, toleranten Zivilgesellschaft wiederaufzubauen.

105 Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik.

Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen.

110 Wir müssen die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen.

In den letzten zehn Jahren haben wir uns in über 30 zivilen und militärischen EU-Missionen
115 von Afrika bis Afghanistan engagiert. Doch ohne dauerhafte Struktur können wir nicht wirksam agieren. Dringende Operationen verzögern sich. Wir haben getrennte Hauptquartiere für parallele Einsätze, selbst wenn sie im selben Land
120 oder in derselben Stadt stattfinden. Es ist an der Zeit, dass wir für diese Operationen ein gemeinsames Hauptquartier einrichten.

Außerdem sollten wir uns auf gemeinsame militärische Mittel hinbewegen, die in einigen
125 Fällen auch der EU gehören sollten. Selbstverständlich in uneingeschränkter Komplementarität [wechselseitige Entsprechung, Ergänzung] mit der NATO.

Rein wirtschaftlich ist die Sache klar. Die fehlende Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen kostet Europa alljährlich zwischen 25 Mrd. und
130 100 Mrd. EUR – je nach Bereich. Gelder, die wir anders so viel besser einsetzen könnten.

Machbar ist es. Eine multinationale Lufttan-
135 kerflotte bauen wir bereits auf. Lassen Sie es uns in anderen Bereichen genauso machen.

Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen
140 Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht.

Der Vertrag von Lissabon gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit zu bündeln, so sie dies wollen. Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Möglichkeit zu nutzen. Und ich hoffe, dass wir bei unserem Treffen zu 27. in wenigen Tagen in
145 Bratislava den ersten politischen Schritt in diese Richtung tun können.

Denn nur wenn Europa zusammenarbeitet, wird es in der Lage sein, sich nach innen wie nach außen zu verteidigen.

Jean-Claude Juncker: Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt. Straßburg, 14.09.2016.

© European Commission, 1995–2017. Online: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-3043_de.htm [20.05.2017]

Hinweise für die Lehrkraft

Antizipierte Ergebnisse: wenig Gemeinsamkeiten/Union der EU-Mitglieder; wenig Bereiche, in denen Einigung erzielt werden kann; wiederholt: Spaltung statt Gemeinsinn, Innenpolitik stärker als europäische Interessen gewichtet; G20: 7 EU, keine gemeinsamen Antworten, stattdessen Fragen; EU-Institutionen regieren im Widerspruch zu nationalen Regierungen und nationalen Parlamenten; Populismus schwächt nationale Regierungen; Handlungsfähigkeit steht auf dem Spiel in politischen Fragen, z.B. mit einer Stimme in Menschen- und Völkerrechtsfragen, konkret zur Außenpolitik: Beklagt mangelnde Einheit in außenpolitischem Vorgehen und Fehlen von Einfluss der EU in der Syrien-Frage, daher Forderung nach Bündelung der nationalen Außenminister/Partikularinteressen hinter Federica Mogherini, um mehr Einfluss in internationalen Verhandlungen zu erhalten. Forderung nach Mitspracherecht der EU in Syrien-Frage → Mehr Einfluss durch eine handlungsfähige, geeinte EU; beklagt militärische Schwäche/Abhängigkeit, fehlende konzentrierte Strukturen in Bezug auf Auslandseinsätze, Bedarf an „gemeinsamen militärischen Mitteln“ (Armee, Ausrüstung), Juncker beziffert Kosten des Fehlens der militärischen Zusammenarbeit auf 25 Mrd. und 100 Mrd. EUR → Forderung nach innovativer europäischer Rüstungsindustrie, Einrichtung Europäischen Verteidigungsfonds, Nutzen der durch den Lissaboner Vertrag geschaffenen Möglichkeiten der Bündelung der Verteidigungsfähigkeiten der Mitglieder in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit.

Kurz: Juncker schwebt ein geeintes, handlungsfähiges Europa vor, welches in wichtigen – gerade außenpolitischen – Fragen gemeinsam koordiniert vorgeht und mit einer Stimme spricht. Federica Mogherini kann nur dann eine gesamteuropäische Strategie vertreten, wenn Partikularinteressen und – Meinungen dahinter zurückstecken. Nur so kann die EU als internationaler Akteur auftreten.

Thorsten Wolk

M57 – „Fünf Wegweiser, keine Richtung*“? – Die fünf Szenarien des Weißbuchs der Kommission in der Diskussion

Die Europäische Union steht, wie man sehen konnte, vor einer ganzen Reihe von Problemen, und wird jetzt vor die Bewährungsprobe gestellt, nach geeigneten Lösungen zu suchen. Das Weißbuch der Europäischen Kommission liefert nicht nur einen, sondern gleich fünf Vorschläge, wie die Zukunft der Europäischen Union aussehen könnte. Hieran knüpft sich die Frage, ob die von Jean-Claude Juncker vorgestellten fünf unterschiedlichen Szenarien für ein Europa im Jahre 2025 eine notwendige Aufforderung

der Nationalstaaten zur Beteiligung an der Diskussion um die Zukunft Europas darstellen, oder ob sie schon jetzt als Symbol der Unentschlossenheit und Unfähigkeit, eine klare Vision und damit Richtung vorzugeben, gelten.

Galten Deutschland und Frankreich bereits seit längerem als das „heimliche“ Kerneuropa, so bekommt der Vorwurf durch die Vorschläge eines zügiger voranschreitenden Kerneuropas wieder neue Nahrung.

Thorsten Wolk



Karikatur ©: Heiko Sakurai

Aufgabe

- > Analysieren Sie die Karikatur, indem Sie zunächst genau beschreiben, was in ihr abgebildet ist und anschließend das dargestellte Problem erläutern!

* Markus Becker (2017): Weißbuch zur Zukunft der EU. Fünf Wegweiser, keine Richtung. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat nicht eine, sondern fünf Visionen für die Zukunft Europas vorgelegt – ohne sich festzulegen. Damit droht sein Weißbuch zum Symbol für Europas Unentschlossenheit zu werden. In: SPIEGEL ONLINE, 01.03.2017. Online: www.spiegel.de/politik/ausland/analyse-weissbuch-der-kommission-zur-zukunft-der-eu-a-1136871.html. [21.04.2017]

M58 – „Fünf Wegweiser, keine Richtung“? – Gruppenpuzzle

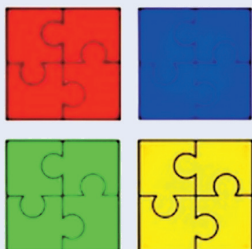
Arbeitsvorschlag: Gruppenpuzzle

Für die Beantwortung dieser Frage bietet sich die Erarbeitung der fünf Szenarien in einem Gruppenpuzzle an.

- > Hierzu werden im **ersten Schritt** zunächst fünf Stammgruppen gebildet. Innerhalb der Stammgruppe entscheidet sich jede Schülerin und jeder Schüler für eines der fünf Zukunftsszenarien.
- > Im **zweiten Schritt** werden die Gruppen vorübergehend aufgelöst und die Schüler, die das gleiche Szenario bearbeiten, setzen sich zu einer sogenannten Expertengruppe zusammen. Die Expertengruppe bearbeitet das zu ihrer Gruppe zugehörige Material mithilfe des Arbeitsblattes **M60** und eignet sich auf diese Weise das Wissen um den Inhalt sowie die Vor- und Nachteile des Vorschlags an.
- > Im **dritten und letzten Schritt** lösen sich die Expertengruppen auf und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzen sich wieder in ihren ursprünglichen Gruppen zusammen. An dieser Stelle werden die Ergebnisse der fünf Experten reihum ausgetauscht und in einer Matrix zusammengetragen.
- > Sollte die Kursstärke nicht ausreichen, erfüllt auch eine arbeitsteilige Gruppenarbeit und Ausfüllen des vordruckten AB (**M59/2**) den Zweck, sich mit den unterschiedlichen Vorschlägen vertraut zu machen und jene im Plenum miteinander zu vergleichen.



= Stammgruppe. Jede/r wählt ein Szenario (oder Auslosung)



= Expertengruppen aus den jeweiligen Mitgliedern der Stammgruppen setzen sich zur Erarbeitung des Materials zusammen.



= Nach Auflösung der Expertengruppen setzen sich die Schüler/-innen wieder in ihren jeweiligen Stammgruppen zusammen und informieren sich gegenseitig reihum über „ihr“ jeweiliges Szenario.






M59 – Weißbuch-Zukunftsszenarien: Download

Download des Weißbuchs:

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf

Szenario 1: Weiter wie bisherWeißbuch Seite 16/17
 Szenario 2: Schwerpunkt BinnenmarktWeißbuch Seite 18/19
 Szenario 3: Wer mehr will, tut mehrWeißbuch Seite 20/21
 Szenario 4: Weniger, aber effizientWeißbuch Seite 22/23
 Szenario 5: Viel mehr gemeinsames HandelnWeißbuch Seite 24/25

BAUSTEIN DREI

<p>Szenario 1 Weiter wie bisher</p> 	<p>Szenario 2 Schwerpunkt Binnenmarkt</p> 	<p>Szenario 3 Wer mehr will, tut mehr</p> 	<p>Szenario 4 Weniger, aber effizient</p> 	<p>Szenario 5 Viel mehr gemeinsames Handeln</p> 
<p>Warum und Wie? – Von welcher Annahme wird ausgegangen? Worauf wird sich zukünftig konzentriert?</p>				
<p>Welche Folgen ergeben sich aus diesen Annahmen für das weitere Vorgehen bei der Ausgestaltung der Politik für 2025? Fassen Sie exemplarisch zusammen!</p>				
<p>Welche Vor- und Nachteile werden geäußert?</p>				
<p>Fassen Sie ausgehend von den tatsächlich möglichen Ergebnissen die Auswirkungen auf die ihrer Meinung nach wichtigsten unterschiedlichen Politikbereiche zusammen!</p>				
<p>Welche Ausblicke werden in diesem Vorschlag gegeben? Fassen sie diese nach Möglichkeit unter ein paar Schlagworten zusammen.</p>				

Aufgaben

- > Werten Sie das Ihnen vorliegende Material in Ihrer jeweiligen Expertengruppe mithilfe der Leitfragen aus und tragen Sie Ihre Ergebnisse in die Tabelle auf dem AB ein. Sollte Ihnen der Platz nicht genügen können Sie die Spalten und Zeilen in gewünschter Größe in Ihr Heft übertragen.
- > Ergänzen Sie die Tabelle nach der Rückkehr in Ihre Stammgruppe mithilfe der Experten zu den anderen Szenarien!
- > Nehmen Sie kritisch zu den Vorschlägen der EU-Kommission Stellung und bewerten Sie, ob die Liste an Szenarien Ihnen vollständig erscheint!
- > Begründen Sie auf Basis Ihres Sachwissens, welches Szenario Sie für das wahrscheinlichste Szenario halten!

M60 – Karikaturen: Europa zwischen „Supermacht“ und „Eurosion“

Volle Fahrt ins Neue Jahr

Karikaturen ©: Heiko Sakurai

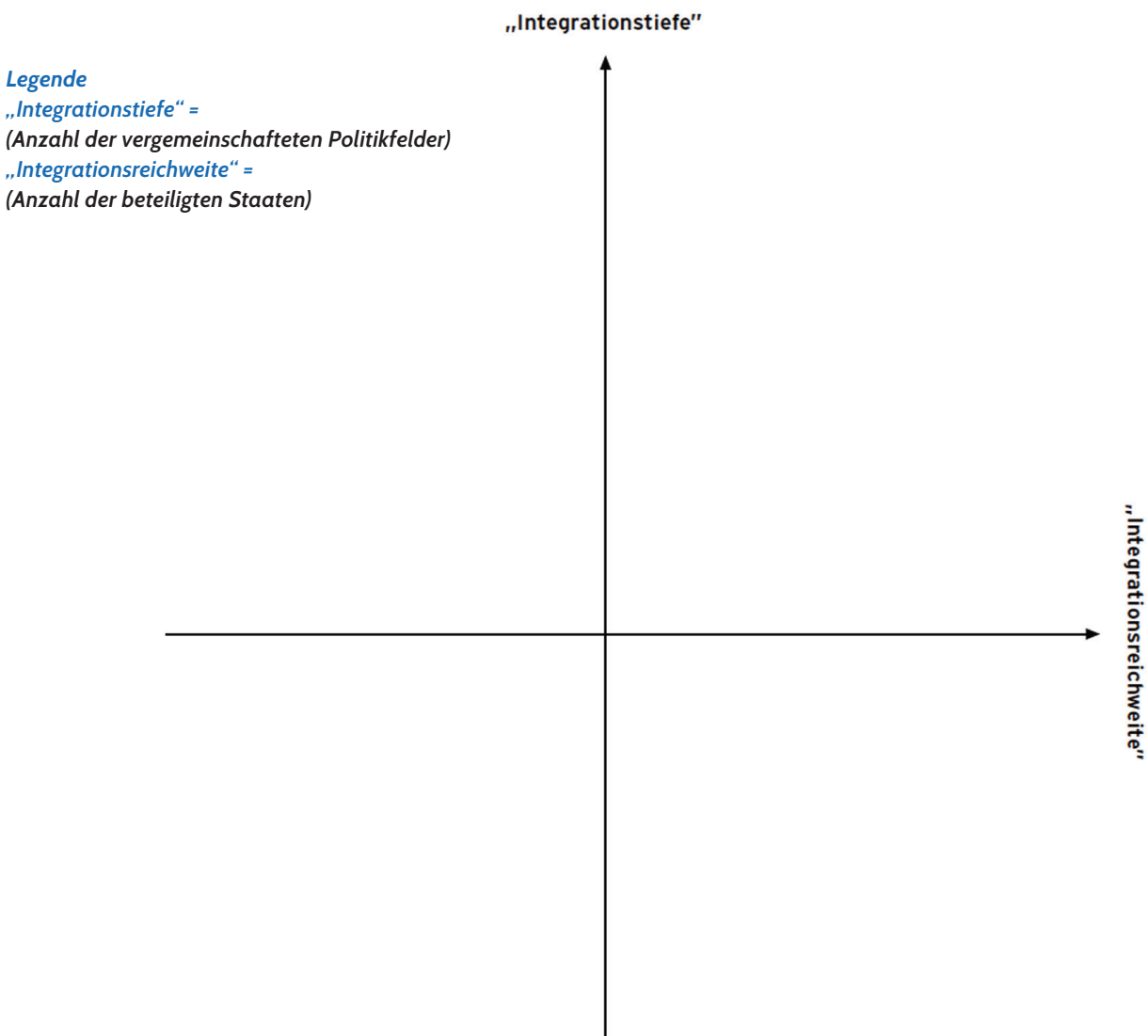


Vertragsjubiläum 2027...?

Aufgabe

- > Entscheiden Sie sich für eine der Karikaturen und analysieren Sie sie, indem Sie zunächst beschreiben, was in ihr abgebildet ist. Problematisieren Sie anschließend die Aussagen über die Zukunft Europas!

M61 – Europas Zukunft – 5 EU-Szenarien



Franco Algeri/Janis A. Emmanouilidis/Roman Maruhn: Europas Zukunft. 5 EU-Szenarien. Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P), Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.), München 2003, S. 4. Online: www.cap.uni-muenchen.de/download/2003/2003_cap_szenarien.pdf [21.05.2017]

Aufgaben

- > Übertragen Sie das Koordinatensystem in Ihr Heft!
- > Analysieren Sie die fünf Szenarien des Centrums für angewandte Politikforschung (M62) in arbeitsteiliger Gruppenarbeit und tragen Sie sie in das nachfolgende Koordinatensystem ein! Die Kriterien lauten „Integrationstiefe“ (Anzahl der vergemeinschafteten Politikfelder) sowie „Integrationsreichweite“ (Anzahl der beteiligten Staaten).
- > Ordnen Sie die Vorschläge des Weißbuchs ebenfalls ein!
- > Vergleichen Sie die Vorschläge: Decken Sie sich? Unterscheiden bzw. ergänzen sie sich? Welches Szenario fehlt bei Juncker? Begründen Sie!
- > Begründen Sie auf Basis Ihres Sachwissens, welches Szenario Sie als am wahrscheinlichsten erachten! Oder: Führen Sie anschließend eine Fishbowl-Diskussion zu der Frage durch, welches Szenario gegenwärtig am wahrscheinlichsten erscheint!

M62 – Europas Zukunft – 5 EU-Szenarien: Download

Download der Szenarien:

www.cap.uni-muenchen.de/download/2003/2003_cap_szenarien.pdf

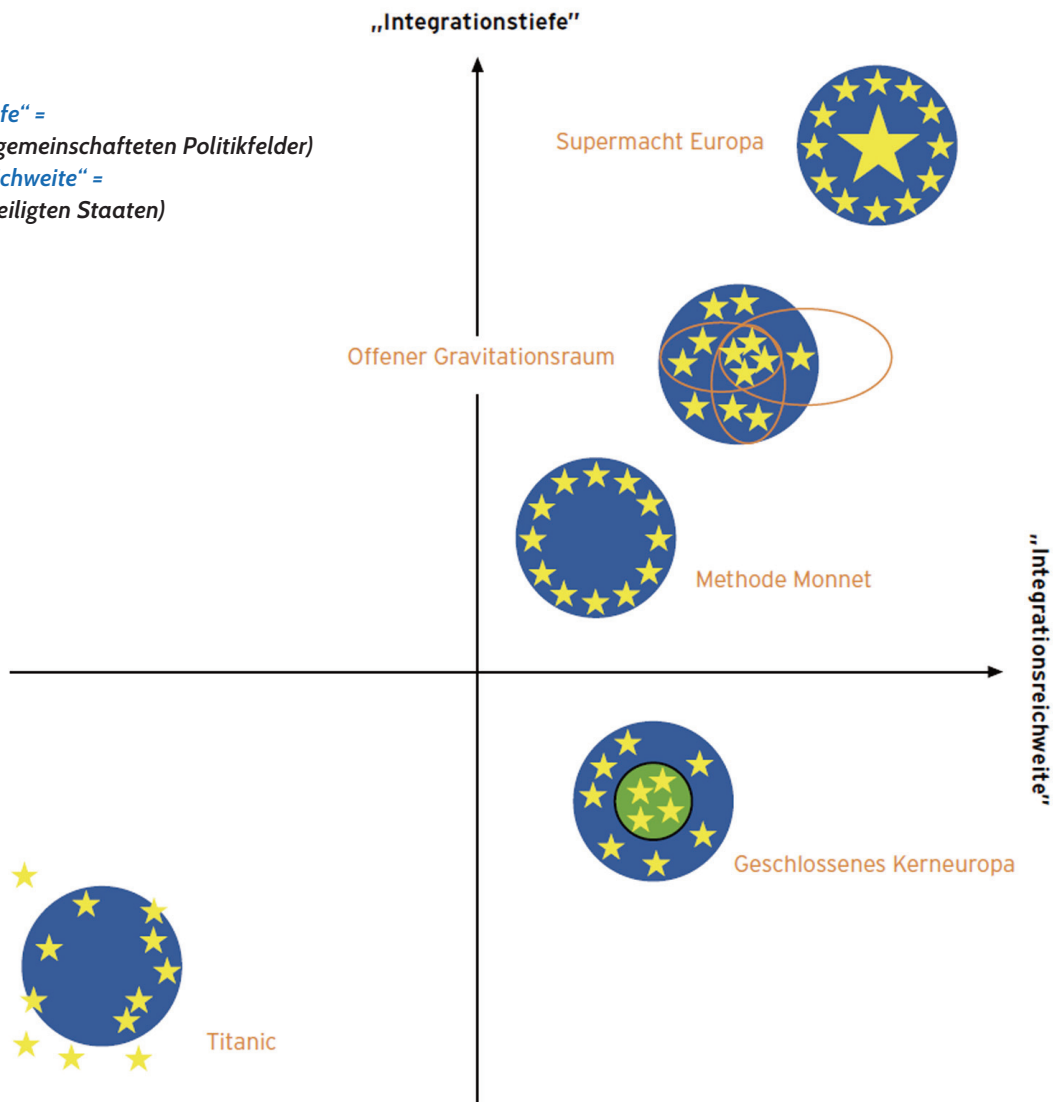
Szenario 1: Titanic	Seite 5/6
Szenario 2: Geschlossenes Kerneuropa	Seite 7/8
Szenario 3: Methode Monnet	Seite 9/10
Szenario 4: Offener Gravitationsraum	Seite 11/12
Szenario 5: Supermacht Europa	Seite 13/14

Europas Zukunft – 5 EU-Szenarien

Legende

„Integrationstiefe“ =
(Anzahl der vergemeinschafteten Politikfelder)

„Integrationsreichweite“ =
(Anzahl der beteiligten Staaten)



Franco Algeri/Janis A. Emmanouilidis/Roman Maruhn: Europas Zukunft. 5 EU-Szenarien. Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P), Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.), München 2003, S. 4. Online: www.cap.uni-muenchen.de/download/2003/2003_cap_szenarien.pdf [21.05.2017]